alaska

Grenzziehungen: Rassismus, Kultur, Ideologie

Zeitschrift für Internationalismus Heft 226

Juni 1999
DM 8,-



Nennen wir es mal "lieber Durito"!

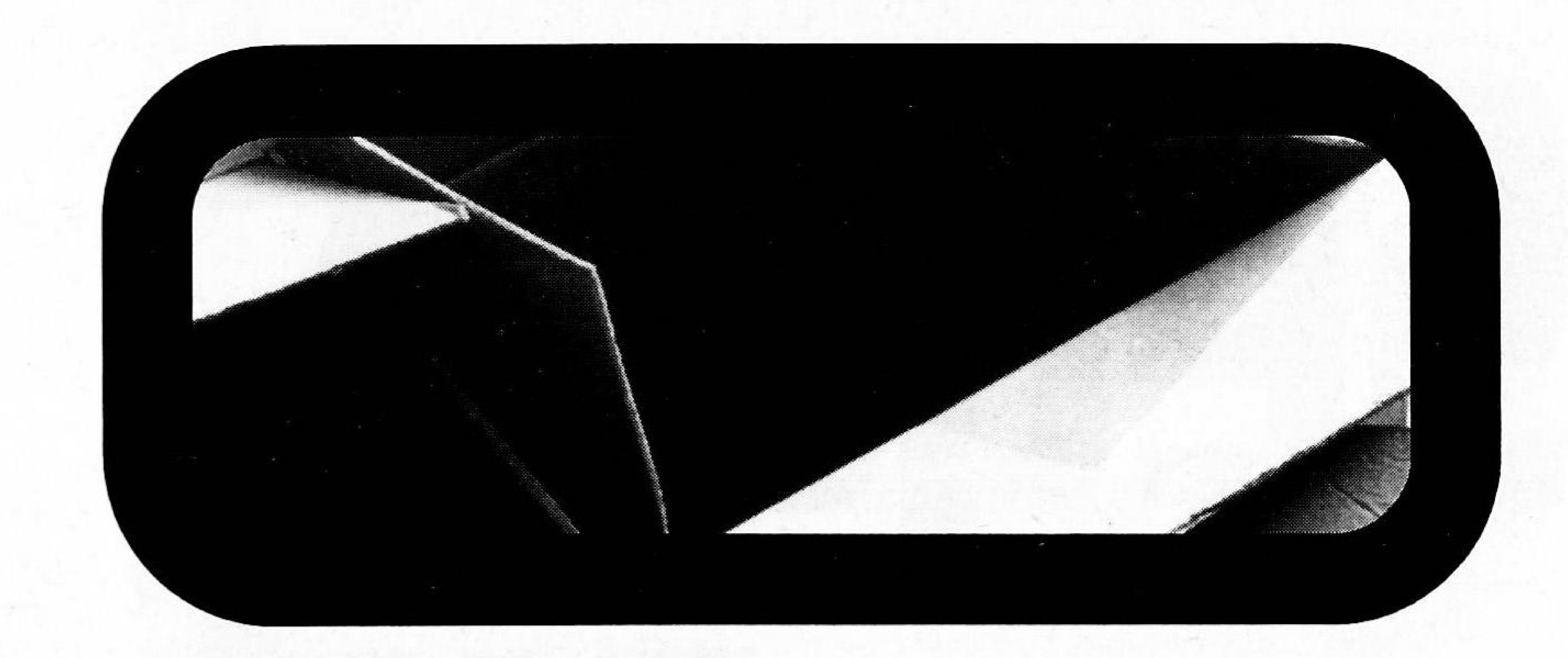
Der Aufstieg einer sozialen Gruppe, schreibt Susan McClary, kündigt sich zuallererst durch einen neuen *style* an. Gewöhnlich treffen wir allerdings eher soziale Gruppen, deren *style* durch seine Hirnlosigkeit und Ödnis ihren baldigen Abgang erhoffen läßt. Ich denke da an das globale Spätpatriarchat.

editorial:

Wenn es nicht gerade Bomben programmiert oder winzige Brillen unter verantwortungsethischen Falten zurechtrückt, tummelt es sich ja mit Vorliebe im *Netz.* Doch welchen *style* finden wir im Allerheiligsten hinter der Website? Ehrfurchtgebietende Namen wie Acid Burn? Zero Cool? Crash Override? Nein. Wir finden den *Sysop.* Sysop, das ist so geheimnisumwittert wie Halbfettmargarine und so cool wie Pickel, und steht für *system operator.* Schauderhaft.
Deshalb, Durito, laß uns für den herannahenden Zeitpunkt wo ich, die Blattlaus alaska, eine kleine, feine alaska-Website mein eigen nennen werde, schon gleich die Anrede klären. Ich werde die *Webjefa* sein. Sprich es den Spanisch-Unkundigen nochmal vor: *jefa* vorne mit "ch" wie in "Tach". *Webjefa.* Das zergeht doch auf der Zunge. Auch *webdiva* würde ich akzeptieren. Das klingt nach dem Maß an Glamour, welches ich in meinem Leben nicht mehr missen möchte.
Danke, Susana Gallardo, *webjefa* der Chicana Feminist Homepage; danke, Sandra Fernandez, *webdiva* der Webzine Escrito! Ihr wißt, was *style* ist. Die Zukunft wird euer sein.

Es grüßt dich, Ritter Durito, den nobelsten Käfer Mexicos

deine alaska



inhalt:

DEBATTE

THEMEN

KONTEXTE

Segeln auf unruhigen Gewässern

Rassismus, Patriarchat und nationale Befreiung

by Shahidah Janjua

Der Anstoß zu diesem Artikel kam auf einer Konferenz im Downtown Women's Centre in Belfast zum Internationalen Frauentag, 1997. Die Konferenz mit dem Titel "Frauen bauen Brücken" befaßte sich mit Frauen, die zusammenarbeiten, obwohl sie auf verschiedenen Seiten nationaler Konflikte stehen - im ehemaligen Jugoslawien, in Israel, Palästina und Nordirland. Eine der Teilnehmerinnen, eine jüdische Frau aus Dublin, bat mich um einen Artikel über Rassismus in Nordirland.

Bis dahin hatte mich noch nie jemand nach meinen Erfahrungen mit Rassismus in Irland gefragt. Ich nahm gern an und schrieb eine erste Fassung. Es stellte sich jedoch heraus, daß sich der schwarze Teil von mir nicht ohne weiteres vom Rest trennen ließ. Ich hatte das Gefühl, mich zu fragmentieren, und ebenso die Erfahrung anderer. Der Artikel, wie er jetzt vorliegt, ist ein aufrichtiger Versuch die politische Sicht auszudrücken, an die ich glaube und nach der ich lebe, mit den Mitteln, die mir derzeit zur Verfügung stehen.

Eine globale Realität

Rassismus ist eine weltweite Realität. Die individuelle und kollektive Erfahrung von Schwarzen kann das bezeugen, gleich ob in Industrie- oder in Entwicklungsländern. Weiße Männer machen die Machtpositionen unter sich aus, überall. Sie sind das finanzielle, militärische und mediale Rückgrat der Welt. Die Ökonomie der Entwicklungsländer ist darauf zugeschnitten, die Bedürfnisse von weißen Konsumenten im In- und Ausland zu bedienen, durch Produktion, Plantagenwirtschaft und Tourismus (Taiwan, Kenia, Thailand). Das weiße Militär steht bereit, die "bad boys" der Entwicklungsländer zu bestrafen, zu ignorieren oder zu unterstützen, abhängig von den sozialen und politischen Werten des Westens. Es ist der weiße, westliche Kulturimperialismus, der die Standards dafür setzt, wie korrektes soziales und politisches Benehmen aussieht. Die Spur dessen, was jetzt eine weltweite weiße Suprematie ist, führt über den Genozid an der nordamerikanischen Urbevölkerung, die Versklavung der AfrikanerInnen, asiatische ZwangsarbeiterInnen in Afrika, die Kolonisierung ganzer Nationen und die Zerstörung kompletter Zivilisationen (die von Zimbabwe zum Beispiel). Rassische Unterdrückung ist nichts Neues, sie reicht zurück bis zum ersten Kontakt zwischen Weißen und Schwarzen.

In Nordirland wurde mir mit ermüdender Regelmäßigkeit erzählt, daß Irinnen und Iren nicht rassistisch wären, da sie selbst kolonial unterdrückt waren (im Süden) oder noch sind (im Norden). In bezug auf Nordirland ist das eine typisch republikanische, nationalistische Haltung. Man geht davon aus, mit Schwarzen eine gemeinsame Erfahrung zu teilen. Es ist richtig, daß sich viele Formen von Kolonialismus gegen Schwarze und Weiße richten. Es ist auch wahr, daß es innerhalb der Weißen die ökonomische und politische Oberschicht ist, die am meisten von der weißen Suprematie in Wort und Tat profitiert - historisch geschult, aufrechterhalten durch Erziehung, Religion und populäre Kultur, verewigt in der Pornographie, praktiziert in informellen und in institutionellen Formen. Irische Katholiken kaufen immer noch die verdammten Seelen schwarzer Kinder, wenn sie für die Kollekte spenden.

Die Auslöschung des Selbst

Die Atmospäre des "Sag was du willst, aber halt den Mund", die von der britischen Kriegsmaschine in Nordirland verbreitet wird - eine Atmosphäre der Furcht, des Terrors und des Schweigens - findet ihre Widerspiegelung auf Seiten der nationalen Befreiungsbewegung. Auch hier beschränkt sich die Diskussion auf einen weißen, männlichen Kriegsrat. Die Themen handeln davon, was Männer getan haben, was Männer tun, was Männer tun werden. Frauen und Kinder sind Anhängsel dieser Aktionen und Strategien, sie leiden, helfen und werden geopfert. Andere spielen überhaupt keine Rolle, allerdings in unterschiedlicher Weise.

Ich habe nirgends eine so tiefe Auslöschung meiner selbst empfunden, wie in dieser Umgebung. Der Nationalismus ist das Instrument dazu. Mein Nicht-Irischsein, für das gar nicht weiter auf meine Hautfarbe, Herkunft, Sprache oder Kultur eingegangen werden mußte, genügte, um alle meine Erfahrungen, Überlegungen, Gefühle zu entwerten, die sich nicht auf die Tagesordnung und Theorie des nationalen Befreiungskampfes bezogen. Irische Dissidenten, die dessen Standpunkt nicht rückhaltlos teilen, werden verachtet, mitunter körperlich mißhandelt, manchmal Opfer eines regelrechten Scherbengerichts. Eine Frau erzählte mir, sie hätte sich einmal schockiert gezeigt, als ihr Nachbar durch eine nachlässig plazierte Bombe getötet wurde. Daraufhin wurde sie von ihrem Mann verprügelt, der ihr erklärte, er werde ihre Familie erschießen,



wenn sie nochmal mit solchen Sentimentalitäten käme. Wer als Outsider eingestuft wird, bekommt keine Antwort, wird sozial ausgelöscht, und für jede Art der Abweichung gibt es eine spezifische Art der Verachtung.
In einer Umgebung, die stark von Hierarchie bestimmt ist, entgeht niemand der Einteilung in die verschiedenen Kategorien. Diejenigen, die die Definitionsmacht besitzen, sind notwendigerweise umgeben von allen möglichen Gruppen von "Anderen" - alle die, die nicht dem weißen, männlichen, jungen, christlichen, heterosexuellen Standard entsprechen. Alles Ausnahmen. Sozial Minderbemittelte.
Als schwarze Frau und Lesbe gibt es keinen Weg, auch nur einen Aspekt meines "Andersseins" angemessen auszudrücken. Stattdessen wird erwartet, jeden Teil meiner Person diskret vom Rest zu trennen, um mich für die anderen etwas akzeptabler zu machen - der tägliche Nackenschlag, den das Patriarchat für die "Abweichenden" bereithält. Fragmentierung ist das genaue Gegenteil von persönlicher Identität. Es ist auch keine politische Integrität möglich, wenn man sich von einzelnen Aspekten trennen muß. Aber Fragmentierung und Trennung sind genau das, was Projekte erwarten, die sich auf eine Sache konzentrieren und um nichts anderes kümmern.
Der irische Nationalismus ist ein solches Projekt. Robin Morgan sagt: "Wenn ich mit einem Begriff ausdrücken sollte, was der Kern des Patriarchats ist, würde ich sagen: Einteilung - die Fähigkeit, Aufspaltung und Trennung zu institutionalisieren." Die nationale Befreiungsbewegung ist in dieser Hinsicht genauso repressiv wie jede andere patriarchale Institution. Der irische Nationalismus ist keine Ausnahme, sein prinzipielles Anliegen ist das Erringen oder Verteidigen von Machtposition für weiße, heterosexuelle Männer.

Die Hierarchie der Unterdrückung

Teboho Maitse schreibt, bezüglich ihrer eigenen Erfahrung in Südafrika: "Der Nationalismus läßt überdeutlich hervortreten, wie stark er selbst alte und neue Formen patriarchaler Kontrolle über Frauen hervorbringt." Teboho Maitse ist eine von vielen Frauen, die uns vor dem Verrat nationaler Befreiungsbewegungen am Anliegen der Frauen warnen. "Sisterhood is Global", ein Sammelband von Robin Morgan aus dem Jahr 1984, ist voll von warnenden Stimmen von Frauen überall auf der Welt, die diese Erfahrung gemacht haben. Die Frage ist, warum wir diese Warnungen immer wieder in den Wind schlagen. Warum glauben wir, daß wir selbst in einer so anderen Lage sind, daß diese Frauen "Andere" sind, deren Erfahrungen uns nicht betreffen? Am Geschlecht kann es nicht liegen. Also an ihrer anderen Hautfarbe, Kultur, Religion, Geschichte? Wenn das so ist, was ist das für eine Zusammenarbeit, die wir mit ihnen haben? Suchen wir uns bloß das aus, was wir gern hören wollen? Sind die Männer in unserer Bewegung, in unserem Land, in unserem Haus, bessere Menschen als die Männer anderer Frauen? Haben sie die Politik der Mißhandlung und sexuellen Gewalt aufgegeben? Des sexuellen Mißbrauchs von Kindern? Würden sie einen Krieg führen für das Recht von Frauen, abzutreiben?
In Long Kesh fällte ein republikanischer Gefangener in den späten Achtzigern die mutige Entscheidung, sich als Homosexueller zu outen. Das erste war, daß den Duschraum für sich allein hatte, und die anderen Männer erst einmal über seine abwegige Veranlagung klatschten. In der Folge gab es eine offene Debatte unter den heterosexuellen republikanischen Gefangenen, ob er das Recht habe, seine sexuelle Orientierung innerhalb der Gefängnismauern zu "praktizieren", und inwiefern das die politische Moral untergraben würde. Das ist dasselbe Argument wie bei der amerikanischen und britischen Armee. Andrea Dworkin schreibt: "Die Angst vor Homosexualität ist ein schrecklich mächtiges Instrument, um Männer sozial zu manipulieren und zu kontrollieren. Alle sind sich einig, Männer sein zu müssen; alle konkurrieren gegeneinander im endlosen und aussichtslosen Wettstreit um unanfechtbare Männlichkeit."
In den frühen Neunzigern wurde eine Reihe von jüdischen Gräbern in der jüdischen Abteilung eines Friedhofs in West Belfast geschändet. Der Vorfall ging durch die Presse; auf Seiten der republikanischen Bewegung hatte man dafür

nicht mehr als einen kurzen Ausdruck des Bedauerns. Bis dahin hatte ich überhaupt nicht gewußt, daß es eine jüdische Gemeinde in Belfast gab. Daß es eine eigene Abteilung auf dem Friedhof gibt, zeigt, daß es eine langjährige jüdische Gemeinschaft in Belfast geben muß.
Außerhalb von Nordirland erkennen irische Nationalisten im Allgemeinen an, daß es Antisemitismus gibt und daß er der physischen und ideologischen Unterdrückung von Juden und Jüdinnen dient. Innerhalb ihres eigenen geographischen Terrains aber wird die Praxis des Antisemitismus, als eine Praxis von Iren, totgeschwiegen. Er wird nicht einmal zu einer Nebenfrage der nationalen Befreiung subsumiert, er wird schlichtweg getilgt. Nur der rassistische Haß der Briten gegen die Iren zählt. Es geht also gerade nicht um Verbindungen und Bündnisse. Es geht zuallererst um eine Rangfolge der Unterdrückung.

Die unsichtbare Unterdrückung

In England kämpfen die Iren dafür, daß ihr Kampf wahrgenommen und anerkannt wird, den sie gegen den britischen Staat führen, der sie in ihrer eigenen Heimat unterdrückt und als Flüchtlinge behandelt, die englischen Boden bewohnen. Damit sind sie nicht die einzigen. Es gibt viele unterdrückte Gruppen, schwarze und weiße, die in England um Wahrnahme und Anerkennung ihres Kampfes streiten. Und alle rivalisieren um den Platz ganz oben auf dem Treppchen, den Platz der "am meisten Unterdrückten". Man zeigt sich gegenseitig die Narben und übertrumpft sich mit den Kriegsverletzungen. Es ist ein männlicher Zeitvertreib, und die Folgen liegen auf der Hand. Die Bewegungen der Unterdrückten sind fragmentiert, die Unterschiede in Leben und Erfahrung werden nicht zur Kenntnis genommen, eine Hierarchie der Unterdrückung wird aufgemacht, Bündnisse werden nicht geschlossen. Jedes Stereotyp, daß die patriarchale Ordnung uns jemals an den Kopf geworfen hat, ruht weiter in unserem Herzen. Wir leben und atmen diese Vorureile, und manche profitieren mehr davon als andere. Können wir uns selbst die Gründe für dieses Wettrennen eingestehen, uns die Folgen klarmachen, und warum diese Folgen den Beteiligten egal sind?
"Die Formen von Haß, die sich durch die Geschichte ziehen und wieder und wieder unentrinnbares Grauen produzieren, sind alle in erster Linie Leidenschaften und Bekenntnisse, nicht Ideen oder Theorien. Haß gegen Schwarze, Haß gegen Juden, und die hartnäckigen, blutgetränkten Formen von nationalistischem Haß sind alle Formen von Rassenhaß." (Andrea Dworkin)
Auf einer Lesbentagung in Belfast 1991 gab es einen Workshop, wo Lesben und Frauen aus der Frauenorganisation von Sinn Fein miteinander diskutierten. Im Verlauf der Debatte behaupteten die Sinn-Fein-Frauen kategorisch, es gäbe gar keine Lesben bei Sinn Fein. Es erinnerte mich an eine Passage aus Adrienne Richs "Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz":
"Die Verdrängung und Verunsichtbarung der Tatsache, daß Frauen Leidenschaft für Frauen empfinden, daß Frauen Frauen als Verbündete wählen, als Lebenspartnerinnen, als Gemeinschaft; der Druck, solche Beziehungen zu verheimlichen und ihr teilweises Scheitern unter diesem Druck; all das hat über alle Frauen einen unabschätzbaren Verlust an Kraft und Macht gebracht. Die Lügengebilde des Zwangsheterosexismus beeinträchtigen heute jeden Versuch der Organsierung, jede Beziehung und jede Unterhaltung zwischen Frauen."
Aufgrund seiner eigenen kolonialen Situation war Irland nie im Sklavenhandel engagiert. Dennoch sind alle Spuren jener schwarzen Sklaven und Sklavinnen, Hausdiener und Hausmädchen usw., die am Ende ihrer Deportation in Dublin oder Belfast ankamen und bei englischen Kaufleuten und Grundbesitzern arbeiteten, aus der Geschichte Irlands getilgt worden. Ich kenne auch keine Studie, die der Frage nachgegangen wäre, woher so viele Menschen mit afrikanischer Abstammung irische Namen haben - wo Heirat oder Adoption über die Rassenschranke hinweg doch eher die Ausnahme gewesen sein dürfte.

Kolonisierung und Schweigen

In jedem anderen Kontext gilt die Geschichte eines Volkes oder einer Gruppe als notwendiger Anker, um sowohl eine persönliche als auch eine nationale Identität zu entwickeln. Für die nationale Befreiungsbewegung ist die Geschichte der Kolonisation - aus der Sicht der Kolonisierten -, die Geschichte der Fremdbestimmung und des Kampfes dagegen, der Grundstein jeder politischen Analyse und politischen Aktion, die Grundlage für die Vision einer alternativen Zukunft. Nur wenn wir wissen, wer wir waren, können wir herausfinden, wer wir sein könnten.
Die Kolonisierung von Schwarzen, von Fremden, Frauen, Lesben, Schwulen, bekommt im Kontext von Irland ein anderes Gesicht, wenn wir uns klarmachen, daß die Geschichte dieser Gruppen - ob verstreut oder nicht, ob Minderheit oder 51-%-Mehrheit im Falle der Frauen - so gut wie ungeschrieben ist. Niemand hat diese Geschichte erzählt. Sie ist ausradiert, verdrängt und zensiert worden, und das ist bis heute unsere tägliche Erfahrung.
Der nationale Befreiungskampf entsteht in der Regel aus dem Gefühl von Männern, ohnmächtig zu sein; aus männlicher Erniedrigung und männlicher Sehnsucht nach Krieg; aus der Wut, von der Macht ausgeschlossen zu sein und wie kleine Jungen behandelt zu werden. Auf welcher Grundlage also erhebt dieser Nationalismus den Anspruch, die Erfahrung anderer unterdrückter Gruppen zu teilen, wenn er auf seinem eigenen Gebiet selbst zum Unterdrücker wird? Wenn ihm die Geschichte und das Leben derer nichts bedeuten, von denen er findet, daß ihr Anliegen vom Projekt der nationalen Befreiung nur ablenkt?
Kolonisierung ist nichts, was uns ausschließlich von Leuten aus einem anderen Land angetan wird; Kolonisierung ist zuallererst etwas, was die Menschen mit uns tun, die mit uns leben. Wir sind kolonisiert, wenn wir nicht darüber reden können, wer wir sind, oder was mit uns geschieht; wenn wir so tun müssen, als ob wir nicht verletzt werden; wenn wir uns nicht nur denen fürchten, die von draußen kommen, sondern auch vor denen, die drinnen sind. Dies ist die Kolonisierung unseres Geistes und unseres Körpers, und niemand mußte über den Ozean segeln, um das zu tun.

Kolonisierung ist zuallererst etwas,

was die Menschen mit uns tun, die mit uns leben.

Wir sind kolonisiert,

wenn wir nicht darüber reden können,

wer wir sind, oder was mit uns geschieht; ...



Welche Gerechtigkeit?

Ich begann zu begreifen, daß es keine Gerechtigkeit für mich geben konnte - für mein Schwarzsein, meine Sexualität, mein Frau-Sein - wenn ich hörte, wie die Frauen in meiner Nachbarschaft in Lenardon schrien, wenn sei nachts von ihren Männern mißhandelt wurden; wenn die Frauen aus dem Gemeindezentrum gegenüber von meinem Haus verzweifelt an meine Tür klopften und mir erzählten, sie wüßten nicht mehr, wie sie mit all den Berichten über mißbrauchte Kinder in dieser Gegend fertig werden sollten; wenn Frauen mir erzählten, wie sie belästigt, gejagt und vergewaltigt wurden. Ich begriff, daß die Männer, die für ihre Freiheit kämpften, dieselben Männer waren, die all das taten. Wenn ich mit Frauen aus der republikanischen Bewegung darüber sprach, sagten sie, sie wüßten, was Frauen passiert und was Männer tun. Die Begriffe Freiheit und Selbstbestimmung, die ich glaubte verstanden zu haben, bekamen eine andere Bedeutung für mich. Und ich hatte geglaubt, eine Feministin zu sein. Für uns als Frauen ist Kolonisierung etwas, was uns in vielschichtiger Weise verletzt und unser Leben beeinträchtigt. Es bedeutet nicht nur, von denen zum Schweigen gebracht und terrorisiert zu werden, die von außen kommen, sondern auch von den eigenen Leuten. Es bedeutet, daß wir diese Erfahrungen in jeder Minute, in jeder Stunde, unser ganzes Leben lang machen; so daß sie zu etwas werden, was so normal ist wie die Luft, die wir atmen. Wir sehen es nicht mehr; wir merken nicht, daß wir leiden. Seit Generationen hat es niemand gesehen, oder wenn es doch jemand bemerkte, dann hat niemand viel darauf gegeben. Es bedeutet, daß wir dem Leben anderer mehr Wert beimessen als unserem eigenen. Es bedeutet, daß es uns schwerfällt zu begreifen, daß jeder Ruf nach Befreiung, der uns nicht einschließt, überhaupt keine Befreiung ist.

Die patriarchale Ordnung, von der ich spreche, ist die Ordnung der männlichen Dominanz. Was auch immer sie sonst tun mag, im Namen von Freiheit, Demokratie, Religion, Kultur, sie besteht auf ihrem Privileg Frauen zu mißhandeln, zu vergewaltigen, sie sozial, ökonomisch und in vielerlei anderer Hinsicht zu mißbrauchen und zu kontrollieren. Männer bekennen sich individuell dazu, wenn sie Gewalt gegen uns anwenden, und sie bekennen sich kollektiv dazu, wenn sie uns erzählen daß unsere Befreiung warten muß, bis sie alles andere auf der Reihe haben. "Bis" ist eine ziemlich lange Zeitspanne; und alles deutet darauf hin, daß es soviel bedeutet wie "am Sankt Nimmerleinstag".

Ich will Gerechtigkeit gegen Rassismus, aber Gerechtigkeit gibt es nicht in hübschen kleinen Päckchen. Es gibt keine Gerechtigkeit für den einen Teil von mir, während der Rest von mir leer ausgeht. Ich kann keine Gerechtigkeit bekommen von Leuten, die sie in ihren engsten Beziehungen verletzen, in ihren intimsten Verbindungen mit anderen, und die Frauen als Freiwild ansehen. Sie können mich nicht verstehen, wenn ich über Gerechtigkeit spreche, weil sie sie nicht praktizieren. Ich kann nur dann Gerechtigkeit für meine gesamte Person bekommen, wenn wir sie als Frauen wollen und für uns selber schaffen.

Literatur:
Andrea Dworkin: Right-Wing Women. The Politics of Domesticated Females, The Womens Press, 1983.
Audre Lorde: Sister Outsider, The Crossing Press, 1984.
Teboho Maitse: The Past is Present. Thoughts from the New South Africa, in: Diane Bell and Renate Klein (eds.): Radically Speaking. Feminism Reclaimed, Zed Books, 1996.

Übersetzung: Christoph Spehr

Der hier in gekürzter Fassung abgedruckte Artikel "Charting Troubled Waters" erschien zuerst in: Trouble & Strife 36, Winter 97/98.

Same As It Ever Was

Die alte Geschichte von der musikalischen Verteidigung des Abendlandes

by Susan McClary

"Same As It Ever Was": David Byrnes Refrain liegt mir jedesmal auf der Zunge, wenn wieder irgendein neuer Skandal über die Jugend und ihre Musik ausgebreitet wird. Predigten gegen die Musik, die von und für "die Jugend" gemacht wird, reichen zurück bis zu Plato. Gelegentlich stehen seine Warnungen wieder auf, wie Untote, die immer aufs Neue Rache nehmen wollen.

Plato führt zwei prinzipielle Argumente ins Feld, und beide tauchen buchstäblich jedesmal wieder auf, wenn Kontroversen über Jugendkultur geführt werden. Das erste betrifft die Gefährdung der Autorität. In seinen "Gesetzen" schreibt er:
"Unser ehemals stilles Publikum ist laut geworden und glaubt selbst zu wissen, was gut und was schlecht ist in der Kunst; das alte 'Regime der Besten' ist in diesem Bereich einem üblen 'Regime des Publikums' gewichen ... Sich nicht um das Urteil derer zu kümmern, die es besser wissen - eine Haltung, die aus einem zügellosen Übermaß an Freiheit kommt - ist blanke Unverschämtheit. Das nächste, was daraus folgt, ist Ungehorsam gegenüber dem Magistrat, und dann die Emanzipation von der Autorität und Zucht der Eltern und Altvorderen." Plato befürchtet, daß unkontrollierte Musik einen Durst nach Freiheit weckt - offensichtlich keine gute Sache in seinen Augen. Solche Musik, behauptet er, ermutigt die Leute, zu ihrem eigenen Urteil zu stehen und sich Autorität zu widersetzen, ob in der Familie oder in der Politik.

Suspekte Körper

Platos zweite Sorge gilt dem fühlenden Körper und der Erregung, die bestimmte Musikstile in ihm hervorrufen können: Musik, die von Frauen oder von ethnischen Gruppen produziert wird, die für ihre "Laxheit" bekannt sind - zum Beispiel die Lydier. Für die Athenische Republik kommt Musik stattdessen nur in Frage, wenn sie entweder dem Ideal kriegerischer Disziplin verpflichtet ist, wie bei den Spartanern, oder wenn sie dem gemäßigten Austausch von Ideen dient, die rhetorisch vermittelt sind. Plato duldet Musik nur als ein Instrument, das einer bestimmten herrschenden Politik zuarbeitet. Sich selbst überlassen (oder dem schrecklichen "Regime des Publikums" überantwortet), ist die Musik, kraft ihrer Fähigkeit, direkt an den Körper zu appellieren, gesellschaftsschädlich.
Beide Ängste - Untergrabung von Autorität und Verführung durch Körperlichkeit - wiederholen sich ständig durch die ganze Musikgeschichte. St. Augustin berichtet, daß das geistige Wort ihn mit viel größerem religiösen Eifer erfülle, wenn es gesungen wird, aber gerade darum will er die Musik ganz aus der Kirche verbannen: "Denn die Sinne sind nicht damit zufrieden, in der zweiten Reihe zu stehen." Ein wiederkehrender Topos, ob bei Plato oder bei Calvin, ist dabei die Furcht vor Entmannung. Eine Kultur, die auf einer strikten Trennung von Geist und Körper beruht, ordnet die Musik aufgrund ihrer körperlichen Anziehungskraft der "weiblichen" Seite zu; "falsche" Musik verbindet Männer in einem körperlichen Zusammenspiel, das homophobe Ängste aufsteigen läßt. All die Sittenwächter der Antike, des Mittelalters und der Neuzeit sind sich darin einig, daß die Männlichkeit selbst dabei auf dem Spiel steht und, als deren Verlängerung, die Autorität von Kirche, Staat und Patriarchat.

Adorno und andere Verteidiger des Abendlands

Wir sollten erwarten, daß sich die politische Linke in diesem Krieg auf die Seite der Freiheit schlägt, die der körperlichen Auflehnung gegen herrschende Vorschriften. Manchmal tut sie das auch. Aber mindestens ebenso oft sind die Befürchtungen der Linken, was die Musik betrifft, genau dieselben. Wie Plato und St.Augustin hat die Linke gern versucht, die Musik vor einen politischen Karren zu spannen - vorzugsweise in Formen von "Folk"-Musik, bei denen traditionelle Stile so verwendet werden, daß die Musik selbst eine möglichst geringe Rolle spielt. Polit-Folk ist die linke Variante der Calvinistischen Hymne: der Text steht im Vordergrund, um die Bedeutung zu kontrollieren;



die Musik ist ihr Wasserträger; alle indirekten Appelle an den Körper sind eliminiert.
Gelegentlich wird auch die Musik selbst als ein Gebiet gesehen, in dem soziale Spannungen ausgetragen werden - am deutlichsten in den Schriften der Frankfurter Schule. Adornos Musikkritik (die ganz hervorragend ist, solange er sich auf Deutschland beschränkt) handelt vom unseligen Geschick der Aufklärung, die an ihren inneren Widersprüchen zusammenbricht. Die einzige künstlerische Haltung, die demzufolge in den 30ern noch in Frage kommt, ist ein modernistischer Stil, der dem "Schönen" abschwört (weil es hoffnungslos mit der Warengesellschaft verfilzt ist) und mit spröden, dissonanten Mitteln die Realität der Entfremdung zeigt.
Ausgehend von dieser Position, wütet Adorno mit außerordentlicher Heftigkeit gegen den Jazz. Der Jazz gilt ihm als bloßes Produkt der Kulturindustrie; eine Ware, mit der die Erben der idealistischen Tradition vom Pfad der kritischen Infragestellung abgebracht werden und in die Niederungen einer hirnlosen, hedonistischen Körperlichkeit geführt werden. Auf dem Spiel steht auch für Adorno - und seine Wortwahl ist dabei unmißverständlich - nicht nur der Verlust des intellektuellen und kulturellen Prestiges, sondern der Verlust der Männlichkeit, den dieser buchstäbliche Sündenfall nach sich zieht:
"Das Ziel des Jazz ist die mechanische Reproduktion eines regressiven Moments, eine symbolische Kastration. 'Gib deine Männlichkeit auf, laß dich kastrieren', äfft und verkündet der eunuchenhafte Klang der Jazzbands, 'dann wirst du zur Belohnung in eine Bruderschaft aufgenommen, die das Mysterium der Impotenz mit dir teilt'."
Adorno verteidigt entschieden den Vorrang der "hohen Kunst" gegenüber der populären Kultur. Aber auch diejenigen, die vorgeben im Namen der populären Kultur zu sprechen, zeigten oft dieselben Ängste wie er: vor dem Femininen, dem Körper, dem Sinnlichen. Erinnert sei an das Unsichtbarmachen der Frauen in der Musikgeschichte - von den "Blues Queens" der Zwanziger Jahre bis zu den Girl Groups der frühen Sechziger; oder an die bis heute fortwirkende Verachtung der Dance Music, die nach der Musik der Sechziger und ihrer "politischen Potenz" als jämmerlicher Abstieg gilt. Die "Disco ist Scheiße"-Kampagne ("Disco sucks"), mit ihrer unterschwelligen Panik vor "homosexueller" Musik, ist ein besonders plattes Beispiel; aber dasselbe findet andauernd statt, in der zwanghaften Abgrenzung gegenüber den vielen Afro-Amerikanischen Musikstilen (einschließlich Disco), in denen es um die Maximierung der physischen Qualität von Musik geht.
Der Verdacht, den man(n) gegenüber der Musik hegt, drückt sich auch in den vielen Untersuchungen über Popkultur aus, die sich für die Musik selbst kaum interessieren. Man widmet sich lieber den Texten, den ausdrücklichen politischen Bekenntnissen, ethnographischen Studien zur Rezeption, oder dem Thema der Kulturindustrie. Simon Frith geht soweit zu sagen, daß die "kritische" Analyse populärer Musik (in dem Fall Rap) "ein korrupteres Unterfangen ist als ihre Kommerzialisierung".
Sicher, Musik kann gelegentlich (wie in den Sechzigern) einer expliziten politischen Botschaft untergeordnet sein. Aber das sind die Ausnahmen. Für die Auseinandersetzung mit populärer Musik generell waren die Sechziger das Schlimmste, was passieren konnte: Weil ein winziger Prozentsatz der musikalischen Produktion direkt gegen den Vietnamkrieg oder soziale Unterdrückung protestierte, geriet all das in den Hintergrund, worum es in der populären Musik vorrangig geht, selbst in diesem programmatischen Jahrzehnt. Indem das Physische an der Musik getrennt wurde von dem, was angeblich ihre "politische Substanz" war, wiederholte die Kritik der Populärkultur jene Feindlichkeit gegenüber dem Körper, jene politische Eindämmung der Musik, die für die westliche Geschichte so typisch sind.

Die Techniken des Körpers

Es würde weiterführen, sich darauf zu konzentrieren, welche Wirkung Musik - nicht nur Pop, sondern jede Musik, einschließlich der Klassik - auf den Körper hat. Teresa de Lauretis spricht von den "Techniken des Geschlechts" und meint damit

die Art und Weise, wie Film und andere Medien zur kulturellen Konstruktion dessen beitragen, was es heißt, Mann oder Frau zu sein. Geschlecht ist nicht durch Natur oder Biologie gegeben, sondern wird hervorgebracht und geformt durch die soziale Praxis und ihre Diskurse. Musik steht, nach meiner Auffassung, in vorderster Reihe unter den "Techniken des Körpers". Durch diese Techniken erlernen wir die sozial geformten Muster, in denen wir Bewegung, Zeit, Gefühle, Sehnsucht, Lustempfinden und vieles andere erfahren.
Diese Muster sind immer geprägt durch ihre Geschichte - eine Geschichte, die nach Klasse, Geschlecht, Ethnizität strukturiert ist. Musik stellt demnach ein Terrain dar, auf dem unterschiedliche Formen von Körperlichkeit (und genauso von Selbstwahrnahme, von sozialer Beziehung, von Gefühlen usw.) um Aufmerksamkeit und Einfluß wetteifern. Der Aufstieg einer sozialen Gruppe kündigt sich häufig zuallererst und mit besonderer Deutlichkeit in der Art an, wie ihre Musik den Körper entwirft. Deshalb ist es logisch, daß die Anhänger der traditionellen Stile gegen die Ketzerei des Neuen wettern. Sich stark mit einem bestimmten Stil identifizieren, heißt daran glauben, daß dieser Stil die Welt repräsentiert, so wie sie wirklich ist. Und die Leute sind normalerweise nicht begeistert davon, wenn ihre Welt und die damit zusammenhängenden Werte - insbesondere so grundsätzliche Fragen wie die Haltung zur Körperlichkeit - zum alten Eisen geworfen werden. Aber das ist nun mal der Weg, wie die Geschichte der westlichen Musik sich fortbewegt.
Die musikalischen Techniken des Körpers werden häufig über kommerzielle Mittel verbreitet, aber das mindert in keiner Weise ihren Einfluß. Ganz im Gegenteil. Die Verteufelung der Beziehung zwischen Musik und Geld reicht zurück bis ins Paris des 12.Jahrhunderts, wo städtische Beamte versuchten, strenge Regeln für die "Ministrels" aufzustellen, die dort in einem eigenen Ghetto wohnten - der Tin Pan Alley jener Zeit. Heute wie damals wurde als Problem empfunden, daß das, was sich so intensiv und authentisch anfühlt, für Geld gekauft werden soll: wir bezahlen Profi-Musiker dafür, die richtigen Knöpfe bei uns zu drücken, was das Ganze immer ein bißchen nach Prostitution aussehen läßt. Aber es war sehr oft "kommerzielle" Musik, Musik, die sich auf dem Markt behauptete und von ihm lebte - meistens aufgrund ihres körperlichen "Appeals" -, von der wesentliche Änderungen in der westlichen Kultur ausgingen. Das erotische Madrigal etwa, das mit dem Aufstieg der Printmedien im 16.Jahrhundert auf den Plan trat; oder die Volksoper im Venedig des 18.Jahrhunderts, die Codes fand, um das zu beschreiben - oder eher, zu konstruieren - was wir gewöhnlich für unsere privatesten Empfindungen halten.

Ein "schwarzes" Jahrhundert

Wie Adornos Haßtirade anzeigt, ist die einflußreichste musikalische Kraft des 20.Jahrhunderts - und zwar weltweit - die Musik von Afro-AmerikanerInnen, deren kulturelle Traditionen das physische Element betonen, ohne den Terror des Geist-Körper-Dualismus, der sich so verheerend in der europäischen Kultur ausgewirkt hat. Seit Okeh Records sich 1920 breitschlagen ließ, "You Can't Keep a Good Man Down" von Mamie Smith herauszubringen, ist die Musik von Afro-AmerikanerInnen gekauft und verkauft worden, bis sie sich über den ganzen Globus ausgebreitet hatte. Es steht außer Frage, daß schwarze MusikerInnen von den kommerziellen Medien oft in besonders übler Weise ausgebeutet wurden - die Künstlerinnen und Künstler bekamen normalerweise keinen Anteil an dem, was andere am Verkauf ihrer Musik verdienten. Die Art, wie schwarze Musik rezipiert wurde, hatte oft etwas Voyeuristisches und Bigottes - ein weißes Publikum schätzte an schwarzer Musik die Körpererfahrung, die es selbst sonst nicht hatte, und warf schwarzen MusikerInnen gleichzeitig diese "nachlässige" Körperlichkeit vor. Aber wenn wir uns die Kultur des 20.Jahrhunderts ansehen, ist es unbestreitbar, daß seine Bildsprache und die ganze Art, wie Körperlichkeit und Subjektivität durch Musik geformt wird, von Afro-AmerikanerInnen formuliert wurde. Trotz der Musikindustrie und all ihren Diebstählen, hat die kommerzielle Verbreitung dazu beigetragen, die musikalischen Formen hervorzubringen, die wir heute kennen und lieben, und auch die Art von Selbsterfahrung, die den meisten von uns heute so selbstverständlich vorkommt - Schwarzen und Weißen.
Die spannende Frage ist: Was macht das Politische an der Musik aus? Wenn man dabei an die übliche Parteipolitik denkt, ist die Musik dabei nicht mehr als ein Cheerleader. Wenn man an soziale Bewegungen und ökonomische Kämpfe denkt, kann Musik zum Instrument von Protest werden oder den Zusammenhalt einer Community stärken. Aber die musikalische Macht derer, denen man die gesellschaftliche und politische Teilnahme verweigert - die Jugend, die Unterklasse, ethnische Minderheiten, Frauen, Schwule - resultiert in der Regel aus ihrer Fähigkeit, ein anderes Bild von Körperlichkeit zu entwerfen; Formen der Körpererfahrung, in deren Gefolge andere, "experimentelle" Welten möglich werden. Die Angst, mit der die etablierte Gesellschaft auf fast jede musikalische Neuerung von seiten dieser Gruppen reagiert, weist darauf hin, daß es hier um etwas eminent Politisches geht.
Für die Ausgegrenzten ist es ein großer Vorteil der Kultur-

Es mag überraschen,

daß sich im frühen 17.Jahrhundert eine ganz ähnliche Karriere

eines musikalischen Stils abspielte,

der mit marginalisierten und rassisch ausgegrenzten musikalischen Formen

das Körpergefühl des Westens reformierte.

Unter all der Beute,

die bei den Raubzügen in der Neuen Welt gemacht wurde,

fand sich auch ein Tanzstil:

die sogenannte ciaccona.



industrie, daß sie sich um das "Politische" nicht kümmert: sie wirft jeden Groove auf den Markt, von dem sie glaubt, daß er sich verkauft. Das heißt nicht, daß KünstlerInnen oder ihr Publikum die Kontrolle darüber hätten, was in diesem Business geschieht; die Macht der Musikindustrie, alles aufzusaugen und politisch zu entschärfen, was sie in die Finger bekommt, darf nicht unterschätzt werden. Auch übersetzt sich kulturelle Präsenz nicht automatisch in soziale Macht. Dennoch, es ist oft der Markt, seine von der Profitjagd diktierte Wachsamkeit für Trends, was es der Musik ermöglicht, aus den verordneten Beschränkungen auszubrechen und als aktive Kraft an der Veränderung sozialer Strukturen teilzunehmen - Strukturen, die Plato und all jene, die ihm folgten, für das Herz der Politik ansahen.

1965: Die Musik der Kids

Ich will zwei Beispiele dafür geben, wie eng die Verbindung zwischen (konkurrierenden) Körperlichkeiten und Musik sein kann. Am 12.Mai 1965 kam der Produzent Jerry Wexler ins Studio, wo einige Musiker Aufnahmen machten, und sagte: "He, schaut mal her, warum macht ihr nicht das hier?" Er tanzte ein paar Schritte und erklärte, das wäre die Art, wie die Kids es täten: mit dem Beat auf der Zwei, und zwar leicht verzögert. Die Musiker waren begeistert, und was herauskam, war der Wilson-Pickett-Hit "In the Midnight Hour" - der Song, der einen neuen Soul-Stil schuf und Stax Records den Durchbruch verschaffte. Es ging um Verkaufen; Verkaufen was das Zeug hielt. Aber "Midnight Hour" machte ein breiteres Publikum mit einer neuen Art bekannt, mit seinem Körper umzugehen.
Die Kids, die sich so auf der Straße bewegten, waren hauptsächlich afro-amerikanische Kids; und der Rhythmus übersetzte ihre Art, sich zu bewegen, in ein Muster, das andere nachahmen konnten - und das Stück und alle, die auf ihm aufbauten, brachte dieses Muster mittels der Massenmedien zu Millionen von Leuten mit unterschiedlichstem ethnischem Hintergrund, die sich sofort dafür begeisterten. Musik basiert darauf, daß wir körperliche Wesen sind, sie funktioniert nicht ohne diese Erfahrung. Aber die Art, wie wir uns körperlich erfahren - unser Fundus an realen und möglichen Bewegungen und deren Bedeutung - ist in einem weit größeren Maße, als uns das bewußt ist, selbst durch Musik geformt.
Wer Leute zu "Midnight Hour" tanzen sieht, bemerkt den Unterschied: die minimale Verzögerung im Beat führt unwillkürlich, quasi am Großhirn vorbei, zu einem ganz bestimmten Set von Gesten, die den Hintern betonen - der sogenannte "Jerk" ("Ruck"). Der Song dirigiert, solange er läuft, den Körper und auch die damit verbundene Subjektivität.
"Midnight Hour" hat keinerlei "soziale Botschaft". Aber sein Siegeszug durch die Charts war ein Stück afro-amerikanische kulturelle Gegenmacht. Es geht um eine Art Körperlichkeit, die zentral zu afro-amerikanischen Dance-Stilen gehört, die aber vom Mainstream-Amerika auch 1965 noch als obszön angesehen wurde. Unter dem Einfluß dieser Musik begannen viele weiße ZuhörerInnen, ihren Körper in "schwärzerer" Form als bisher zu erfahren. Der Einfluß dieser Musik, ob getanzt oder nicht, trug bei zum politischen Klima des kulturellen "Cross-over" in den Sechzigern, genauso wie zu dem, was man "sexuelle Befreiung" nannte.

1600: Groovende Leichen

Es mag überraschen, daß sich im frühen 17.Jahrhundert eine ganz ähnliche Karriere eines musikalischen Stils abspielte, der mit marginalisierten und rassisch ausgegrenzten musikalischen Formen das Körpergefühl des Westens reformierte. Unter all der Beute, die bei den Raubzügen in der Neuen Welt gemacht wurde, fand sich auch ein Tanzstil: die sogenannte ciaccona.
Der Ursprung der Ciaccona ist nicht genau geklärt. Einige schreiben sie den Indios in Peru zu, andere dem Einfluß von AfrikanerInnen, die als SklavInnen in die Neue Welt verschleppt wurden. Musikalisch sind beide Erklärungen plausibel: die Stücke, die StraßenmusikerInnen in Peru heute spielen, weisen eine Ähnlichkeit



zur Ciaccona auf, während ihre charakteristische Struktur gegenläufiger Rhythmen sich in der afrikanisch geprägten Dance-Musik beider Amerikas wiederfindet. Das Muster der Ciaccona ist relativ simpel. Ein extrem kurzes Motiv, manchmal keine vier Sekunden lang, wird wiederholt, den ganzen Tanz über. Was diese Wiederholungen so packend macht, ist ein Groove von jazzartigen, gegenläufigen Rhythmen, die einen extremen körperlichen Effekt haben

Als die ansteckenden Rhythmen der Ciaccona sich auf dem europäischen Kontinent ausbreiteten, lösten sie eine Art Tanz-Wahn aus, der wiederum die bekannten Reaktionen hervorrief. Die einen feierten die Ciaccona als Befreiung des Körpers, der unter der restriktiven Gewalt der westlichen Zivilisation erstickte; die anderen sahen in ihr den Untergang des Abendlandes. Beide Seiten waren sich jedoch einig, daß ihre Rhythmen, wenn sie einen erst einmal gepackt hatten, unwiderstehlich waren. 1615 wurde die Ciaccona vorübergehend verboten, wegen ihrer "unverbesserlichen, ansteckenden Liederlichkeit". Selbst blaues Blut schützte nicht vor der Ansteckung: man hörte auch von adeligen Damen, die der Ciaccona verfallen waren. Wie zu einem späteren geschichtlichen Zeitpunkt der Soul, setzte sich die Ciaccona über sorgfältig gehütete Grenzen von Rasse und Klasse hinweg. Was immer die Ciaccona in ihrem ursprünglichen Kontext bedeutet haben mag, in Europa wurde sie von Freund und Feind gleichgesetzt mit verbotenen körperlichen Freuden und gesellschaftlichem Zerfall. Es ist eine Ciaccona überliefert, in der sich ein katholischer Priester während einer Beerdigung verspricht und "vida bona" singt - das Stichwort, auf das hin seine Ministranten, die Nonnen und sogar die Leiche fröhlich loshotten. Der Bischof ruft sie zur Ordnung und läßt sich, in Untersuchung des Vergehens, eine Strophe vorsingen, die ihm prompt selbst in die Röcke fährt, worauf alle begeistert wieder einfallen; am Ende erteilt er allen die Absolution.

Die Ciaccona war ein Segen für die beginnende Entfaltung eines kommerziellen Musikmarkts. Ihre Elemente wurden von KünstlerInnen der weltlichen und der religiösen Musik aufgegriffen (der prominenteste Fall ist Claudio Monteverdi); ein frühes Beispiel des "trickle-up"-Effekts, der den Sound der Straße in die elaborierten Kunstformen bringt. Die musikalische Energie der Ciaccona trug in der Tat bei zu jenem Element von Bewegung, das für die frühe Tonalität charakteristisch ist - man kann soweit gehen zu sagen, daß Elemente, die als typisch für westliche Musik gelten, aus dem Kontakt mit indianischen und afro-amerikanischen Einflüssen entstanden sind.

... PFEIF DRAUF

Same as it ever was: Mit diesem Seufzer wandten sich nach den Sechzigern viele KritikerInnen wieder von der Musik ab, nachdem sie die Welt offensichtlich nicht verändert hatte. Daß die Jugend die "rebellische" Rockmusik gegen neue, körperbetontere Musikstile eintauschte, wurde eher zynisch begleitet. Links wie rechts bemüht man sich, die Musik zu "retten" vor ihrer berüchtigten Fähigkeit, körperlich zu ergreifen. Aber genau darum geht es. Auch wenn die "Körpertechnik" neuer Stile nur eine Zeitlang aufrührerisch wirkt, bevor sie absorbiert wird, geht es doch darum, sie zu begreifen und den Kulturkampf dort zu analysieren, wo er passiert: in der Musik selbst. Es ist derselbe Effekt, um den sich 1965 genauso wie 1600 die ganze Aufregung drehte. Es geht immer um einen Groove, mit dem man beim besten Willen nicht aufhören kann; und wenn die Zivilisation dabei den Bach runtergeht - pfeif drauf.

Susan McClary ist Musikwissenschaftlerin, Kritikerin und Autorin experimenteller Theaterstücke; sie lehrt an der Universität von Kalifornien in L.A.

Übersetzung: Christoph Spehr

"Same as it ever was" ist ein Vortragsskript und erschien zuerst in Evelyn McDonnell & Ann Powers: Rock She Wrote, N.Y. 1995.

Magischer



Die "Lateinamerikanisierung" der US-Metropolen

by Mike Davis

Als sich irgendwann im Laufe des Jahres 1996 Latinos noch vor den Afro-AmerikanerInnen zur zweitgrößten ethnischen Bevölkerungsgruppe in New York City entwickelten, gab es zur Feier dieses Anlasses weder Straßenfeste in El Barrio oder Washington Heights, noch hielt der Bürgermeister auf den Stufen von Gracy Mansion eine Pressekonferenz ab. Trotzdem war dieser demographische Durchbruch ein historisches Ereignis ganz besonderer Art, nur noch vergleichbar mit der irischen Einwanderungswelle Mitte des 19. Jahrhunderts oder dem massenhaftem Zuzug von schwarzen BewohnerInnen in den frühen 60er Jahren. Gleichzeitig zeigt er einen vorherrschenden nationalen Trend an. Salsa ist zum integralen Bestandteil des großstädtischen Lebens in fast allen US-Metropolen geworden. In sechs der zehn größten US-amerikanischen Städte (New York, Los Angeles, Houston, San Diego, Phoenix und San Antonio) leben inzwischen mehr Latinos als Afro-AmerikanerInnen. In Los Angeles, Houston und San Antonio sind sie sogar noch vor der nicht-hispanischen weißen Bevölkerung die größte ethnische Community.

Diese folgenreiche „Lateinamerikanisierung" der mittleren und größeren Städte der USA stützt sich auf eine Bevölkerung mit spanischen Nachnamen, die jährlich um eine Millionen Menschen anwächst, und somit das fünffache des allgemeinen Bevölkerungswachstums erreicht. Ähnlich wie die asiatischen EinwandererInnen favorisieren Latinos ganz eindeutig die großstädtischen Zentren als Wohnorte, wodurch die Vorurteile einer mehrheitlich suburbanen weißen Bevölkerung über das "Chaos der Metropolen" noch verstärkt werden. Mit Ausnahme der mexikanischen MigrantInnen, die vielerorts von Kalifornien bis Michigan auch das kleinstädtische Leben bestimmen, finden wir die wichtigsten Latino-Gruppen konzentriert in den zwanzig größten Städten der USA. Ohne das enorme Wachstum der Latino-Communities wären die meisten US-amerikanischen Städte in den letzten Jahren mit einem dramatischen Bevölkerungsrückgang konfrontiert worden, vor allem angesichts der massiven Abwanderung der weißen und seit 1990 auch verstärkt der schwarzen Mittelschicht.

Im vorherrschenden binären Diskurs innerhalb der US-amerikanischen Öffentlichkeit ist die historische Bedeutung dieser ethnischen Transformation der städtischen Landschaft bisher jedoch noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Die zunehmend von Asiaten wie auch Latinos bestimmte Dynamik der gegenwärtigen Großstadt wird weiterhin in der altmodischen Schwarz-Weiß-Optik wahrgenommen.

Kulturelle Transformatoren

Da die gegenwärtigen US-amerikanischen Großstädte mit der größten Vielfalt lateinamerikanischer Menschen und Communities in der ganzen Hemisphäre gesegnet sind, bietet sich ihnen die Chance, zu machtvollen kulturellen Transformatoren für die Produktion und den Re-Export kosmopolitaner Latinidades (Hispanicities) im 21. Jahrhundert zu werden. Ich benutze bewußt den Plural Latinidades, da in jeder der drei US-amerikanischen Metropolen, die von sich behaupten können, die „heimliche Hauptstadt Lateinamerikas" zu sein – Los Angeles, New York und Miami – jeweils bestimmte Identitätspolitiken am Werke sind, die die unterschiedlichen Fusionen nationaler und regionaler Traditionen reflektieren. Aber diese nationalen Gruppen sind keine Größen im essentiellen Sinne. Seit der Veröffentlichung „The Polish Peasant in Europe and America" (1919) von Thomas und Znaniecki haben MigrationsforscherInnen wiederholt daran erinnert, daß die mitgeführten „nationalen Identitäten" im Laufe der Zeit im Einwanderungsland einem Wandlungsprozeß unterworfen werden, und sich im jeweils vorherrschenden Kräfteverhältnis zwischen der Mehrheitskultur und den ihr entgegengesetzten „Fremden" zu spezifischen „Ethnizitäten" formen. Mexikanisch zu sein in der Diaspora von El Paso ist nicht zu vergleichen mit mexikanisch zu sein en la patria nur wenige Blocks entfernt auf der anderen Seite der Grenze in der Zwillingsstadt Ciudad Juarez.

In Los Angeles z.B. hat zudem jede neue Generation von in den USA aufgewachsenen Jugendlichen mexikanischer Herkunft ein eigenständiges Selbstbewußtsein gegenüber der dominanten Anglo-Gesellschaft entwickelt. So haben - gefangen in einem quälenden Niemandsland zwischen einem System der Zuschreibungen von Rasse und Ethnizität - „Mexican-Americans" zwischen den 30er und 50er Jahren dieses Jahrhunderts den Wunsch zum Ausdruck gebracht, ähnlich wie die „Polish-Americans" oder „Italian-Americans" als eine eigenständige Minderheitengruppe öffentlich anerkannt zu werden. Fehlende gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie die zunehmende Abschottung in den eigenen Communities haben zusammen mit dem Einfluß des militanten schwarzen Nationalismus zwischen den 60er und 80er Jahren die

seperatistische Bewegung der „Chicanos" hervorgebracht, die exklusive Ansprüche auf ihren Ursprung im südwestlichen Aztlan erhebt. Die beeindruckende Wiederentdeckung von „Mexicanidad" während der 80er und 90er Jahre hat auf der anderen Seite ihre Wurzeln in der massiven Migration und der Ausweitung der spanisch-sprechenden Öffentlichkeit innerhalb der USA.

Transnationale Vorstädte

Die Substanz der neuen spanisch-sprechenden städtischen Nachbarschaften bilden nicht nur Individuen oder Familienhaushalte, sondern immer stärker ganze transnationalisierte Communities. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern und ihre traditionellen Solidaritäten und Beziehungen zu reproduzieren, mußten Hunderte ejidos, rancherias, Dörfer und Kleinstädte überall in Mexiko, Zentralamerika und der Karibik lernen, wie man – vergleichbar mit Quantenteilchen - in zwei Orten gleichzeitig lebt.

Wichtig ist, zwischen alten und neuen Mustern der Kettenmigration zu unterscheiden. Seit den Tagen von Ellis Island galt für die Vorhut der männlichen Migranten, daß sie in ihren Stadtteilen oder auf dem Arbeitsmarkt Nischen schaffen oder finden mußten, um später ihre paisanos aus ihrem Familienclan, ihrem Heimatdorf oder ihrer Region nachzuholen und unterzubringen. Diese Nischen und Netzwerke wurden über die Jahre und Jahrzehnte zu einem unschätzbaren „sozialen Kapital" für die zurückgebliebenen Communities, da sie ihnen erlaubten, Arbeitslosigkeit zu exportieren, neue Qualifikationen zu erwerben, ihre finanziellen Ressourcen aufzubessern, und sich in gewisser Weise gegen die Brutalität und Unberechenbarkeit der Natur und des Weltmarktes abzusichern. In der Vergangenheit wurden sie meist von jungen Männern (in weit geringerem Ausmaß von jungen Frauen) am Leben erhalten. Die Jungen gingen für begrenzte Zeiträume, die von einigen Monaten bis zu ganzen Jahrzehnten reichten, in die USA, arbeiteten hart, und kehrten dann oftmals mit einem kleinen Vermögen und als lokale Helden in ihre Heimat zurück. Eine beträchtliche Minderheit blieb natürlich auch schon damals für immer auf der anderen Seite der Grenze oder des Ozeans und hat im Laufe der Zeit ihre Familienangehörigen in die Staaten nachgeholt. Aber das vorherrschende Migrationsmuster von MexikanerInnen in den 70er Jahren, das dem der Italiener im 19. Jahrhundert ähnelte, bestand aus der temporären oder saisonbedingten Auswanderung von Arbeitskräften, die sich der Nachfrage der Arbeitsmärkte in den US-Metropolen anzupassen versuchten. Schließlich führten die Schuldenkrise in Mexiko, aus der für Millionen mittelloser Arbeiterfamilien eine tiefe Depression erwuchs, und die grausamen Bürgerkriege in El Salvador und Guatemala zu einem gewaltigen Bedeutungszuwachs der sogenannten „Push-Faktoren" im Migrationsprozeß. Unabhängig von den ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland USA (einer der zentralen sogenannten „Pull-Faktoren") zwang die schiere Notwendigkeit des Überlebens immer mehr Menschen auf den zunehmend schwierigen und gefährlichen Weg Richtung Norden. Eine wachsende Anzahl junger Frauen schloß sich der Wanderungsbewegung an, genauso wie arbeitslos gewordene Facharbeiter, Akademiker und deklassierte Selbstständige. Zur gleichen Zeit brachte die Reform des Einwanderungsgesetzes 1986 sowohl erhebliche Vorteile (eine Amnestie für mehr als 2,5 Millionen vormals illegale EinwandererInnen) wie auch wesentliche Nachteile (Sanktionen für Arbeitgeber und eine Militarisierung der Grenze) mit sich, so daß sich immer mehr WanderarbeiterInnen dauerhaft in den USA niederließen. Die etablierten Teile der Latino-Communities begannen, in ihre Wohnungen und Häuser, in die College-Ausbildung ihrer Kinder und in kleine und mittlere Unternehmen zu investieren. Einige BeobachterInnen haben diese Entwicklung fälschlicherweise als Zeichen für eine abnehmende Identifikation mit den traditionellen Kulturen und Heimatländern interpretiert. Vielmehr sah sich ein Großteil der MigrantInnen gezwungen, sich immer mehr auf der nördlichen Seite der Grenze zu verschanzen, nur um ihre umkämpften sozialen Identitäten auf der südlichen Seite der Grenze verteidigen zu können. Mehr als jemals zuvor bilden die in die Heimat überwiesenen „Migradollars" (nach Schätzungen zwischen acht und neun Milliarden jährlich in den 90er Jahren) die zentrale Lebensgrundlage für eine wachsende Anzahl von ländlichen Communities in Mexiko und Zentralamerika. Ein Ergebnis der zunehmenden „Inkorporation der Migrantenkulturen in das recht anpassungsfähige Gewebe des lokalen sozialen Systems" ist die effektive Transnationalisierung von ganzen Communities und Dörfern. Diese neue Logik der sozialen Reproduktion - unter den Bedingungen einer rapiden und manchmal auch katastrophalen globalen Restrukturierung - zwingt die traditionellen Communities dazu, Besitz und Bevölkerungen zwischen zwei unterschiedlichen ortsverbundenen Existenzen auszubalancieren. In dem Maße, wie die Communities im Auswanderungsland zum integrierten Bestandteil der Ökonomie der MigrantInnen-Metropolen wie auch der ihres eigenen Nationalstaates werden (ein Prozeß, den einige Forscher inzwischen „Nortenizacion" nennen), werden sie de facto zu „transnationalen Vor-



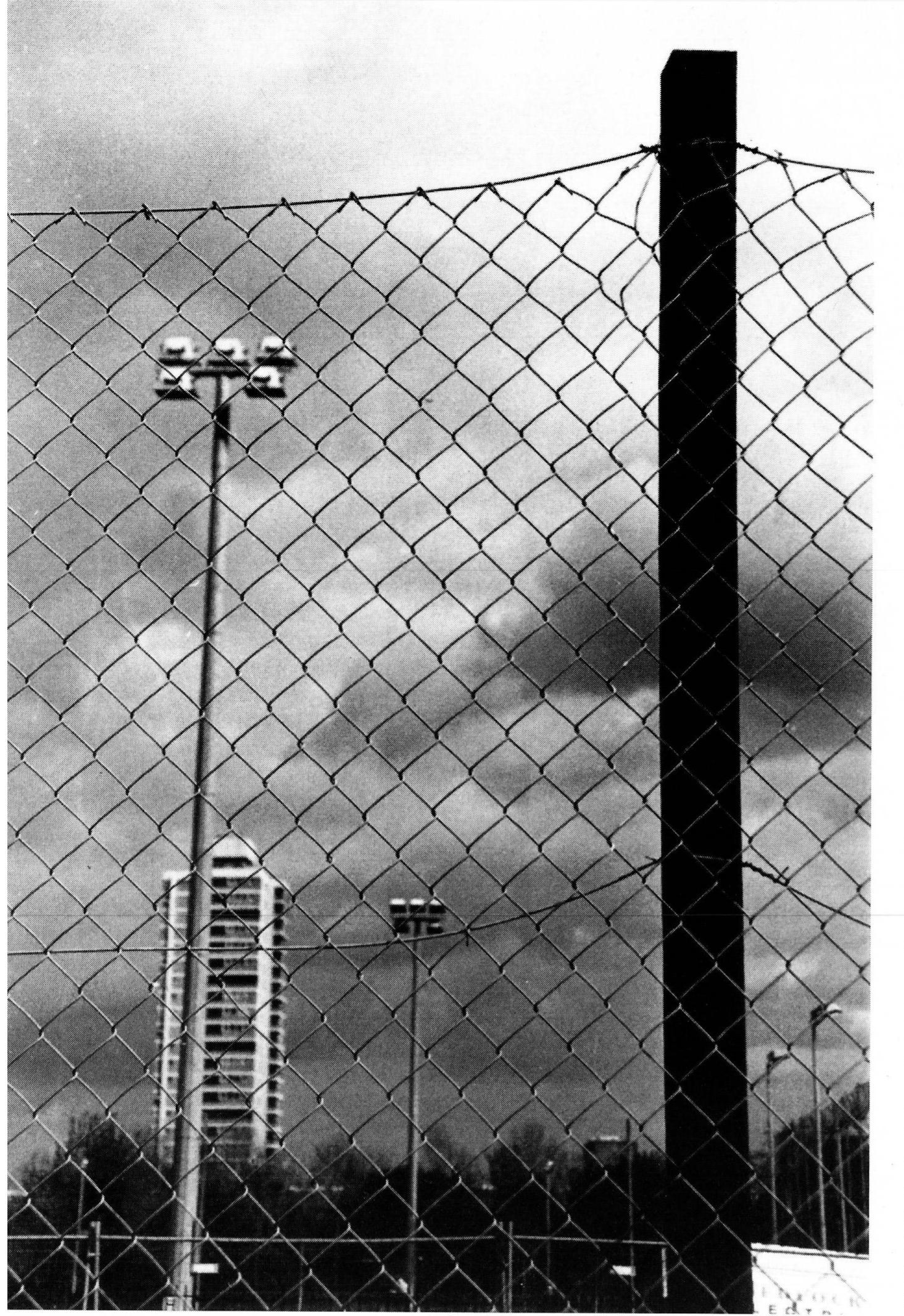
Die Substanz der neuen spanisch-sprechenden städtischen Nachbarschaften bilden nicht nur Individuen oder Familienhaushalte, sondern immer stärker ganze transnationalisierte Communities.

städten und Stadtteilen" von New York, Los Angeles, Chicago und Miami. Ironischerweise werden diese kommunalen Überlebensstrategien am wirkungsvollsten von all jenen Technologien unterstützt, die man in der Regel mit Prozessen der Globalisierung und der Ent-Lokalisierung identifiziert. In seiner detaillierten Studie über die Transplantation der Hälfte der Bevölkerung des Dorfes Ticuani im mexikanischen Bundesstaat Puebla nach Brooklyn in New York City hat Robert Smith die entscheidende Rolle der Telekommunikaktion und der gesunkenen Flugpreise für die Aufrechterhaltung der kollektiven Identitäten betont. Tatsächlich haben sich die (ehemaligen) BewohnerInnen von Ticuani in einer Art „virtuellem Dorf" neu eingerichtet, wo alle wesentlichen kommunalen Angelegenheiten in wöchentlichen Konferenzschaltungen zwischen den Dorfältesten in Brooklyn und Mexiko diskutiert und entschieden werden. Verbindungen zur alten Heimat werden durch Familienausflüge und die Teilnahme an Dorffesten regelmäßig erneuert, während leidenschaftlich ausgetragene Rivalitäten zwischen den Volleyball-Teams der Migranten in Brooklyn einen Beitrag zur kollektiven ticuanensischen Identitätsbildung in New York leisten. Gleichzeitig erhalten die loyalen Dorfmitglieder in der Diaspora ihren lebenswichtigen Transfer von Migradollars nach Hause aufrecht. Während Smith zufolge die früheren MigrantInnengenerationen aus Irland oder Italien ähnliche Ziele verfolgt haben mögen, „hat die Tatsache, daß sie nicht über das Wochenende nach Hause fliegen oder mit ihren Angehörigen im Heimatdorf über das Lautsprecher-Telefon verhandeln konnten, wie es heute die MigrantInnen aus Ticuani tun, die Qualität und die Quantität der Beziehungen auf der Mikroebene erheblich verändert."
Innerhalb dieser transnationalen Netzwerke kommt es recht häufig vor, daß die einzelnen Individuen in den von ihnen bevölkerten Parallelwelten einen vollkommen unterschiedlichen sozialen Status besitzen. Über die Jahrzehnte haben die regelmäßigen Geldüberweisungen aus Palm Springs einigen der MigrantInnen eine nicht unerhebliche ökonomische Sicherheit und ein hohes soziales Prestige beschert. Ein Korrespondent der Los Angeles Times war verblüfft, als er bei einem Besuch in San Miguel feststellen mußte, daß Kellner und Bedienungshilfen dort in „Villen" wohnen und von ihren Nachbarn als „Don" angesprochen werden.

Ein inhärentes Problem der Kettenmigration jedoch sind eine Reihe unbeabsichtigter Folgen des Exports von Migradollars und sozialer Probleme aus den USA in die Herkunfts-Gemeinden der Migranten. Angesichts der extremen Unterschiede zwischen den gewalttätigen Straßen der US-amerikanischen Innenstädte und den gewöhnlich friedlichen Dorfwelten im ländlichen Mexiko oder in Zentralamerika liegt hier eine virulente Gefahr. Gemäß einer lokalen Strafverfolgungsstrategie, die immer stärker auf Massendeportationen (gewöhnlich ohne ein Gerichtsverfahren) von Gangmitgliedern ohne US-amerikanische Staatsbürgerschaft setzt, wurden in den letzten Jahren Tausende enttäuschter und mittelloser Jugendlicher aus Los Angeles nach Mexiko, Belize, El Salvador (4.000) und Gutatemala abgeschoben. Das durchaus vorhersehbare Ergebnis besteht aus einer sich epidemisch ausbreitenden und ursprünglich im städtischen Kontext entstandenen Gewalt in vormals ländlichen Gebieten. Staubige und verschlafene Städtchen in Belize, die früher lediglich Fußballkämpfe kannten, werden heute von mehr als einem Dutzend sich bekriegender Straßengangs aus L.A. terrorisiert. In anderen Fällen sind abgeschobene Jugendliche - teilweise mit Automatikwaffen, Handgranaten und Feuerwerfern vom Schwarzmarkt ausgerüstet - als die Söldner von einflußreichen mexikanischen und kolumbianischen narcotraficantes (Drogenhändlern) in Erscheinung getreten. Transnationale Kriminalität wächst und gedeiht mit der Verzweiflung und dem Scheitern vieler MigrantInnen al otro lado.

Die Armutsfalle

Wie war es möglich, daß das rapide Wachstum der städtischen Latino-Bevölkerung gerade in einem Zeitraum stattfinden konnte, in dem die meisten US-amerikanischen Großstädte eine Phase der massiven Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit durchliefen? Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung der fünf wichtigsten EinwandererInnen-Metropolen – Los Angeles, San Francisco, Chicago, Miami und New York - ist zu dem Ergebnis gekommen, daß MigrantInnen in der Regel entweder in den Beschäftigungsnischen, die erst durch die Einwanderung geschaffen worden sind (wie ethnische Restaurants oder kleinere Textilfabriken) unterkommen, oder in den Bereichen eingestellt werden, die von den einheimischen ArbeiterInnen auf dem Weg zu besser bezahlten Jobs in den Vorstädten aufgegeben worden sind. Das heißt, MigrantInnen ersetzen die Einheimischen zwar in bestimmten Beschäftigungszweigen, sie verdrängen sie jedoch nicht. So kann auch die hohe Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung in den Großstädten nicht zuerst mit der Konkurrenz durch Latinos erklärt werden. Es sind vor allem die institutionellen Barrieren - darunter die räumliche Segregation in den Wohnbezirken, die anhaltendene Diskriminierung am Arbeitsplatz, die hoffnungslos überfüllten Schulen in den innerstädtischen Vierteln und eine zunehmenden Kriminalisierung von schwarzen Jugendlichen - die so viele der armen afro-amerikanischen Familien daran hindern, von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen innerhalb des Hightech- und Informationssektors zu profitieren, oder der weißen ArbeiterInnenklasse in die Randstädte mit besseren Stellenangeboten zu folgen. Es soll an dieser Stelle jedoch auch nicht verschwiegen werden, daß in den meisten Städten der Niedriglohnsektor in der Regel durchaus ethnisch segmentiert ist, und daß die Beschäftigten bevorzugt über ethnische Netzwerke rekrutiert werden. Aber es gibt auch ausreichende Belege dafür, daß Latino-MigrantInnen hauptsächlich entweder miteinander oder mit den Maquila-Arbeitern auf der anderen Seite der Grenze konkurrieren.
Die Reform des Einwanderungsgesetzes aus dem Jahre 1986 (IRCA) institutionalisierte zudem neue extreme Formen der ökonomischen und sozialen Ausgrenzung und Abhängigkeit. Während 2,5 Millionen einstmals „illegale EinwandererInnen" eine Arbeitserlaubnis und das Anrecht auf Staatsbürgerschaft erwerben konnten, wurden Millionen andere, die nicht die Bedingungen für die Amnestie erfüllten und nach dem festgesetzten Datum ins Land gekommen waren, zu rechtlosen Parias. Die Einführung von Sanktionen gegenüber den ArbeitgeberInnen hat ihre Beschäftigungsmöglichkeiten auf die miesesten Jobs innerhalb der städtischen Schattenökonomie beschränkt und gleichzeitig die dog-eat-dog-Konkurrenz untereinander vorangetrieben. „Für viele Migranten," hat die Sozialforscherin Sarah Mahler festgestellt, „bedeutete der IRCA sklavenähnliche Beschäftigungsverhältnisse und die ständige Angst vor Entdeckung und Abschiebung."
Hinzu kommt, daß Latinos und AsiatInnen die US-amerikanischen Großstädte just zu einem Zeitpunkt neu bevölkern, in denen sich die Zentralregierung von der Verantwortung gegenüber den besonders stark von Armut betroffenen Großstädten verabschiedet hat. Zwischen 1977 und 1985 z.B. fiel der bundesstaatli-



che Anteil an der Finanzierung der kommunalen Haushalte in New York City von 19 auf neun Prozent, in Los Angeles von 18 auf zwei Prozent und in Chicago von 27 auf 15 Prozent. Von den Interessen der weißen Mittelschicht dominierte Lokal- und Landesregierungen weigern sich inzwischen hartnäckig, diese Ausfälle auszugleichen. Die Parlamente ziehen es dagegen vor, ihre sozialen Aufgaben über Bord zu werfen, Sozialhilfe zu streichen, Krankenhäuser zu schließen, öffentliche Beschäftigung zu reduzieren, und die Staatseinnahmen in den wachsenden Vorstädten zu investieren. Im Fall des Bundesstaats Kalifornien zumindest hat der Backlash gegen die von Schwarzen und ethnischen Minderheiten bewohnten Innenstädte eine Reihe von reaktionären Volksabstimmungen hervorgebracht, darunter die berühmte Jarvis-Steuerrevolte 1978 (Proposition 13), die Beschneidung der Bürgerrechte (Ansprüche auf Schul- und Gesundheitsversorgung) von MigrantInnen (Proposition 187), die Aufhebung von Affirmative-Action-Programmen (Proposition 209) und des zweisprachigen Schulunterrichts (Proposition 226).

Die sozialen Verwüstungen, ausgelöst durch die finanziellen Kürzungen im Bildungs- und sozialen Sicherungssystem, die der Deindustrialisierung auf den Fersen folgten, haben sich als vernichtend erwiesen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen von mehr als 30 Millionen Latinos in den USA ist zwischen 1989 und 1996 um 3.000 Dollar gesunken, was dem größten Einkommensverlust, der je für eine ethnische Gruppe seit der Zeit der großen Depression registriert worden ist, entspricht. Angesichts solch krasser und zunehmender Ungleichheiten ist die Suche nach größerer wirtschaftlicher und politischer Macht zu einem kategorischen Imperativ für die städtische Latino-Bevölkerung geworden.

Auf der Suche nach politischem Einfluss

Latinos gelten nach Meinung fast aller politischer BeobachterInnen als der „schlafende Drache" im US-amerikanischen politischen System. Mit Ausnahme der Exil-KubanerInnen in Miami sind Latinos vom politischen und öffentlichen Leben in den meisten städtischen Ballungszentren mehr oder minder ausgeschlossen. Mehr als acht Millionen Erwachsene (von insgesamt 18,4 Millionen Latinos im wahlfähigen Alter) besaßen 1996 noch nicht einmal die grundlegenden Bürgerrechte. In einem der Wahlkreise in Los Angeles z.B. waren mehr als zwei Drittel der BewohnerInnen ohne Staatsbürgerschaft und in einer vor kurzem stattfindenden Volksbefragung gaben nur zwei Prozent der BewohnerInnen ihre Stimme ab. Die lange Geschichte der politischen Marginalität der Latino-Communities scheint sich jedoch ihrem Ende zu nähern. Die aktuelle Welle von rassistischen politischen Kampagnen – die in Kalifornien vor allem in Proposition 187 und landesweit in den migrantInnenfeindlichen Präsidentschaftskampagnen von Ross Perot und Patrick Buchanan 1996 zum Ausdruck kamen – haben eine bemerkenswerte Gegenreaktion innerhalb der Latino-Bevölkerung herausgefordert. (In der US-amerikanischen Geschichte gibt es hierfür einen legendären Präzedenzfall: Den gewaltigen Anstieg der katholischen und jüdischen Wählerschaft als Reaktion auf das Anwachsen des Ku Klux Klan während der Präsidentschaftswahlen 1928.) Im ganzen Land beantragen spanisch-sprechende MigrantInnen in bisher beispiellosen Zahlen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Unter dem Andrang von mehr als 2,5 Millionen asiatischen und hispanischen BewerberInnen sind die Einbürgerungsbürokratien inzwischen fast schon zusammengebrochen. Insbesondere für MexikanerInnen ist der Weg zur Wahlurne in den USA durch das kürzlich vom mexikanischen Kongreß verabschiedete Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft vereinfacht worden. 1997 haben 255.000 mexikanische MigrantInnen den bisherigen Einbürgerungsrekord einer einzigen Einwanderungsgruppe gebrochen – er stammt bisher aus dem Jahr 1944, als 106.626 italienische MigrantInnen den US-amerikanischen Paß erhielten. Seltsamerweise ist diese Entwicklung vor allem von erfahrenen politischen Strategen der Republikaner begrüßt worden. Der Grund dafür liegt in der Annahme, daß die stärker werdenden politischen Forderungen der Latino-Communities in Zukunft nur noch zu einer weiteren Fragmentierung und somit Schwächung der Demokratischen Partei beitragen werden. Die alte Bürgerrechts-Koalition zwischen Schwarzen und Latinos, die zum ersten Mal während progressiver Kampagnen in den 40er Jahren zum Einsatz kam und in den 80er Jahren von Jesse Jackson neu begründet wurde, ist in den 90er Jahren fast überall im Land auseinandergebrochen. In dem Moment, in dem sich demographisch machtvolle Latino-Communities aufmachen, ihre Ansprüche auf eine bessere Schulausbildung ihrer Kinder und mehr Stellen im öffentlichen Dienst anzumelden, finden sie sich in einem politischen Dilemma wieder: Angesichts gewaltiger fiskalischer Haushaltskrisen geraten sie immer stärker in einen erbittert geführten Konkurrenzkampf mit der lokalen Führerschaft der afro-amerikanischen Bevölkerung, die sich weigert, von ihren hart erkämpften Errungenschaften an andere Gruppen etwas abzugeben. So haben zunehmen-

de politische Spaltungen (im Unterschied zu rein marktbedingten Konkurrenzen) zwischen Latinos und Schwarzen heute schon Tür und Tor geöffnet für eine neo-republikanische Renaissance in den Rathäusern von New York City bis Los Angeles. Selbst in Los Angeles, wo Mexican-Americans aufgrund ihrer numerischen Stärke bald in der Lage sein werden, ihren eigenen Weg zu gehen, zeichnet sich heute schon deutlich eine strukturelle politische Sackgasse ab. Obwohl das wachsende Selbstbewußtsein der neuen ethnischen Communities vielleicht in Zukunft zu einer Eindämmung des offenen migrantInnenfeindlichen Extremismus beitragen kann, wird es ihnen auf längere Sicht nicht gelingen, ihre Forderungen nach staatlichen Investitionen in die sterbenden Innenstädte tatsächlich durchzusetzen. Ähnlich wie bei der afro-amerikanischen Community einige Jahre zuvor kann der Stolz und die Freude über die Möglichkeit, eines Tages einen Kandidaten mit einem spanischen Nachnamen in das Amt des Bürgermeisters wählen zu können, sehr schnell in Desillusionierung und Entpolitisierung umschlagen, wenn die Euphorie der Wähler durch die fiskalischen Restriktionen der Handlungsmacht der Lokalregierungen zerstört wird.
Wie in den 30er und 60er Jahren hängen substantielle Reformen des politischen Systems insgesamt jedoch weniger von erfolgreichen Wahlmanövern ab, sondern vielmehr von den Ressourcen und solidarischen Gemeinschaften, die in den sozialen Kämpfen im Stadtteil und am Arbeitsplatz entstehen. Und ohne die Bedeutung der lokalen Auseinandersetzungen um Wohnungsfragen, Bildung, Luftverschmutzung, Themen der Inneren Sicherheit oder des öffentlichen Nahverkehrs mißachten zu wollen, bleibt der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften die zentrale Hoffnung für den Großteil der städtischen Latino-Communities. Aber auch in diesem Bereich gibt es eine lange Geschichte der Frustration und Enttäuschung. Über Jahrzehnte haben die Funktionäre der ArbeiterInnenbewegung wenig mehr als heuchlerische Lippenbekenntnisse abgegeben, wenn es um die Rechte und die Organisierung der hispanischen ArbeiterInnenschaft ging. Seit Ende der 80er Jahre jedoch haben hispanische AktivistInnen aus der ArbeiterInnenbewegung einen historischen Durchbruch erreicht, sowohl auf der Betriebsebene wie auch bei internen Machtkämpfen und Gewerkschaftswahlen. Insbesondere Los Angeles County mit mehr als 500.000 hispanischen FabrikarbeiterInnen und 1,5 Millionen Latino-Beschäftigten innerhalb der Dienstleistungsindustrien ist zum Epizentrum und Schauplatz der dramatischsten MigrantInnenaufstände und -streiks seit den frühen Tagen von Cesar Chavez´ berühmter Bewegung der LandarbeiterInnen geworden. Tatsächlich erlebt der widerständige und leidenschaftliche Geist der huelgas – Streiks - aus den 60er und frühen 70er Jahren mitten in den Latino-Metropolen heute eine Wiederauferstehung. Seit der Kampagne „Justice for Janitors" der Hausmeister und des Reinigungspersonals in den Wolkenkratzern von Downtown und Century City Ende der 80er Jahre wird Südkalifornien von einer Serie von Arbeitskämpfen erschüttert, bei denen Latinos in der allerersten Reihe stehen.
Dank der entschlossenen Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen und MigrantInnenorganisationen, liberalen Geistlichen und hispanischen College-StudentInnen ist es gelungen, mit neuen innovativen Kampfformen zahlreichen Arbeitgebern den Schlaf zu rauben. Das Repertoire an Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit umfaßt: Theater und Film, pro-gewerkschaftliche öffentliche Kunstaktionen, gemeinsame Aufklärungskampagnen, die Störung von Aktionärsversammlungen, massiver ziviler Ungehorsam (von sit-ins in Büros bis hin zu der Blockade von Autobahnen), Kundgebungen vor den Wohnhäusern der Bosse oder den Firmen-Headquarters (sogar in Japan), offizielle Delegationen aus den Communities, Dienst nach Vorschrift und Sabotage, Gewerkschafts-Fiestas, die Umzingelung des Rathauses mit Hunderten von riesigen Lastwagen, sowie eher traditionelle Formen des Streiks und des KonsumentInnen-Boykotts. Die beeindruckenden Energien der Basis, die in diesen Kämpfen freigesetzt wurden, beeinflußten sowohl die Lokalregierungen wie auch die Politik innerhalb der regionalen und nationalen Arbeiterbewegung. GewerkschaftsaktivistInnen versuchen heute ihren Mitgliedern und den Menschen in den Stadtteilen verständlich zu machen, daß die Militanz der ArbeiterInnenbewegung die einzige denkbare und nachhaltige Alternative zu kurzfristigen und hauptsächlich von Verzweiflung angetriebenen Gewaltexplosionen (wie z.B. während der Rodney-King-Riots) darstellen kann. Ihrer Argumentation zufolge können auch die „post-industriellen" städtischen Ökonomien - unabhängig von den düsteren Einschätzungen zahlreicher Geographen und Stadtsoziologen - über kollektive Arbeitskämpfe um höhere Löhne und mehr Gerechtigkeit erfolgreich restrukturiert werden. (Auch wenn die Rückkehr zum „verlorenen Paradies" des Nachkriegs-Fordismus ausgeschlossen erscheint). Zudem sei die erfolgreiche Organisierung am Arbeitsplatz immer noch der effektivste Weg, um die angemessene politische Repräsentation der sozio-ökonomischen wie auch der kulturellen und sprachlichen Rechte der Latino-Bevölkerung sicherzustellen. Dies klingt nach einer sehr überzeugenden, wenn auch eher recht traditionellen linken Argumentationsweise. Nur weitere soziale Kämpfe werden zeigen können, ob die neu entstehende städtische Latino-Mehrheit in den US-Metropolen Hoffnungsträger für eine städtische Erneuerung darstellt oder nur das ruinöse Erbe schon längst vollzogener Niederlagen antritt.

Übersetzung: Britta Grell

Der Text ist dem gerade neu im *Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Strasse* erschienenen Buch *Nach Norden* herausgegeben von Dario Azzellini und Boris Kanzleiter entnommen.
ISBN: 3-924737-47-9

Ein Ergebnis der zunehmenden
„Inkorporation der Migrantenkulturen in das recht anpassungsfähige Gewebe
des lokalen sozialen Systems"
ist die effektive Transnationalisierung von ganzen Communities und Dörfern.
In dem Maße, wie die Communities im Auswanderungsland zum integrierten Bestandteil
der Ökonomie der MigrantInnen-Metropolen
wie auch der ihres eigenen Nationalstaates werden,
werden sie de facto zu „transnationalen Vorstädten und Stadtteilen"
von New York, Los Angeles, Chicago und Miami.
Ironischerweise werden diese kommunalen Überlebensstrategien
am wirkungsvollsten von all jenen Technologien unterstützt,
die man in der Regel mit Prozessen der Globalisierung und der Ent-Lokalisierung identifiziert.

Ideologien des Post kolonialismus

Sieben Fragen zur weiteren postkolonialen Diskussion

by Robert J. C. Young

Die Bedeutung der Postkolonialismus-Diskussion im deutschsprachigen Raum steht im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu der großen Rolle, die sie im international spielt. In der ersten Ausgabe der Zeitschrift Interventions. International Journal of postcolonial studies (1998/99) stellt deren Herausgeber Robert J. C. Young in einem Editorial den inhaltlichen Rahmen dieser neuen internationalen Zeitschrift vor. Sein Text ist ein Dokument über den aktuellen Stand dieses Diskurses.

Unter 'Postkolonialismus' versteht man im allgemeinen eine bestimmte Art von interdisziplinärer politischer, theoretischer und historischer akademischer Arbeit, die sich als transnationales Forum für Studien versteht, die im historischen Kontext des Kolonialismus, wie auch im politischen Kontext der zeitgenössischen Probleme der Globalisierung verankert sind. Ungeachtet dessen wird an postkolonialen Studien in erster Linie kritisiert, sie hätten die lange Geschichte anti-kolonialer und anti-imperialistischer Aktivitäten mittels verschiedener Theorien, die für diese Geschichte zum Teil völlig unwesentlich waren, zu einer Form kritischer akademischer Analyse gemacht. Wie auch immer, indem wir diese Zeitschrift *'interventions'* nennen, beabsichtigen wir nicht, die derzeitige postkoloniale Arbeit vor dem Hintergrund des Gegensatzes zwischen "Worttreue" und politischer Arbeit zu kritisieren. Es handelt sich um einen komplizierteren Prozeß: Fragen der Geschlechterverhältnisse zum Beispiel sind in der postkolonialen Theorie nicht bloß theoretisch, sondern weisen auch auf Ungleichheiten und strategische materielle Bedürfnisse hin; gleichzeitig zeigen sie, daß postkoloniale Strategien sehr effektiv sein können, wenn sie andere Vorgehensweisen und anderes Wissen für sich abwandeln und nutzen. Statt Postkolonialismus für seine "Worttreue" zu kritisieren, erkennen wir an, daß er in vielerlei Hinsicht Möglichkeiten für eine neue Dynamik politischer und kultureller Praxis geschaffen hat. Die Zeitschrift will also die Identität der derzeitigen postkolonialen Arbeit unterstützen, indem sie deren Möglichkeiten der Einmischung in den Vordergrund stellt. Eine Schlußfolgerung daraus ist, daß die Kategorie des Widerstandes, die im Postkolonialismus so beliebt ist, nocheinmal überdacht werden muß: das Konzept des 'Widerstandes' legt die Betonung auf eine Form politischer Tätigkeit, die bestenfalls auf dominante unterdrückerische Macht reagiert. Es versäumt, die Notwendigkeit nach und die Möglichkeiten von aktiven, eingreifenden Bewegungen hervorzuheben, die politischen und sozialen Wandel und soziale, ökonomische und kulturelle Veränderungen in und über die Nationalgrenzen postkolonialer Staaten erzwingen.

Was immer man über den umstrittenen Begriff 'postkolonial' - und wir werden die Diskussion, wie gesagt, führen - sagen kann, ein charakteristischer Aspekt postkolonialen Schreibens, sei es kreativ oder kritisch, betrifft seinen historischen und politischen Inhalt, der im weitesten Sinne seine allgemeinen Ziele setzt. Dies ist die Begründung dafür, warum der Postkolonialismus, genau wie der Feminismus, eher Politik anbietet, und weniger eine kohärente theoretische Methodologie. In der Tat kann man so weit gehen, zu behaupten, daß es genaugenommen keine postkoloniale Theorie als solche gibt - vielmehr gibt es gemeinsame politische Auffassungen und Inhalte, die bestimmte Theorien für ihre Zwecke gebrauchen. Außerdem ist ein bedeutender Teil der Anhängerschaft postkolonialer Studien - wie auch bei manchen Feminismen zu beobachten - radikal anti-theoretisch und legt in erster Linie viel Wert auf individuelles Bewußtsein und Erfahrung. Die eigenartige Kombination von heterogenen Theorien im Postkolonialismus mit einer manchmal problematischen oder sogar herablassenden Infragestellung der Wahrheit von Expertenwissen, ist eine Verbindung, die auch leicht entweder als mißliche postkoloniale Lage oder als Unvereinbarkeit von westlichem Akademikertum und den Existenzbedingungen in der "3.-Welt" bezeichnet wird.

Wir haben die erste Ausgabe von *Interventions* "Ideologien des Postkolonialen" genannt, um Reflexionen über das Thema, ideologische Formen, normative Erfordernisse, Orthodoxien und die Konventionalität des Postkolonialismus zu ermöglichen. Diejenigen, die gewöhnlich als postkoloniale AutorInnen (die meisten würden sich - wie gegen jedes Etikett - auch gegen diese Zuschreibung

wehren) bezeichnet werden, sind, während sie versuchen, unterdrückerische Ideologien der Vergangenheit und Gegenwart bloßzustellen, gleichzeitig sehr befangen hinsichtlich der lokalen Unvereinbarkeiten und ethischen Probleme, die mit ihrer eigenen Position verknüpft sind. Ein Ergebnis dessen ist jedenfalls, daß Unsicherheit zu einem vorherrschenden Wesenszug postkolonialen Schreibens wurde; mit Debatten, die sich narzistisch auf *ad hominem* oder *ad feminam* Kritiken von postkolonialen KritikerInnen konzentrierten, statt auf dringendere und handfestere politische Themen. Viele Veröffentlichungen dieser Art behaupten, außerhalb 'des Postkolonialen` zu stehen - aber ist es nicht vielmehr so, daß über Postkolonialismus zu schreiben und gleichzeitig zu behaupten außerhalb zu stehen, eine typische Erscheinung postkolonialen Schreibens ist? Ungeachtet der Befangenheit seiner Erscheinungsform, besitzt der Postkolonialismus also seine eigenen versteckten Ideologien. Ist Postkolonialismus eine Kritik, oder ist er selbst eine Ideologie, und, wenn das zweite der Fall ist, welche sind die Ideologien postkolonialen Schreibens, egal ob literarisch, kulturell oder theoretisch/kulturell?
Aus diesen Überlegungen ergeben sich sieben Anfangsfragen.

Q 1

Was und wo ist das Postkoloniale? Überbetont das aktuelle postkoloniale und damit verbundene Schreiben die kulturellen Folgen von Migration und Entwurzelung? Sicherlich hat Migration ein wesentliches Merkmal der globalen Ordnung seit dem 2. Weltkrieg gebildet. Migration aber als repräsentativ für das Postkoloniale anzusehen, degradiert die historische Erfahrung der weit größeren Anzahl derer, die nicht migriert sind, die in ländliche Gegenden migriert sind, ebenso wie derjenigen, die in der Vergangenheit migrierten. Die Tatsache, daß der kulturellen Hybridität in der zeitgenössischen Diaspora besonders große Aufmerksamkeit verliehen wird, vermittelt den Eindruck von Homogenität in früheren Zeiten, den die lange Geschichte der Sklaverei, Zwangsarbeit und politischem Exil widerlegt. Wie können diese gegensätzlichen Richtungen miteinander vereinbart werden?

Q 2

Die Frage der Repräsentation. Warum ist die Anerkennung von Minderheiten zu einem politischen Schlüsselthema geworden, das offenbar über den Zugang zu Einkommen und andere Chancenungleichheiten gestellt wird? Setzt sie immer noch stillschweigend eine hegelianische Herr-Knecht-Erkenntnisstruktur voraus? Wem wird die Befugnis erteilt, die Erkenntnis zu tätigen? Sind sie immer noch in der Metropole angesiedelt? In ähnlicher Weise sind Identität, Subjektivität und "voice" von vorrangiger Bedeutung für KulturtheoretikerInnen geworden: Aber an wen richtet sich das Sprechen, wer wird angesprochen, von wem wird erwartet zuzuhören und von wem zu antworten?

Q 3

Inwieweit wird die Ansicht, postkoloniale Studien seien in Wirklichkeit das Produkt des heutigen US-Multikulturalismus, von der großen Bedeutung, die Klasse, Rasse, Ethnizität und Gender im Postkolonialismus haben, unterstützt? Hat sich tatsächlich die Theorie bewegt, oder haben sich eher die TheoretikerInnen zur Theorie in der Metropole bewegt? Zeigt die damit zusammenhängende These, Postkolonialismus sei ein Phänomen, das sich auf überwiegend westliche Institutionen beschränkt, eine produktive politische Intervention im Zeitalter transnationaler Gemeinschaften?

Q 4

Signalisiert 'Postkolonialismus` das Ende der 'Dritten Welt`? Ein kürzlich erschie-





Signalisiert 'Postkolonialismus` das Ende der 'Dritten Welt`?

nener Artikel in einer britischen Finanzzeitschrift (der vor der Wahl der BJP-Regierung geschrieben wurde) weist drauf hin, daß Indien ein guter Ort sei, in den man jetzt, da er "seine postkolonialen Fesseln ablegt", gut investieren könne. Also beschreibt Postkolonialismus vom kapitalistischen Standpunkt aus die Übernahme marxistischer antikapitalistischer Ideologie in der dritten Welt in der Vergangenheit. Die meisten Nationen in Afrika und Asien hatten eine Wahl des wirtschaftlichen und politischen System als sie unabhängig wurden - entweder eine freie westliche Marktwirtschaft, oder eine sino-sowjetische Zentralwirtschaft, oder eine indigene Misch-Ökonomie, wie Indien. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks und dem Umbau von China zu einer kontrollierten kapitalistischen Wirtschaft gibt es heute keine Wahl mehr: de facto gibt es heute nur ein einziges weltweites ökonomisches System. Eine Folge dessen ist, daß mit Ableben der Zweiten Welt auch die Dritte nicht mehr länger existiert. Das Entstehen der postkolonialen Theorie könnte tatsächlich als der Moment in der Geschichte bezeichnet werden, in dem sich die Dritte Welt von der Zweiten an die Erste angliederte. Der Aufschwung postkolonialer Studien fiel zeitlich mit dem Ende des Marxismus als bisher entscheidendem politischen, kulturellen und ökonomischem Ziel für große Teile der Dritten Welt zusammen. Doch wenn die postkoloniale Analyse noch immer eine oppositionelle Rolle einnehmen möchte - an welcher kritisch-partizipativen Wirtschaftsform kann sie sich orientieren? Ohne reale ökonomische Argumentationsbasis läuft der Postkolonialismus Gefahr, lediglich die Globalisierung des Kapitals widerzugeben, die ein Hauptmerkmal der nachsowjetischen Geschichte darstellt (angefangen mit ihrer Bejubelung der menschlichen Version frei beweglichen globalen Kapitals: der WirtschaftsmigrantInnen). Auf einer allgemeinen Ebene stellt sich hier die Frage nach der historischen Position des Postkolonialismus.

Q 5

Im Westen stellte außerdem der Poststrukturalismus seit den 1960er Jahren bestimmte marxistische Annahmen in Frage. Diese Infragestellung bekam durch das historische Zusammentreffen des Zusammenbruchs des Marxismus in der Sowjetunion und des Endes des sowjetischen Imperiums in Osteuropa neuen Zündstoff. Viele der poststrukturalistischen Regeln wurden, nachdem sie ganz unerwartet als eine Form von a-politischem Idealismus aufgenommen worden waren, in Europa und in den USA von Minderheiten, besonders 'people of colour`, benutzt. Sie hatten das radikale Potential bestimmter dieser Ideen erkannt und veränderten ihre Prioritäten in diesem Prozeß mit der Zeit. Wenn der Poststrukturalismus seinen Idealismus verloren hat, so schloß diese Veränderung gleichermaßen die Aufgabe der radikalen Anti-Aufklärungs-Kritik des Humanismus sowie die Bestätigung liberaler individualistischer Werte ein, und gleichzeitig die Aufgabe ökonomischer Argumente überhaupt. Bedeutet die Tendenz, geschichtliche Erfahrung zu individualisieren, daß grundlegende ökonomische Ungleichgewichte inner- sowie zwischenstaatlich in allgemeinen Begriffen betrachtet werden, nicht jedoch unter den Begriffen von Armut und Zugang zu medizinischer Versorgung und daß die positiven Auswirkungen politischer Stabilität in keiner wesentlichen Form angesprochen werden?

Q 6

Postkoloniale Veröffentlichungen haben, gemeinsam mit Veröffentlichungen von Minderheiten im Westen und feministischen allgemein, eine Revolution der Ästhetik und der ästhetischen Kriterien der Literatur erreicht - gerade zu dem Zeitpunkt, als "die Literatur" als veraltete Kategorie elitärer Institutionen angegriffen wurde. In institutionellen Dingen haben die Wirkung von Feminismus und Postkolonialismus die Kriterien für authentische Kunst radikal verändert, indem sie die Mainstreamkultur, aus der die Idee des Literarischen abgeleitet wurde, herausforderten. Schreiben wird heute sowohl wegen seiner Darstellung von repräsentativen Minderheitenerfahrungen als auch aufgrund seiner ästhetischen Qualitäten geschätzt. Postkoloniales Schreiben hat sich maßgeblich durch die Neuschreibung der Geschichte hervorgetan, durch die Verbesserung und Wiederbelebung geschichtlicher Sensibilität mittels des kreativen Prozesses zeitgenössischen Schreibens. Diese Tatsache legt die Vermutung nahe, daß postkoloniale Studien auf ihre Art in der Praxis streng objektivistisch sein können, ganz ungeachtet der Aneignung von Denkmustern, die mit poststrukturalistischer und postmoderner Kritik des Objektivismus assoziiert werden. Dies fußt auf einer Erkenntnistheorie, die der authentischen, geschichtlichen Wirklichkeit Vorrang einräumt (eine Position, die maßgeblich im Gründungsdokument der modernen postkolonialen Studien, Edward Saids *Der Orientalismus* (1978) herausgearbeitet wurde). Wenn es diese Kombination ist, die dem Postkolonialismus die politische Orientierung verleiht und seine charakteristische kulturelle und politische Identität begründet, wie kann der Postkolonialismus unter diesen Voraussetzungen einen Anspruch auf diese Art von "objektivem Wissen" erheben, wenn er gleichzeitig die Voraussetzungen früherer großer Erzälungen", die sich auf Universalität, Ästhetik, Totalität, Homogenität, Purität, Rasse und Bindung an Land gründeten, auf den Kopf stellt?

Q 7

Der Begriff von Rasse und die Bindung an Land weist auf die Frage des Nationalismus und des Nationalstaates im Verhältnis zum Postkolonialismus hin, und auf die Diskussionen über ihre Fortschrittlichkeit, ihre Lebensfähigkeit, und ihre Wirksamkeit in entkolonialisierten Ländern, oder in alten Siedlerkolonien, die Arten eines i'nternen Kolonialismus` im Verhältnis zu indigenen 'Vierte Welt`-Nationen entwickeln. Kann eine Politik des kulturellen Nationalismus nur vor dem Hintergrund fortwährender kolonialer oder quasi-kolonialer Situationen (Z.B. in Hawai, Nordirland oder Palästina) aufrechterhalten werden?

Robert J. C. Young lehrt an der Universität Oxford/GB.

Übersetzung: Bernd Hüttner und Katja Schenkel

**Interventions erscheint ab 1999 dreimal jährlich.
Bezug: Routledge, 11 New Fetter Lane, London
EC4P 4EE, UK.
http://journals.routledge.com/ipostcol.htm.**

"Being individual is **eating** when and what you wish; when your mind or body demands."

Der maskierte Rassismus

Der industrielle Gefängniskomplex

by Angela Y. Davis

Das Gefängnis ist mittlerweile zu einer der ersten Antwort auf die sozialen Probleme geworden, die die Menschen in Armut bedrücken. Diese Probleme werden häufig verschleiert, indem sie bequemerweise unter der Überschrift „Kriminalität" zusammengefasst und kriminelles Verhalten dann automatisch Afro- und LatinoamerikanerInnen zugeordnet wird. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheiten und Analphabetismus sind nur einige der Probleme, die aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden, sobald die Menschen, die mit ihnen konfrontiert sind, hinter Gittern verschwinden.
So gesehen haben Gefängnisse geradezu magische Kräfte. Aber Gefängnisse lassen nicht Probleme verschwinden, sie lassen Menschen verschwinden. Und tatsächlich ist diese Praxis ein großes Geschäft geworden, immer mehr arme, immigrierte Menschen aus rassistisch marginalisierten Communities verschwinden zu lassen.

Hinter der scheinbaren Leichtigkeit eines Zaubertricks verbirgt sich allerdings ein enormer Arbeitsaufwand. Wenn Gefängnisse Menschen verschwinden lassen, um die Illusion zu vermitteln soziale Probleme könnten gelöst werden, müssen die Infrastrukturen in den Gefängnissen so ausgebaut werden, daß sie in der Lage sind, eine schnell ansteigende Bevölkerung von Gefangenen aufzunehmen. Güter und Dienstleistungen müssen geliefert werden, um die Gefängnisbevölkerung am Leben zu erhalten. Manchmal müssen die Menschen in den Gefängnissen beschäftigt werden und manchmal - speziell in den repressiven Hochsicherheitsgefängnissen - müssen sie praktisch von jeder sinnvollen Arbeit abgehalten werden.
Diese Arbeit, die bisher immer eine hoheitliche Aufgabe des Staats war, wird jetzt auch von Privatunternehmen übernommen, deren Verbindungen zum Staat in dem Sektor, den man euphemistisch „Strafvollzug" nennt, verdächtig nach dem militärisch-industriellen Komplex klingen. Die Dividenden, die durch die Investitionen in die Bestrafungsindustrie aufkommen, führen wie die der Investitionen in die Waffenindustrie nur zur Zerstörung. Wenn man die strukturellen Übereinstimmmungen und die Gewinnträchtigkeit der Verbindungen zwischen Regierung und den Unternehmen im Reich der militärischen Produktion und dem staatlichen Justizsystem berücksichtigt, kann das expandierende Strafvollzugsystem mit Recht als „industrieller Gefängniskomplex" bezeichnet werden.

Die Farbe der Gefangenschaft

Zur Zeit sind fast zwei Millionen Menschen in dem riesigen Netzwerk der US-Gefängnisse eingesperrt. Mehr als siebzig Prozent der Inhaftierten sind Afro- oder LatinoamerikanerInnen. Es wird selten zur Kenntnis genommen, daß die am schnellsten wachsende Gefangenengruppe schwarze Frauen sind und daß prozentual zum Bevölkerungsanteil die indigenen AmerikanerInnen die größte Gruppe stellen. Annähernd fünf Millionen Menschen, einschließlich derjenigen auf Bewährung oder im Freigang, unterstehen direkt der Aufsicht des Justizwesens.
Elliott Currie drückt dies so aus: „Das Gefängnis hat, wie nie zuvor in unserer Geschichte oder der jedes anderen demokratischen Industrielandes, eine bedrohliche Präsenz in unserer Gesellschaft erreicht. Direkt nach großen Kriegen ist die Masseninhaftierung zur Zeit das am sorgfältigsten durchgeführte Sozialprogramm der Regierung geworden."
Damit die Körper geliefert werden können, die für das gewinnorientierte Strafvollzugsystem bestimmt sind, beruht die politische Ökonomie der Gefängnisse auf rassi(sti)sch orientierten Annahmen über Kriminalität - z.B. solcher Bilder schwarzer Mütter, die Sozialhilfe bekommen und kriminelle Kinder großziehen - und auf rassistischen Mustern bei der Festnahme, der Verurteilung und den Strafmassen. Die Körper von Afro- und LatinoamerikanerInnen sind in diesem riesigen Experiment der Hauptrohstoff, um die sozialen Probleme unserer Zeit verschwinden zu lassen. Entkleidet man die Gefängnis"lösung" aber ihrer magischen Aura, kommen Rassismus, Klassenvorurteile und die parasitäre Abschöpfung kapitalistischer Profite zum Vorschein. Das industrielle Gefängnissystem führt zur materiellen und moralischen Verarmung seiner Bevölkerung und verschlingt den sozialen Reichtum, der eigentlich gebraucht würde, um genau die Probleme angehen zu können, die zu der immer größer werdenden Zahl von Gefangenen geführt haben.
Da Gefängnisse immer mehr Platz auf der sozialen Landkarte einnehmen, werden andere Regierungsprogramme bis hin zu ihrer faktischen Abschaffung gekürzt, mit denen bisher versucht wurde, auf soziale Bedürfnisse einzugehen, wie z.B. die „Zeitlich Begrenzte Hilfe für Bedürf-



tige Familien" (Temporary Assistance to Needy Families). Die Verschlechterung der Standards im staatlichen Bildungswesen sind direkt mit der Gefängnis"lösung" verknüpft.

Wer macht Gewinn mit den Gefangenen?

Da sich Gefängnisse in der US-amerikanischen Gesellschaft immer weiter ausbreiten, hat sich das Privatkapital in die Bestrafungsindustrie miteingeschaltet. Und aufgrund ihres Gewinnpotentials werden Gefängnisse immer wichtiger für die amerikanische Wirtschaft. Wenn schon die Idee an sich irritierend ist, daß Bestrafung eine Quelle potentiell erstaunlicher Gewinne sein kann, dann ist die strategische Abhängigkeit von rassistischen Strukturen und Ideologien, um die Massenbestrafung profitabel und befriedigend zu bewerkstelligen, noch um vieles beunruhigender.

Die Privatisierung der Gefängnisse ist das offensichtlichste Beispiel für den augenblicklichen Trend des Kapitals hin zur Gefängnisindustrie. Während staatliche Gefängnisse die internationalen Menschenrechtsstandards oft grob mißachten, gilt dies für die privatgeführten Gefängnisse noch umso mehr. Im März diesen Jahres konstatierte die Corrections Corporation of America (CCA), das größte private Gefängnisunternehmen in den USA, daß in ihren 68 Einrichtungen in den USA, Puerto Rico, Großbritannien und Australien 54.944 Betten entweder schon unter Vertrag stünden oder in der Entwicklungsphase seien. Gemäß dem weltweiten Trend, Frauen verstärkt dem öffentlichen Bestrafungssystem zu unterwerfen, hat die CCA kürzlich ein Frauengefängnis in der Nähe von Melbourne eröffnet. Das zweitgrößte Gefängnisunternehmen in den USA, die Wackenhut Corrections Corporation, gab an, Verträge für 46 Einrichtungen in Nordamerika, Großbritannien und Australien zu haben. Bei ihnen stünden insgesamt 30.424 Betten zur Verfügung, wie auch Verträge über den Gesundheits- und Sicherheitsdienst und den Transport der Gefangenen.

Die Börsenkurse der beiden Unternehmen zeigen steil nach oben. Im Vergleich zu 1996 sind die Gewinne von CCA 1997 von 293 Mio. auf 462 Mio. um 58 % gestiegen. Der Nettogewinn des Unternehmens stieg von 30,9 Mio. US-Dollar auf 53,9 Mio. US-Dollar. WCC konnte seine Gewinne von 138 Mio.1996 auf 210 Mio. 1997 steigern. Anders als in den staatlichen Gefängnissen beruhen diese riesigen Gewinne in den privatgeführten Gefängnissen darauf, daß keine Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden.

Der industrielle Gefängniskomplex

Aber private Gefängnisunternehmen sind nur der sichtbarste Teil der steigenden Privatisierung des Strafvollzugsystems. Für die Bauindustrie sind Regierungsaufträge für neue Gefängnisse immer wichtiger geworden. Technologien, die für das Militär z.B. von Unternehmen wie Westinghouse entwickelt worden sind, werden für den Einsatz bei der Polizei und dem Strafvollzugsystem angepriesen.

Dazu kommt, daß Unternehmen, die mit dem Strafvollzugsbusiness nichts zu tun zu haben scheinen, sehr eng in die Ausweitung des industriellen Gefängniskomplex involviert sind. Wechsel auf Gefängnisneubauten sind eine der vielen Möglichkeiten profitabler Investitionen für führende Finanzhäuser wie z.B. Merrill Lynch. Die Telefongesellschaft MCI verlangt von den Gefangenen und ihren Familien astronomische Summen für die wertvollen Telefongespräche, die oft der einzige Kontakt mit der Außenwelt sind.

Viele Unternehmen, deren Produkte wir täglich konsumieren, haben erkannt, daß die Arbeitskraft in den Gefängnissen genauso profitabel sein kann, wie die Arbeitskraft aus der Dritten Welt. Beide Ausbeutungsformen führen zur Entlassung früher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und viele von ihnen landen schließlich sogar im Gefängnis. Einige der Unternehmen, die auf Gefängnisarbeit zurückgreifen, sind IBM, Motorola, Compaq, Texas Instruments, Honeywell, Microsoft und Boeing. Aber nicht nur High-Tech-Unternehmen schöpfen den Profit der Gefängnisarbeit ab. Die Kaufhauskette Nordstrom verkauft Jeans, die in „gefängnisblau" angeboten werden, wie auch T-Shirts und Jacken, die aus Gefängnissen Oregons kommen. Der Werbeslogan für diese Kleider: „Drinnen gemacht, um draußen getragen zu werden". Die Gefangenen in Maryland prüfen Glasflaschen, die dann von Revlon und Pierre Cardin verkauft werden und Schulen in der ganzen Welt kaufen Diplomantenhüte und Umhänge, die von Gefangenen in South Carolina herge-

stellt wurden.
„Für Privatunternehmen", schreiben Eve Goldberg und Linda Evans (eine politische Gefangene in der Strafvollzugsan-stalt Dublin in Kalifornien), „ist Gefängnisarbeit eine Goldader. Keine Streiks. Keine gewerkschaftliche Organisierung. Keine Krankenversicherungskosten, keine Arbeitlosenversicherung oder Ausgleichszahlungen für ArbeiterInnen. Keine Sprachbarrieren wie im Ausland. Neue riesige, schreckerregende Gefängnisfabriken werden auf tausenden von Hektar innerhalb der Anstaltsmauern gebaut. Gefangene erledigen die Datenerfassung für Chevron, übernehmen Telefonreser-vierungen für TWA, züchten Schweine, schaufeln Dünger, stellen Stromleiter her, Limousinen, Wasserbetten und Unterwäsche für Victoria's Secret - alles zu einem Bruchteil der Kosten der 'freien Arbeit'."

Wer verschlingt den sozialen Reichtum?

Obwohl Gefängnisarbeit - die weit unter dem Minimallohn bezahlt wird - für die beteiligten Unternehmen sehr profitabel ist, produziert das Strafvollzugsystem insgesamt keinen Wohlstand. 1996 und 1997 gab die Regierung nur 8,7% des Gesamthaushalts für Universitäten und Fachhochschulen aus, während 9,6% für das Strafrechtssystem ausgegeben wurden. Jetzt, da Quoten für Minderheiten in Kalifornien für illegal erklärt worden sind, ist es offensichtlich, daß das Bildungswesen mehr und mehr nur für bestimmte Menschen reserviert ist, während das Gefängnissystem für andere reserviert bleibt. Im Augenblick sind fünfmal so-viele afroamerikanische Männer im Gefängnis wie an Colleges oder Universitäten. Diese neue Segregation hat gefährliche Auswirkungen für das ganze Land.



Indem als Kriminelle bezeichnete Menschen segregiert werden, verstärken und verdecken Gefängnisse gleichzeitig den strukturellen Rassismus der amerikanischen Wirtschaft. Behauptungen über geringe Arbeitslosenraten - sogar in schwarzen Communities - machen nur dann Sinn, wenn davon ausgegangen wird, daß die große Zahl der Menschen hinter Gittern wirklich verschwunden ist und daher keinen legitimen Anspruch auf eine Arbeit hat. Die Zahl der eingesperrten latino-und afroamerikanischen Männer beläuft sich auf 2% des gesamten männlichen Arbeitskraftreservoirs. Der Kriminologe David Downes sagt: „ Wenn man die Gefangenschaft als eine Art versteckte Arbeitslosigkeit ansieht, steigt die Arbeitlosenquote für Männer um ein Drittel auf 8%. Die Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate unter afroamerikanischen Männern sind sogar noch größer, statt 11% steigt die Arbeitslosenrate auf 19%."

Die versteckte Agenda

Massenhafte Gefängnisstrafen sind keine Lösung für Arbeitslosigkeit und auch keine Lösung für die große Bandbreite sozialer Probleme. Der Rassismus hat unsere Fähigkeit untergraben, eine öffentliche Diskussion über die falsche Ideologie zu beginnen, die die Gefängnisse als den Schlüssel zu größerer öffentlicher Sicherheit propagieren. Das Hauptaugenmerk der Regierung verschiebt sich zügig weg von Sozialhilfe hin zu sozialer Kontrolle.
Afro- und Latinoamerikanische, indogene und viele asiatische Jugendliche werden als Vertreter von Gewalt und Drogendealer dargestellt, voll Neid auf die Güter, die sie nicht besitzen. Junge Afro- und Latinoamerikanerinnen werden der sexuellen Promiskuität geziehen und es wird ihnen unterstellt, sie produzieren ungehemmt Babies und Armut. Kriminalität und abweichendes Verhalten werden rassistisch aufgeladen. Die Überwachung wird auf die schwarzen Communities konzentriert, auf Einwanderer, Arbeitslosen, Schulabgänger ohne Abschluß, Obdachlosen und generell all diejenigen, die einen immer kleineren Anspruch auf die sozialen Ressourcen geltend machen können. Ihr Anspruch verringert sich, weil Polizei und Strafvollzugsystem diese Ressourcen zusehends verschlingen. Der industrielle Gefängniskomplex hat so einen Teufelskreis geschaffen, der die Armut derer vertieft, deren Verarmung durch Gefangenschaft angeblich „gelöst" wurde.
Der Schwerpunkt der Regierungspolitik hat sich von der Sozialhilfe auf Kriminalitätskontrolle verlagert. Der Rassismus vertieft sich immer mehr in den ökonomischen und ideologischen Strukturen der US-Gesellschaft. Während sie sich gegen die Quoten für Minderheiten und zweisprachige Schulerziehung aussprechen, verkünden konservative Kampagnenführer das Ende des Rassismus. Ihre Gegner behaupten, die Reste von Rassismus würden durch Dialog und Gesprächskreise beseitigt werden. Aber den industriellen Gefängniskomplex werden Gesprächskreise über „Rassenbeziehungen" nicht abschaffen können, da er doch den in die tieferen Gesellschaftsstruktu-



ren eingewoben Rassismus nährt und von ihm lebt.
Im Kontext eines alles überschwemmenden Konservatismus markiert die Entstehung des industriellen Gefängniskomplexes eine neue historische Epoche, deren Gefahren ohne Beispiel sind.
Dies gilt allerdings auch für die Chancen dieser Epoche. Wenn man sich die eindrucksvolle Zahl selbstorganisierter Projekte vergegenwärtigt, die weiterhin der Expansion der Bestrafungsindustrie widerstehen, sollte es doch auch möglich sein diese Kräfte für eine radikale, landesweit sichtbare Bewegungen zusammenzubringen, die eine antikapitalistische Kritik an dem industriellen Gefängniskomplex formulieren. Es sollte möglich sein, Bewegungen für die Menschenrechte der Gefangenen zu schaffen, ebenso wie überzeugend darzulegen, daß wir nicht neue Gefängnisse, sondern ein Gesundheitssystem, Wohnungen, Bildung, Drogenentzugsprogramme und Arbeitsplätze brauchen. Um eine demokratische Zukunft zu gewährleisten, ist es notwendig und auch möglich, die vielen und immer mehr werdenden Stränge des Widerstandes gegen den industriellen Gefängniskomplex zusammenzubringen, um eine machtvolle Bewegung für soziale Transformation zu schaffen.

Angela Davis, langjähriges Mitglied der KPdUSA, war Anfang der 70er Jahre angeklagt, den Versuch, George Jackson (Black Panther) zu befreien ,unterstützt zu haben. Auch durch eine weltweite Solidaritätskampagne endete ihr Verfahren mit einen Freispruch. Angela Davis hat heute einen Lehrstuhl an der Universität.

Der hier leicht gekürzte Artikel aus dem Magazin „ColorLines", vom Herbst 1998, erschien übersetzt zuerst in der Flugschrift *so oder so*, die zur Vorbereitung des Kongresses *Befriedung oder Befreiung* , der im April 1999 in Berlin stattfand, herausgegeben wurde.

Indem als Kriminelle bezeichnete Menschen segregiert werden,
verstärken und verdecken Gefängnisse gleichzeitig den strukturellen Rassismus
der amerikanischen Wirtschaft.
Behauptungen über geringe Arbeitslosenraten
- sogar in schwarzen Communities -
machen nur dann Sinn, wenn davon ausgegangen wird,
daß die große Zahl der Menschen hinter Gittern wirklich verschwunden ist
und daher keinen legitimen Anspruch auf eine Arbeit hat.

Nachhaltigkeit und westliche Weisse, die den schwarzen Kindern, Jugendlichen und Frauen helfen, damit sie wieder lachen können.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung



by Jörg Djuren/ Ute Finkeldey

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) mit Sitz in Hannover hat sich in der kurzen Zeit nach ihrer Gründung zu einer der im Bereich der Bevölkerungspolitik publizitätsträchtigsten Organisationen entwickelt. Um diese erfolgreiche Öffentlichkeitspolitik soll es im folgenden gehen. Eine Politik, die anknüpft an das Neusprech eines weichgespülten Konservatismus ala Geisler, Süßmuth und Töpfer und die Nachhaltigkeitsideologie. Diese Form der Entpolitisierung soll nun im Rahmen der Expo 2000 weiterentwickelt werden.

Eine Einschätzung der von der DSW geförderten Projekte war uns nicht möglich, da uns Informationen darüber von unabhängiger Seite nicht zugänglich waren. Wir halten diese Projekte aber auch für zweitrangig hinsichtlich der Beurteilung der Arbeit der DSW. Die primäre Tätigkeit der DSW ist die Vermittlung spezifischer Ideologeme über Bevölkerungswachstum, eine Politik der Angst, die anknüpft sowohl an das Bild der Bevölkerungsbombe und ökologische Kathastrophenscenarien als auch an die rassistische Stereotype von Überfremdung der BRD. Für ihre 'Informations'arbeit gibt die DSW ca. 1/3 mehr aus als für die Projektförderung.

Zum Teil muß sich die Linke in der BRD an die eigene Nase fassen, sie hat durch ihre Politik nicht wenig dazu beigetragen, daß das Hausieren mit der Apokalypse allgemein politikfähig geworden ist. Eine Apokalypse erfordert aber sofortiges Handeln, sie läßt keinen Raum für das Begreifen struktureller Gewaltverhältnisse, oder gar für politische Utopien. Die Zeit der Apokalypse ist die Zeit des protestantischen Unternehmertums, des Millionärs der heute seine Frau die Teller waschen läßt. Und so ließe sich den die Geschichte der DSW auch als ein Märchen erzählen.

'Es war einmal in Hannover ..

im Dezember 1991, da überlegte ein großherziger Unternehmer, Erhard Schreiber, etwas zu tun gegen die Geißel der Menschheit, und so gründete er die DSW (das ist nicht das Deutsche Studenten Werk sondern die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung). Wagemutige MitstreiterInnen fand er in anderen guten Menschen, ehemals erstrangigen PolitikerInnen (Geißler, Süßmuth), wichtigen Wissenschaftlern (Prof. Dr. Udo E. Simonis, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker), und Tagesschauprominenz (Rolf Seelmann-Eggebert, Sabine Christiansen), die immer gerne ihren Namen und ihr Photo gedruckt sehen. Auch ein großherziger Drogeriebesitzer (mit einem Umsatz von einigen 100 Millionen), Dirk Rossmann, schloß sich ihnen an. Ein professionelles Marketingteam wurde zusammengestellt um nun auch denjenigen, denen Greenpeace noch zu revolutionär ist, eine Möglichkeit zu eröffnen sich ein gutes Gewissen zu kaufen. Wer sieht nicht gerne Schwarze Kinder lachen. Und wichtig möchten ja auch alle sein. So ließen sie sich denn mit allen wichtigen Leuten photographieren, Shakehands beim Bundespräsidenten, Shakehands bei der UNO, Shakehands beim Ministerpräsidenten, .. .

Soweit so schlecht, ansich könnte hier die Geschichte ihr Ende finden. Eine weitere reaktionäre Stiftung, die konservative Politik lobyiert und Schluß. So einfach ist es aber nicht. Die DSW arbeitet nicht mit dem biederen Image der Deutschen Bank, sondern mit modernstem Outfit. Die Stiftung verkauft sich als modern, global denkend, lokal handelnd, emanzipativ, Graswurzelinitiativen unterstützend (Vielleicht sollte die Graswurzelrevolution Hannover auch mal einen Antrag stellen?), und natürlich nachhaltig. Klaus Töpfer als ehemaliger Umweltminister ist nicht nur ein Freund der DSW er scheint auch in einer Reihe von Punkten ihr politisches Vorbild zu sein. Vor allem in der Form zentrale strukturelle Probleme durch Aktionismus zu überdecken.

Mit der Vorhand bezuschuße ich irgendwo am Deich ein

Windkraftrad mit 10% wobei ich gleichzeitig mit dem Arsch der Atomlobby zum Durchbruch verhelfe. Das ganze verkaufe ich dann als notwendigen Pragmatismus der sich gegen rechte Starrköpfigkeit und linken Dogmatismus durchsetzen muß.
Ein Aktionismus der sich dabei auf kleine Projekte richtet, die für sich durchaus Sinn machen können, dabei aber die grundsätzlichen Hintergründe, soweit es sich um kapitalistische Herrschaftsverhältnisse handelt, ausblendet. Die unkritische Zusammenarbeit der DSW mit der Weltbank, die nach wie vor in vielen Ländern eine Verarmungspolitik betreibt, in dem sie über das Druckmittel der Verschuldung eine neoliberalistische Wirtschaftspolitik erzwingt, ist nur ein Beispiel, das auf die doppelte Botschaft dieser Art von Aktionismus hinweist. Dadurch das zwar Armut, mangelnde Bildung und nicht vorhandene soziale Institutionen angeprangert werden, durch die Ausblendung einer politischen Analyse aber die strukturellen Ursachen verdeckt werden, erscheint das Ganze als ein Problem mangelnder Moralität und Initiativekraft der Einzelnen und der Gesellschaft, bzw. mangelnden Bewußtseins über die Problemlage. AIDS und Armut werden eins, als sei Armut eine Naturkatastrophe bzw. eine Krankheit, die durch geeignete Hygieneregeln, bzw. Verhütungsmittel, bekämpft werden könnte. Die DSW begreift ihre Aufgabe denn auch primär als Erziehungsauftrag, mit moderner Pädagogik, also einer fortschrittlichen und der Zeit angepaßten Herrschaftstechnik.
Aufklärungsprojekte für Jugendliche machen den größten Teil der DSW-Projekte aus.
Auch hier muß wieder gesagt werden, daß über den Sinn dieser Projekte im einzelnen keine Aussage möglich ist. Die Kritik bezieht sich auf das dahinterstehende Modell von entwickelten Ländern, die nach Aussage der DSW weiter vorne stehen, und unterentwickelten Ländern. Einem Modell das die Gesellschaftssysteme der westlichen Industriestaaten als Zielpunkte einer angestrebten Entwicklung weltweit definiert. Dies bedeutet vor allem Kapitalismus, bzw. Freie Marktwirtschaft, und parlamentarische Demokratie. Eingeschränkt wird dies nur durch den Begriff der Nachhaltigkeit, die auch in den westlichen Industriestaaten anzustreben sei. Richtiger wäre hier wohl zu sagen umgesetzt wird dies durch die Nachhaltiogkeitsideologie, das allverschlingende wir des, "Natürlich müssen auch wir lernen nachhaltiger zu Leben." Zum Beispiel indem SpenderInnen mal eben zu einem Flug nach Afrika auf Kosten der TUI eingeladen werden, wie es die DSW in einer ihrer Werbebroschüren darstellt. Es geht bei diesem Beispiel nicht um die Amoralität oder Moralität eines solchen Tuns, sondern um die sich darin widerspiegelnden gesellschaftlichen Verhältnisse, die im Begriff des nachhaltigen Wirtschaftens, wie er z.B. von U.v. Weizsäcker (also einem Kuratoriumsmitglied der DSW) geprägt wurde, als zu erhaltende gesetzt werden und darin festgeschrieben werden.
Kritikerinnen der Wuppertaler Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland' von U. v. Weizsäcker sprechen dementsprechend deutlich von der 'ökologischen Modernisierung der Diskriminierung'. Im einzelnen stellen die Kritikerinnen fest, 'Die technische, Vernutzung optimierende Effizienz , die in ihrer Entwicklung und Anwendungen entsprechenden Experten vorbehalten bleibt, wird durch die Suffizienz- d.h. den Verzicht - von jederfrau untermauert. Ein ökologisch ökonomisch erfolgreiches Deutschland teilt sich nach dem Modell der Studie in einen effizienten, weltmarktorientierten Hochlohnsektor und einen Niedriglohnsektor. Diese "formelle Ökonomie" formiert sich wie gehabt auf dem Rücken eines unbezahlten Reproduktionssektors. Dessen Bedeutung wird zwar von den Autoren mit moralischen Appellen aufgewertet, wobei jedoch geflissentlich übersehen wird, daß gerade die beiden letzten Bereiche ohnehin zum "natürlichen Betäti-







gungsfeld" von Frauen gerechnet werden. Das heißt das die Kosten dieses Umbaues in erster Linie von Frauen getragen werden.
Konkrete Einparungsvorschläge richten sich aufgrund des individualistischen Ansatzes der Studie in erster Linie an die Haushalte, nicht etwa an die Industrie oder gegen die Unmenge von Ressourcen, die zur Aufrechterhaltung dieser Art von Wirtschaftens und Regierens nötig sind. Sie stellen sich dar in der Abschaffung von Küchengeräten, Energieeinsparungen, Ernährungsumstellung, die in erster Linie Frauen erhebliche Mehrarbeit abverlangen.'
Die Zuspitzung der Besitzverhältnisse, die Entdemokratisierungen in medialen Scheindemokratien, die das Entwicklungsmodell der westlichen Industriegesellschaften zunehmend auszeichnen, sind für diese Leute offensichtlich Zeichen einer funktionierenden Demokratie. Wenn in der Selbstdarstellung der DSW das Kuratoriumsmitglied Rolf Seelmann-Eggebert schreibt, 'von Zeiten in denen wir lernen müssen, den Gürtel enger zu schnallen, weil wir zu lange über unsere Verhältnisse gelebt haben' wird vielleicht noch deutlicher, welche Ideologeme hier bedient werden. Da, die für die DSW in leitenden Positionen Tätigen, allesamt zur Oberschicht der BRD gehören, gilt für sie zweifelsohne, daß sie eben zu den Gewinnern der Umverteilung der letzten Jahre gehören, also alles andere tun als den Gürtel enger schnallen.
Das Abheben auf mangelndes Bewußtsein führt geradezu zwangsläufig zu einer zentralistischen Beschlußfaßung der Wissenden. Vor allem dann, wenn mittelfristig die Probleme, trotz aller Pädagogik und allen "guten Willens", nicht gelöst werden, sondern weiter wachsen, wird mit diesen Argumentationen der Boden für totalitäre Politikkonzepte geebnet. Und die Probleme werden weiter wachsen, da die kapitalistischen Strukturen noch ausgebaut werden. Dann wird es auch immer näherliegender, daß sich die "Hygieneregeln" nun gegen die "kranken Individuen" selbst richten. Eine solche Politik würde natürlich von der DSW als gegen Menschenrechte gerichtet und als uneffizient abgelehnt, mit durchaus ehrlicher Entrüstung, tatsächlich bereitet aber eben diese Form eines atheoretischen Liberalismus den Boden für totalitäre "Lösungen".
Die Strategie der Reduktion von grundlegenden gesellschaftlichen Problemen auf die Frage einer mangelnden Anwendung technokratischer und bürokratischer Fachkompetenz ähnelt der der Expo. Dabei werden ehemals linke emanzipatorische Begriffe in den Wissenschaftkanon durch diese Fachleute übernommen, um sich damit eine zum Teil verlorengegangene politische Legitimität erneut anzueignen. Die Begriffe werden ihres politischen Inhaltes weitestgehend entleert. Damit dient dieses Aufgreifen letztendlich der Verhinderung einer Politik von Unten.
Für die DSW ist es somit auch kein Problem gleichzeitig mit dem immer wiederkehrenden Hinweis auf das angeblich durch das Bevölkerungswachstum ausgelöste Problem der Einwanderung nach Europa, wörtlich, 'Die Massen der illegalen Einwanderer', auf rassistische Ängste zu bauen und gleichzeitig an anderer Stelle sich für das Empowerment der Frauen und gegen Gewaltverhältnisse auszusprechen. Diese Verbindung macht geradezu die Modernität dieser Stiftung aus.
Welche hier nicht mitmacht, ist fortschrittsfeindlich, hält an überkommenen Politikmustern fest, hat letztendlich Schuld an allem Bösen durch ihre/seine Verhinderungspolitik.
Wir sitzen alle im selben Boot, der Multimillionär aus Hannover mit dem hungernden Kind aus Afrika. Fragt sich nur wer auf wem?
Hier wird alte Politik mit einem Schuß Multikulti und Gleichstellungsrethorik auf neue Flaschen gefüllt. Gesellschaftliche Widersprüche oder gar so etwas böses wie sich widersprechende politische Interessen gibt es nicht.

Ethnoästhetik & Negergeld

Dementsprechend ist die Ästhetik der Werbeprospekte, lächelnde, bunt angezogene, schwarze Kinder, Jugendliche und Mütter, dazwischen einige andere Ethnien auf vielen vielen Fotos in guter Druckqualität. Ihnen gegenüber die fast ausschließlich weißen HelferInnen und Fachleute, überwiegend Männer in Anzügen mit Renomee. Die Botschaft ist eindeutig wir aus den "entwickelten Regionen" müssen den Frauen und Kindern in den "weniger entwickelten Regionen" Hilfestellung leisten, damit sie genauso glücklich werden wie wir. Die guten weißen Väter und Mütter helfen ihren EnkelInnen und den Frauen in der Dritten Welt auf den rechten Weg.
Mit der Unterstützung von "Graswurzel-Initiativen", "Frauenförderung" und "Selbsthilfe-Initiativen" in Afrika, Asien und Lateinamerika wird in der BRD reaktionäre Politik gemacht. Diese Gruppen müssen als Feigenblatt für die schon benannte Propaganda herhalten, die als ein Hauptproblem für die Ökologie das Bevölkerungswachstum angibt. Die im freien Zugang zu Verhütungsmitteln (eine Forderung die unabhängig davon Unterstützung verdient) das adäquate Konzept zur Bekämpfung der Armut, der Diskriminierung von Frauen, der Eindämmung von AIDS, u.a. sieht. So heißt es in der Selbstdarstellung der DSW im Vorwort des 1. Vorsitzenden Erhard Schreiber, 'Immer mehr Menschen erkennen die Auswirkungen, die ein rasantes Wachstum der Weltbevölkerung mit sich bringt: Verschärfung von Unterernährung, Armut, Umweltzerstörung und eine wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern.' Bei gleichzeitiger Ausblendung der durch die internationale Politik der BRD und ihrer Industriekonzerne betriebenen Politik ist dies, zusätzlich zu der schon genannten Naturalisierung politischer Probleme, Weißwäscherei.
Wenn sich hier die oberen Zehntausend mit nicht einmal einer halben Millionen DM an Spendeneinnahmen, gestreut auf 20 Projekte, ein gutes Gewissen kaufen, ist dies angesichts der Schäden, die eben dieselben Leute in ihrer Alltagspolitik zu verantworten haben, ein lächerlicher Ablaßhandel. Die DSW ist eine professionelle Marketingagentur für das Thema Bevölkerungspolitik und davor noch für die Eigenwerbung und Selbstdarstellung.

Das darbende Brot für die Welt Kind entspricht dabei nicht mehr dem zeitgemäßen Outfit, heute fördert mann/frau lieber "innovative, fertilitätsrelevante Pilotprojekte für junge Menschen und die Entwicklung von Netzwerken entsprechender Selbsthilfe-Initiativen." Die rassistischen Implikationen einer Politik die Menschenrechte nicht als politisches Anrecht ansieht, sondern als etwas das aus Gefälligkeit/Mitleid großzügig gewährt wird, haben sich dabei nicht geändert. Das Auslagern politischer Aufgaben an private Stiftungen verschleiert eine Politik der Elendserzeugung und entmündigt die Betroffenen ein zweites mal. Dies gilt für sozialpolitische Aufgaben in der BRD ebenso wie für die internationale Politik.

Nichte Eden statt Onkel Tom

Die Politik der DSW ist aber nicht nur rassistisch, sie ist implizit auch sexistisch trotz aller Rhetorik des Empowerment der Frau. Die Infantilisierung erwachsener Männer unter rassistischen Gesichtspunkten ist heute offensichtlich selbst in konservativen Kreisen nicht mehr tragbar. Bei Frauen und Jugendlichen ist dies, wie in den Publikationen der DSW zu sehen, völlig unauffällig. Lauter in die Kamera strahlende farbige Männer würden wohl selbst der DSW seltsam anmuten. Die Eingrenzung auf die Darstellung von Frauen und Kindern rekurriert letztendlich auf sexistische Stereotype in unserer Gesellschaft, Frauen als hilfsbedürftig aber auch folgsam, Mädchen schlägt mann nicht. Darüber hinaus werden Frauen auf ihre Gebährfähigkeit reduziert.
Auf der anderen Seite wird aber auch immer wieder die Relevanz der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und des politischen Empowerments betont. Damit wird aber auch auf die Frau als ewig unverbrauchte Ressource rekurriert. So erscheint "die Frau" gleichzeitig stark und schwach.
Wo sollen die Frauen, die eh schon den überwiegenden Teil der anfallenden Arbeit leisten, nun auch noch diese Kraft hernehmen. Hinterher wird es heißen, die Chance hätten sie doch gehabt. Damit wird eine weitere Zangenbewegung aufgemacht, die "vernünftige" Frau übernimmt die ihr angetragene Verantwortung, setzt sich einer Medizinalisierung ihrer Fruchtbarkeit aus und erwirtschaftet nebenher das Einkommen zur Ernährung der Familie. Damit wird ein Geschlechtklischee der verantwortlichen Mutter verstärkt, daß heute bereits in Teilen der Welt dazu führt, daß Frauen sich prostituieren um ihre Familien ernähren zu können, während die Männer sich absetzen. Notwendig wäre hier eine Politik, die tatsächlich den Bruch mit bestehenden Geschlechtsklischees betreibt, daß dies eine politische Auseinandersetzung bedeuten würde ist klar, die Vermeidung dieser Auseinandersetzung läuft aber für die Frauen auf die modernisierende Festschreibung ihrer Rolle hinaus. Trotzdem mögen einige der von der DSW geförderten Projekte tatsächlich eine Erleichterung für die betroffenen Frauen bedeuten, diese ist aber nicht Lösung des zugrunde liegenden Problems, sie schafft vielleicht ein wenig Handlungsspielraum. Das zu Kritisierende ist, das die DSW ihre Politik als Lösung verkauft.
Gerade der Rekurs auf Gleichstellungspolitik, auf einkommensschaffende Maßnahmen für Frauen, auf reproduktive Selbstbestimmung, instrumentalisiert auch diese Politik noch für die eigenen Interessen einer konservativ liberalen Nomenklatura. Die Frauenuniversität auf der Expo 2000 läßt grüßen. Über die Frauen und Jugendlichen in den Projekten kann hier natürlich gar nichts ausgesagt werden, nur über das Klischee zu dem sie verarbeitet werden.
Der instrumentelle und okupierende Umgang der DSW mit dem Begriff einer Politik gegen die Diskriminierung von Frauen wird auch an anderer Stelle deutlich. Obwohl die DSW feststellt, daß der größte Teil der Müttersterblichkeit aus den Verhältnissen resultiert, unter denen illegale Abtreibungen stattfinden, spricht sich die Stiftung explizit nicht für eine Legalisierung aus. Der Lösungsvorschlag der DSW ist ein anderer, besser gesagt immer derselbe, denn diejenige, die rechtzeitig verhütet, treibt nicht ab, und stirbt damit auch nicht an den Folgen einer illegalen Abtreibung. So kann sich denn die Stiftung ganz frauenfreundlich gegen die Müttersterblichkeit engagieren ohne es sich mit den AbtreibungsgegnerInnen zu verderben, ja sich sogar als wahrhaftige VerhindererIn von Abtreibungen profilieren. Den Spruch kenn ich übrigens auch von zu Hause, 'Frauen, die heute abtreiben, haben ja selber schuld, sie hätten ja verhüten können.'
Außerdem bekämpft die DSW nicht nur das "Bevölkerungswachstum" sondern auch AIDS. In dieser Verbindung wird nahegelegt auch die Gebährfähigkeit als Seuche anzusehen, die mit entsprechenden Mitteln bekämpft werden muß. Auch hier wird wieder Politik mit Ängsten gemacht, nicht nur in der BRD, schließlich hat sich "die Anti-AIDS-Arbeit (..) als idealer Einstieg für die Arbeit mit Jugendlichen auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit erwiesen".

Alle wollen nur ihr Bestes

Der Wolf hat Kreide gefressen. Auch konservativ liberale Kreise kommen nicht mehr daran vorbei festzustellen, daß die soziale Situation in den "Entwicklungsländern" ein Problem ist, daß das Verhalten der Männer ein Problem ist. Dies wird auch von der DSW als solches benannt. Ausgelassen wird daß dies ein Problem von Herrschaftsverhältnissen ist, und das z.B. Konzerne wie Shell mit ihrer Politik massiv zur Verschärfung der Situation beitragen, das Sexismus auch durch westliche Werbung und TV-Serien transportiert wird, daß der Kapitalismus weltweit Armut und Arbeitslosigkeit produziert.
Der Exports von Gewalt funktioniert dabei doppelt, exportiert werden auch die





eigenen Gewaltverhältnisse in der rassistischen und sozial ausgrenzenden Projektion, die Täter sind in diesem Stereotyp, die schwarzen Männer, die Albaner, oder Unterschichtskerle oder Kriminelle.
Von der DSW gibt es nur Allgemeinplätze und den Verweis auf ungewollte Schwangerschaften, als wären, wie schon dargestellt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Grundstruktur naturgegeben und nicht veränderbar. Das Statement des 'Wir müssen die Grenzen respektieren, die uns gesetzt sind' ist eine stockreaktionäre Position.
Diese Form der Auslassung im Gesellschafts- und Wirtschaftssystem begründeter Widersprüche und Ausbeutungsverhältnisse stellt letztendlich eine Auslöschung des Politischen dar, die systematische Entpolitisierung gesellschaftlicher Ungleichheit. Dazu sind die sozialliberalen Begrifflichkeiten ideal geeignet. Begriffe wie Empowerment, Basisbewegung u.a. beinhalten keine Analyse der Herrschaftsverhältnisse und sind somit ohne weiteres okupierbar. Für Begriffe wie Feminismus, Kapitalismus gilt dies offensichtlich nicht. Sie werden nicht so sehr übernommen als verächtlich gemacht.
Ergänzt wir diese Entnennung von Gewalt durch Statistiken über Statistiken, Frauen und Kinder im Blick des Insektenforschers. Natürlich ist auch dieser Blick modernisiert, systemtheoretisch aufgemotzt. Es geht nicht mehr um den einzelnen gewaltvollen Eingriff sondern um die Unterstützung an den richtigen Stellen, die Steuerung über Veränderungen des Umfeldes. Auch in der Insektenforschung redet mann nicht mehr von der Dezimierung der Schädlinge sondern von der Steuerung des ökologischen Gesamtsystems, diese Gleichgewichtslinguistik impliziert die schon genannte Vernachlässigung gesellschaftlicher Widersprüche. Wir fordern das Gleichgewicht der Ausbeutungsverhältnisse zu kippen.
Ein bißchen Erwerbstätigkeit für Frauen und Jugendliche, ein bißchen mehr Bildung, Öffentlichkeitsarbeit, ein bißchen politische Einflußnahme, ein bißchen Gesundheitsberatung und die Zielgruppen tun schon das Gewünschte, so zumindest die implizite Werbebotschaft der DSW. Aber immer nur ein bißchen, so daß sie sich strecken müssen, abarbeiten, Verschleißen in der Selbsterhaltung und der Erhaltung der Kinder, und nicht auf dumme Gedanken kommen. Der Satz von der Hilfe zur Selbsthilfe führt als Sparansatz der Geberländer unter dem Stichwort der Steigerung der Effizienz zur Notverwaltung von Mißständen. Diese Notverwaltung ist zweifellos einem "Gar nicht" vorzuziehen, Nur befinden sich gerade die nichtstaatlichen Institutionen hier in der Pflicht einer strukturellen Kritik. Die DSW leistet dies nicht. Sie agiert wie eine nichtstaatliche Staatsorganisation.
Diese regierungsnahen und industrienahen NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen) dienen Staat und Industrie zunehmend als Vermittlungsorgane ihrer Politik. Sie verfügen meist über eine ausgezeichnete Finanzausstattung, guten Medienzugang und hervorragende politische Kontakte. Auf dieser Grundlage sind sie in der Lage das Spektrum nichtstaatlicher Gruppen zumindest zum Teil zu dominieren. Damit wird die kritische Öffentlichkeit, wie sie bisher von staats- und regierungsunabhängigen NGO gestellt wurde, ausgehebelt. Auch die Besetzung der verschiedenen Foren der Expo 2000 fast ausschließlich durch industrie- und staatsnahe Funktionäre (wenige Funktionärinnen) basiert auf der Grundlage dieser Politik. Staat und Industrie debattieren kritisch mit sich selber. Dementsprechend sieht die DSW die Expo auch als ideales Forum ihrer Propaganda, und arbeitet bereits jetzt intensiv auf die Weltausstellung hin. Für Außenstehende sind dies Zusammenhänge nur schwer zu erkennen.
Die Selbsthilfegruppen vor Ort keine Wahlmöglichkeit, ihre Finanziers können sie sich nicht aussuchen.

Die DSW wäscht nicht nur sauber sondern rein.

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung verkauft Deutsche Wertarbeit, ein gutes Gewissen, ein Modernes Outfit, global, nachhaltig, emanzipativ, einfach rundum gut. Ein moderner Dienstleistungsbetrieb mit professionellen Marketing. Die Bundeswehr könnte hier viel lernen. Doch die DSW begnügt sich nicht mit dem Guten sie ist auch gegen das Böse auf der Welt.

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung hat ihren Sitz in Hannover (Göttinger Chausee 115 - D 30459 Hannover). Zum direkten Umfeld gehören der Förderverein und der Balance-Verlag.

Der hier abgedruckte Artikel erschien zuerst 1998 im Reader "Nachhaltige Weltbilder" des Kongresses "Autonomie und Ökologie" herausgegeben vom Asta der Uni Hannover.

Es geht nicht um Menschenrechte – es geht um eine neue Weltordnung

Kolumne Nr. 413, geschrieben am 8. April 1999 im Todestrakt von Waynesburg, Pennsylvania

by Mumia Abu-Jamal

»[Der frühere] US-Außenminster Robert Lansing hat sich energisch dagegen ausgesprochen, das Konzept des "Gesetzes der Menschlichkeit" einzuführen und damit Verfahren gegen ausländische Staatsführungen vor ausländischen oder internationalen Gerichtshöfen anzustrengen. Das internationale Recht, so betonte er, regele die Beziehungen zwischen Nationen und habe keinerlei Zuständigkeit bei Maßnahmen, die ein Staat gegenüber seinem eigenen Volk ergreift.« C. Simpson, The Splendid Blond Beast, 1995

Während ein tödlicher Regen von High-tech-Bomben auf Serbien niedergeht, fällt ein jedes Gefühl **abtötender Propagandaregen** auf das amerikanische Volk – von den Medien produzierte Lügen, die dem Zweck dienen, die Bevölkerung dazu aufzustacheln, den Einsatz grausamer militärischer Mittel, die im Namen des Schutzes der Menschenrechte gegen eine souveräne Nation gerichtet werden, zu unterstützen.
Die NATO ist nichts anderes als ein Feigenblatt für die amerikanischen "Interessen", und die Bombardierung des serbischen Staates ist nichts anderes als eine umfassende Demonstration der Unbarmherzigkeit des amerikanischen Machtimperiums.
Eine Demonstration? Der ungeheuerliche Abwurf der Atombomben auf Japan, als dieses Land gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schon längst besiegt war, entsprang keiner militärischen Notwendigkeit, sondern einer politischen, nämlich um der UdSSR zu zeigen, daß die USA der Boß sind und immer sein werden. Es war eine massive, **tödliche Demonstration**. Auch mit den Bomben auf die Bundesrepublik Jugoslawien wird Serbien wie Japan während des Zweiten Weltkrieges von den USA als Objekt für seine Machtdemonstration behandelt.
Schauen wir uns den von den Medien im Stundentakt hinausposaunten "Schutz der Menschenrechte" und der "Rechte ethnischer Minderheiten" durch die USA an. Wie steht es da um die größte nationale Minderheit in den USA, die afroamerikanische? Pierre Sané, Generalsekretär der in aller Welt anerkannten Menschenrechtsorganisation amnesty international, stellte nur wenige Tage vor Beginn der Bombardements öffentlich fest, daß "die Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Staaten von Amerika anhaltend und weitverbreitet sind und überproportional Menschen aus ethnischen Minderheiten betreffen". Sané hatte sich kritisch mit gewaltsamen Übergriffen der Polizei und der Anwendung der Todesstrafe in den USA auseinandergesetzt.
Schauen wir uns weiterhin auf der internationalen Ebene an, welches Verhältnis die USA zu "Befreiungsbewegungen" der Unterdrückten haben. Als die KämpferInnen der Unabhängigkeitsbewegung Puerto Ricos sich zu Wort meldeten, da unterstützten die USA diese "ethnische Minderheit" nicht, sondern verfolgten (und verfolgen) sie, zermalmten sie, sperrten sie ein und brachten sie zum Schweigen. Wenn wir uns die Sache des palästinensischen, des kurdischen, des tamilischen und des Volkes von Ost-Timor oder der kolumbianischen Rebellen ansehen – wen haben die Vereinigten Staaten dann stets unterstützt, die Unterdrückten oder die von den USA mit Waffen ausgerüsteten Regierungen?
In Jugoslawien geht es nicht um "Menschenrechte". Hier geht es nicht um "ethnische Minderheiten". Und es geht auch nicht um "Völkermord". Es geht darum, durchzusetzen, wer der Boß im kommenden Jahrhundert ist. Es geht darum, Rußland in die Schranken zu weisen. Es geht darum, die EU unter der Knute der Wall Street zu halten. Die Bomben auf Serbien sind ein Widerhall der Bomben auf drei andere Länder in den letzten sechs Monaten – Irak, Sudan und Afghanistan. Und aus genau demselben Grund: Um zu beweisen, daß es getan werden kann, egal was das sogenannte "Völkerrecht" dazu sagt. Es geht darum, weltweit Terror zu verbreiten, um im Interesse des US-Kapitals das zu errichten, was der frühere US-Präsident schon versucht hat, womit er aber gescheitert ist: eine neue Weltordnung.
Wenige Tage vor Beginn der Bombardements haben Polen, Ungarn und die frühere CSSR, die Tschechische Republik, ihren Beitritt zur NATO unterzeichnet und haben damit **Rußland faktisch isoliert**. Nur Serbien und die anderen jugoslawischen Teilstaaten haben sich geweigert, der NATO beizutreten. Zur Strafe folgten die Bomben.
Unser politischer Führer Malcolm X hat uns gelehrt, aus der Geschichte zu lernen. Wenn wir uns die Geschichte ansehen, dann wird klar, warum Jugoslawien bombardiert wird.
Imperien halten sich nicht durch Überzeugungskraft, sondern allein durch unbarmherzigen Terror an der Macht. So war es im alten Rom, und so ist es heute in den USA.
Dr. Huey P. Newton, der hervorragende Revolutionär und Gründer der Black Panther Party, hat 1973 erklärt:
"...die Vereinigten Staaten waren keine Nation mehr. Wir begriffen sie als ein Imperium. Ein Imperium ist ein Nationalstaat, der sich in eine Macht verwandelt hat, die alle Länder und Völker der Welt kontrolliert."
Huey hat recht gehabt, und unsere Antwort war damals, daß wir Widerstand gegen dieses Imperium geleistet haben.
Genau das müssen wir auch heute tun!

Nieder mit dem Imperialismus! - Schluß mit den Bombardierungen! - NATO und USA raus aus Jugoslawien!

Zuerst erschienen in Freedom Now ! Extrablatt Nr. 1 vom 16. Mai 1999

Mumia Abu-Jamal, afroamerikanischer Journalist und Autor, ehemaliger Black Panther, hat sich wegen seines mutigen Eintretens gegen den Rassismus einen Namen gemacht. 1982 wurde er durch Beweismanipulation für den Mord an einem Polizisten zum Tode verurteilt. Seit Jahren kämpft er mit Unterstützung einer weltweiten Kampagne für ein Wiederaufnahmeverfahren. Möglicherweise wird noch in diesem Jahr ein US-Bundesgericht darüber entscheiden, ob ihm nach 17 Jahren endlich ein faires Verfahren zugestanden wird.

Kontakt: * *Kampagne Mumia Abu-Jamal * Postfach 150323 * D-28093 Bremen*

Ökonomie des Krieges und der Kommunikation

Die NATO im Kosovo

by Alain Kessi

Wenn ich die Meinungsäusserungen und Wortwechsel über den Krieg der NATO gegen Jugoslawien, und der jugoslawischen Führung gegen die albanische Bevölkerung Kosov@s, mitverfolge, auf verschiedenen e-mail-Verteilern sowie in persönlichen Gesprächen mit Leuten, fällt mir auf, wie verunsichert viele sind. Es scheint vielen AktivistInnen Schwierigkeiten zu bereiten, die elementarsten Prinzipien einer tradierten linksradikalen Politik in eine Zeit hinüberzuretten, in der ein Krieg nicht mehr so einfach als imperialistisch/antiimperialistischer - hier böse ImperialistInnen, dort tapfere BefreiungskämpferInnen - gedeutet werden kann. Es scheint mir, dass nicht die Prinzipien selber aufzugeben sind. Nach wie vor sollen Menschen und ihr gelebtes Leben vor der grossen Politik stehen. Nach wie vor geht es darum, gegen Angriffe auf unsere Autonomie solidarischen Widerstand zu entwickeln, ohne Unterschiede unter uns einzuebnen. Nach wie vor gilt es, diskursive Ablenkungsmanöver zu durchschauen und eine Analyse im Verständnis von ökonomischen und sozialen Machtmechanismen zu verankern. Es sind eher weniger bewusste Eigenheiten linker und autonomer politischer Praxis, die eines Überdenkens bedürfen.

Gegen die Ethnisierung!

Der Reflex antiimperialistischer AktivistInnen, als "Befreiungsbewegungen" wahrgenommene Unabhängigkeitsbestrebungen als legitim und unterstützenswert zu sehen, scheint etwa im Falle des Kosov@ in die Enge zu führen. Vielleicht der Wunsch nach einer Identifikationsmöglichkeit mit den Feinden eines gewieften und rücksichtslosen Machtpolitikers wie Slobodan Milosevic hat die einen dazu geführt, während einiger Zeit vor der tendenziell rassistischen, jedenfalls auf "ethnischer" Trennung beruhenden Stossrichtung einer UCK (Kosova-Befreiungsarmee) die Augen zu verschliessen. Andere haben angesichts der allgemeinen Verunsicherung zum Thema lieber geschwiegen. Eine vertieftere Auseinandersetzung mit den politischen Entwicklungsprozessen im Kosov@, die auf die Komplexität ökonomischer und machtpolitischer Ursachen eines sozialen Konflikts und auf die von verschiedener Seite bewusst betriebene Ethnisierung des Konflikts verwiesen hätte, habe ich bisher nur in Ansätzen und in kleinerem Rahmen mitbekommen.

Die "vollendete Tatsache", für deren Verwirklichung sich Slobodan Milosevic, Hans-Dietrich Genscher, die UCK-Führer (aber auch Ibrahim Rugova auf seine sanftere Tour) je aus eigenem Antrieb jahrelang ins Zeug gelegt haben, nämlich die Wahrnehmung, dass der Konflikt auf jahrhundertealten "ethnischen" Fehden beruhe und dermassen tief in den Knochen sitze, dass kein Zusammenleben möglich ist, wird weitherum akzeptiert. Angesichts des erdrückenden Gewichts der "Geschichte" bliebe dann auch aus linker Sicht nur ein Aufruf übrig, die "ethnische" Trennung - als Entschärfung des schwelenden Konflikts - auf dem friedlichen Weg über Verhandlungen herbeizuführen. Dies wurde für Bosnien durch das Dayton-Abkommen vorexerziert. Nur, dass die im US-gesponserten Abkommen vorgesehene "ethnische" Trennung, da sich Leute nicht freiwillig verschieben lassen, nicht ohne gewalttätige Umsiedlungen bzw. Massaker auskommen konnte. "Srebrenica" war in diesem Sinne eine Voraussetzung für die Realisierung von Dayton, gewissermassen Teil des Planes.

Es scheint mir unabdingbar, die Rede von einem "ethnischen" Konflikt zu durchbrechen und den (ökonomischen und machtpolitischen) Ursachen des Konfliktes - zentral darin die hohe Verschuldung Jugoslawiens und insbesondere Serbiens und die Schuldeneintreibungspolitik des Internationalen Währungsfonds IWF, und die daraus resultierende Ausbeutungsstrategien der jugoslawischen Regierung und soziale Kämpfe gegen diese Ausbeutung - sowie den Mechanismen der Ethnisierung, und somit der Ablenkung von diesen Ursachen, nachzugehen. Dies ist selbstverständlich einfacher in einem (westeuropäischen) Kontext, in dem die Leute einen gewissen Abstand zu den Geschehnissen haben, als im Umfeld derjenigen, die einem bereits "ethnisch" besetzten und definierten Angriff ausgesetzt sind und unmittelbar auf diesen zu reagieren und Überlebensstrategien dagegen zu entwickeln haben. Aber selbst in Jugoslawien, im Kontext des Krieges, gelingt es Einzelnen, konsequent so über den Konflikt zu sprechen, dass sie die Kriegslogik ad absurdum führen. Es gibt in (Ex-)Jugoslawien eine lange Tradition des Widerstands gegen von den Regierungen aufgezwungene "ethnische" Trennlinien - von den "Frauen in schwarz" und Dienstverweigererinitiativen über e-mail-Verteiler wie die anarchistischen ex-yu-a-lista und attack[1] zu verschiedenen feministischen Gruppen. An diese gilt es anzuknüpfen, wenn wir eine Solidarität mit Leuten in Jugoslawien aufbauen wollen. Diese Solidarität ist möglich und bedingt keine Stellungnahme für die eine oder andere Kriegspartei. Im Falle von Kosov@ ist der Bezug auf existierende Projekte und Kontakte ein bisschen schwieriger als in Bosnien, da die Vernetzung zwischen Kosov@-Alba-

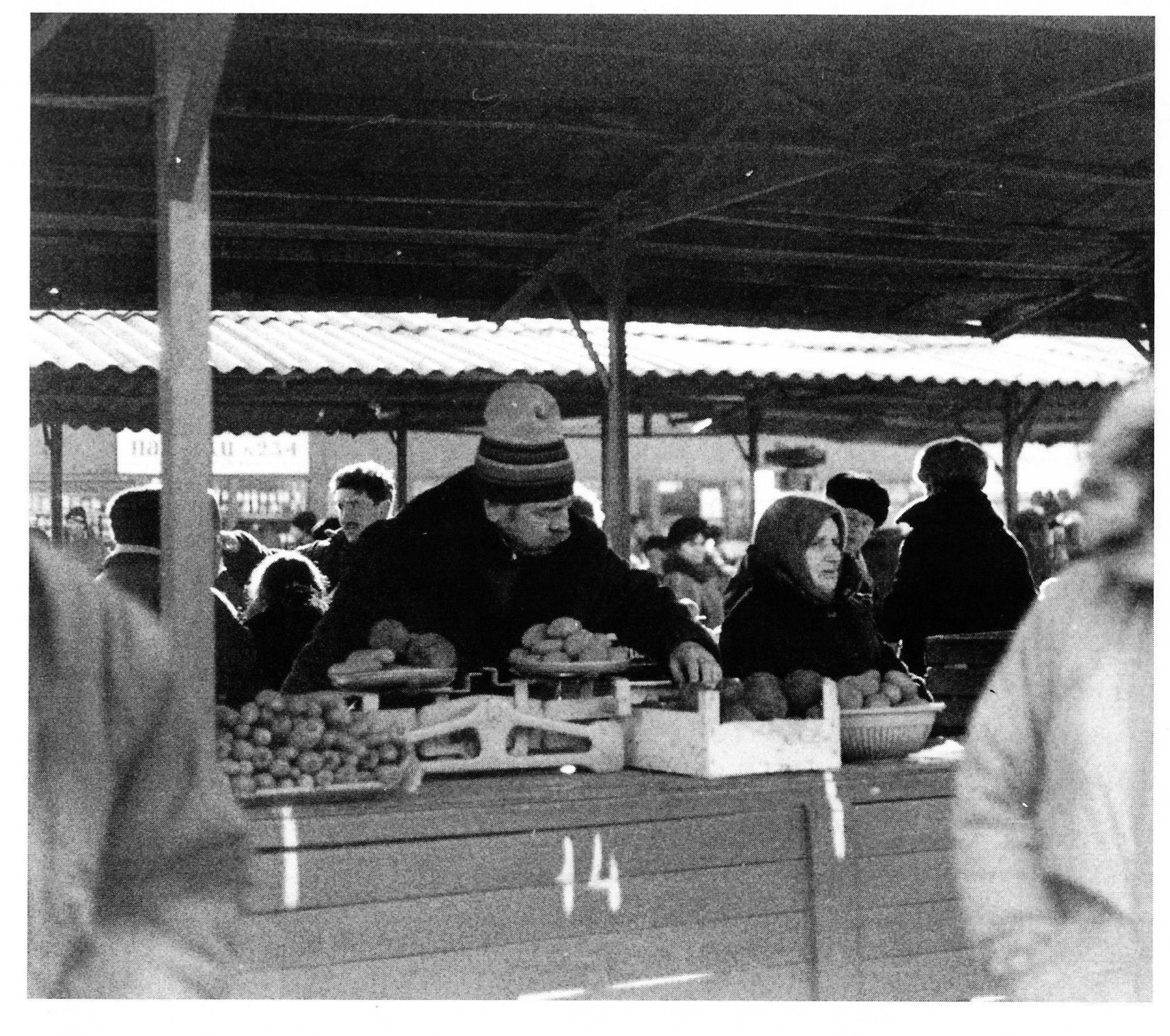
nerInnen und anderen JugoslawInnen weniger ausgebaut ist. Es scheint etwa in Kosov@ keine nach aussen sichtbare anarchistische Bewegung zu geben - in Bosnien, Kroatien und Serbien ein wesentlicher Stützpfeiler anti-nationalen Politikverständnisses. Trotzdem gibt es Kontakte, sei es in feministischen Kreisen, in der Friedensbewegung oder anderen Zusammenhängen. Gemeinsam mit Leuten aus diesen Zusammenhängen sehe ich die Möglichkeit, eine gemeinsame anti-nationale, "linke" Position zu entwickeln.

Es wäre insbesondere interessant, in einem gemeinsamen Prozess ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich, in der Schweiz, in Deutschland, in Jugoslawien, die Attraktivität verschiedener nationalistischer Diskurse, Mythen und Loyalitäten für die Leute konstruiert. Wie lassen sich bereits aufgebaute Gewissheiten verunsichern, die im Moment zur Frontenbildung und Legitimation für die NATO, die KLA und/oder Milosevic beitragen? Einige Ansätze zu Überlegungen in diese Richtung könnten einzelne Kapitel aus den Materialien für einen neuen Antiimperialismus[2] Nr. 6 beitragen.

Das Reden über den Krieg

Im Versuch, den Krieg nach allen Seiten hin zu delegitimieren, scheint mir in einem ersten Anlauf nicht so sehr die "historische Wirklichkeit" im Vordergrund zu stehen, die akribisch recherchiert werden müsste, um der "Propaganda" "Fakten" entgegenzuhalten. Wichtiger ist vielleicht erst einmal die taktische Frage der Abschätzung des Effektes eines Diskurses. Ich sage das nicht darum, weil mir historisches Verständnis unwichtig wäre, sondern weil meines Erachtens auch mit durchaus korrekten und bestätigten "Fakten" Propaganda betrieben werden kann - insbesondere kann ein Krieg durch Massaker legitimiert werden, die auch tatsächlich stattgefunden haben. Es schiene mir etwa gefährlich, zu sehr auf der Wahrscheinlichkeit zu pochen, dass Massaker wie jenes in Racak gestellt sind. Eine Diskussion darüber kann nur im Zusammenhang mit den Anforderungen eines Medienkrieges interessant sein - eine Diskussion, die Motive für die Erfindung eines Massakers wohl herausschälen kann. Es lässt sich aber schlecht verhindern, dass die betonte Verneinung dieses oder anderer Massaker dem Diskurs derjenigen zugute kommt, die nichts davon wissen wollen, dass überhaupt Massaker begangen werden, und die damit die eine Seite im Krieg zum "Guten" oder zumindest "Unschuldigen" stilisieren will.

Viele der Argumente, die gegen den Krieg angeführt werden, haben so ihre Tücken. In einer weit verbreiteten Argumentation wird die jugoslawische Politik gegenüber Kosov@-AlbanerInnen mit den langjährigen Angriffen des türkischen Staates auf das Leben und die Identität der KurdInnen verglichen und gefragt, warum denn die NATO nicht die Türkei bombe, wenn ihr Menschenrechte so wichtig wären. Dieser Vergleich zwischen Kosov@ und Kurdistan nimmt in der Empörung darüber, dass die Türkei und Jugoslawien mit zweierlei Mass gemessen werden, das humanimilitaristische Legitimationskonstrukt der NATO ernst. Indem darauf hingewiesen wird, dass die Türkei ja nicht zerbombt wird, wird das vorgebliche Motiv der humanitären Intervention gleichzeitig in Frage gestellt



und bestätigt. Trotzdem denke ich, dass Kurdistan in anderem Zusammenhang in die Diskussion eingebracht werden kann, ohne die angeführten Motive der NATO-Angriffe zu legitimieren. Nämlich indem das Interesse der Türkei, als NATO-Staat in der Weltöffentlichkeit auf der Seite der "Guten" zu stehen - auf der Seite der WahrerInnen der Menschenrechte - hervorgehoben wird. Die Berichterstattung über die Bombardierungen der NATO lenkt unter anderem das Interesse der Öffentlichkeit ab von einer gigantischen Repressionskampagne des türkischen Staates gegen KurdInnen, die derzeit verschärft im Gang ist.
Auch der Verweis darauf, die NATO habe mit ihrem "autonomen Entscheid" zu einem Angriff auf Jugoslawien die UNO und die OSZE - die "legitimen Akteure" der Suche nach einer "friedlichen Lösung" - ausgeschaltet und somit gegen das Völkerrecht verstossen, birgt Gefahren. Ich meine damit nicht nur, dass es merkwürdig anmutet, aus einer autonomen, radikalen linken Position Strukturen zu verteidigen, die zur grossen Politik gehören. Es wäre vielleicht denkbar, pragmatisch davon ausgehend, dass diese Institutionen einen Gegenpol zur NATO bilden, sie gegen eine übermächtige NATO stark zu machen. Aber es ist eben nur beschränkt so, dass die UNO/OSZE einen Gegenpol zur NATO bilden, wie etwa die Spionagearbeit der OSZE-BeobachterInnen in Vorbereitung der NATO-Angriffe zeigt.[3] Zwar ergibt sich aus den Interessen der UNO-Eliten eine Strategie des "Überlebens", des Machterhalts der UNO angesichts der ohne Rücksicht auf UNO-Kompetenzen begonnenen NATO-Angriffe, die etwa Kofi Annan anfänglich zu einer Verurteilung des Alleingangs der NATO veranlasste. Doch wenn die NATO-Kriegsführung zum Ziel hat, Jugoslawien (mit oder ohne Milosevic an seiner Spitze) gefügig zu machen, so verfolgt sie gleichzeitig die Strategie, den UNO-Managern zuerst den Meister zu zeigen und deren Auswahlmöglichkeiten einzuengen, um ihnen dann Angebote für eine erneute Teilnahme am Prozess zuzuschanzen - zu NATO-Konditionen. Kofi Annan jedenfalls scheint sich dem Spiel bereits zu fügen. So legitimieren die transnationalen Institutionen einander, trotz Machtkämpfen untereinander - und wirken wie in der altbekannten Arbeitsteilung des "good cop, bad cop" Duos (netter Bulle, böser Bulle) polizeilicher Einvernahmen vertrauenerweckend und drohend zugleich. Im soeben der Öffentlichkeit vorgestellten neuen NATO-Strategiekonzept ist ein mögliches zukünftiges Verhältnis UNO-NATO ausformuliert: die UNO soll ein für alle Male grünes Licht geben für NATO-Einsätze ausserhalb des NATO-Gebietes.
Am ehesten gefällt mir das taktische Vorgehen jener, die behaupten, es gebe einen Vertrag zwischen Milosevic und NATO-VertreterInnen. Das braucht nicht den Tatsachen zu entsprechen, und erhebt den Anspruch auch nicht wirklich. Wesentlich ist dabei, darauf hinzuweisen, dass Milosevic der Hauptnutzniesser der NATO-Angriffe ist, und dass die NATO, die KLA und Milosevic einander zur gegenseitigen Legitimation ihrer Kriegsstrategie brauchen, und dass alle drei Parteien in ihrem patriarchalischen Showdown gegen die serbische und albanische Bevölkerung wirken. Brilliant auf den Punkt gebracht haben es Sprayer in Belgrad, die Boris Buden von Bastard/Arkzin wie folgt zitiert: "Slobo, du Clinton!"[4] Über das allgemeine Interesse an der Durchsetzung einer Kriegslogik hinaus lässt sich das gemeinsame Interesse der jugoslawischen Führung und der transnationalen Machtstrukturen, verkörpert durch William Clinton, auf deren Arbeitsteilung bei der Auspressung von Mehrwert aus der jugoslawischen Bevölkerung - zwecks Schuldentilgung - zurückführen.

Die Interessen an diesem Krieg

Es ist vielleicht ein grundsätzlich unbefriedigendes Unterfangen, den Beweggründen der "grossen Politik" für die Eskalierung des Konflikts in Kosov@ nachzuspüren. So im Klartext wird diese wohl keine der involvierten Persönlichkeiten ausplappern. Und was soll das Ziel dabei sein, mit Vermutungen und Indizien zu jonglieren? Die Suche nach dem kriminalistischen Motiv birgt wohl die Gefahr, in Verschwörungstheorien zu münden. Ich denke, dem (vielleicht) dadurch entgehen zu können, dass ich die Interessen (Motive) der verschiedenen Lager der "grossen Politik" als heterogen sehe, und zum Beispiel die NATO nicht als einen Block betrachte, sondern die Dynamik und gegenseitige Wechselwirkung der von den USA, Deutschland und anderen verfolgten Politik untersuche.
Diese Dynamik ergibt sich daraus, dass diese Mächte zwar gewisse gemeinsame Interessen haben, teils aber eben dieselben Interessen - im Sinne einer Konkurrenz um Einflusssphären. Ein starkes Motiv der USA, aber auch Hollands und Englands, ist die Erhaltung der NATO als hegemoniale militärische Macht. Für die USA ist das Hauptinteresse die Fortführung der US-amerikanischen Rolle als Schutzmacht der europäischen Nachkriegsordnung. Für Holland und England ist eine US-Präsenz wünschenswert als Gegengewicht zu deutscher (oder deutsch-französischer) Dominanz in EU-Strukturen. Deutschland und noch mehr Frankreich sind zwar am Fortbestehen der NATO interessiert, aber nicht als Hegemonialmacht, die ihre machtpolitische Bewegungsfreiheit einschränkt, sondern als ein Bündnis unter anderen, neben europäischen Strukturen, die EUropa unter der Führung Deutschlands und Frankreichs eine gewisse Autonomie von US-amerikanischen Interessen geben könnten.
Um die nach dem Kalten Krieg ganz und gar nutzlos gewordene NATO zu erhalten, braucht diese einen Krieg, in dem sie zeigen kann, dass sie gebraucht wird. Nun, das erklärt noch nicht, warum gerade gegen Jugoslawien. Hier unterscheiden sich wohl die Gründe der verschiedenen Mächte. Interessant ist in dieser Hinsicht, dass Deutschland nur in der deutschen Diskussion, allenfalls

Ich denke, dem (vielleicht) dadurch entgehen zu können,
dass ich die Interessen (Motive) der verschiedenen Lager
der "grossen Politik" als heterogen sehe,
und zum Beispiel die NATO nicht als einen Block betrachte,
sondern die Dynamik und gegenseitige Wechselwirkung der von den USA,
Deutschland und anderen verfolgten Politik untersuche.
Diese Dynamik ergibt sich daraus,
dass diese Mächte zwar gewisse gemeinsame Interessen haben,
teils aber eben dieselben Interessen
- im Sinne einer Konkurrenz um Einflusssphären.



noch der deutschsprachigen in der Schweiz und Österreich, als Imperialmacht mit Drang nach Südosten wahrgenommen und beschrieben wird. Die Investitionspolitik Deutschlands seit 1989 ist eher für ihre Ausrichtung auf russische Märkte bekannt, und für ein relatives Desinteresse, was den Balkan angeht. Ist die Betonung deutscher Imperialbestrebungen durch AktivistInnen in Deutschland geprägt von einer linksnationalistischen "Selbst"überschätzung? Weitherum bekannt sind etwa die diplomatischen Initiativen eines Hans-Dietrich Genschers zur Anerkennung Slowenjens und Kroatiens, die der auf der Ethnisierung sozialer Fragen basierenden Machterhaltungsstrategie Milosevics (ungewollt?) eine wesentliche Unterstützung zukommen liessen. Weniger diskutiert als die Genschersche Jugoslawienpolitik, aber immerhin in nichtdeutschen Medien auffindbar, sind Hinweise auf Unterstützung der UCK (Kosov@ Befreiungsarmee) in einer frühen Phase durch den Bundesnachrichtendienst BND und andere deutsche Geheimdienste und deren Bewaffnung gegen den Willen der US-amerikanischen CIA (Zentraler Nachrichtendienst).[5]
Die Eskalationsstrategie scheint jedenfalls in ihrer Endphase unter US-diplomatischer Führung gewesen zu sein. Ob die US-Regierung sich bloss unter den Sachzwängen der bisherigen deutschen Eskalationsbestrebungen veranlasst sah, das Ruder zu übernehmen und so allzugrosse EUropäische Autonomie abzuwenden, oder ob die USA aus ureigenen Interessen an einer Zerschlagung dessen, was von Jugoslawien übrigblieb, Schritte zu einer Verunmöglichung einer verhandelten Lösung zu unternehmen, wird wohl schwer zu eruieren sein. Auf jeden Fall ist die US-Regierung zur Einschätzung gekommen, ein Krieg unter NATO/US-Führung sei für die Wahrung ihres Einflusses besser als diplomatische Bestrebungen zur Entschärfung der von der deutschen und der jugoslawischen Politik vorangetriebenen Kriegsvorbereitungen.
Ich gehe nicht davon aus, dass jede einzelne Folge einer bewussten Strategie zugeschrieben werden kann, jedoch davon, dass die meisten Folgen sehr einfach abzuschätzen waren und deshalb im Sinne der einen oder anderen Akteure, unter den gegebenen Umständen, beigetragen haben zur Attraktivität einer Eskalationsstrategie, oder umgekehrt zu Skepsis gegenüber einer solchen Strategie. Zu den offensichtlichen Folgen der NATO-Angriffe, die es meines Erachtens in zukünftigen Diskussionen zu untersuchen gilt, gehören (in zufälliger Reihenfolge):

➲ die politische Stärkung Milosevics und das Ausschalten jeder innerjugoslawischen Opposition; insbesondere erhält Milosevic, wie schon durch die vorherigen Kriege in Kroatien und Bosnien, eine zwingende Erklärung dafür, warum die der Bevölkerung in Aussicht gestellten verbesserten Lebensbedingungen nicht eingelöst werden - es ist schliesslich Krieg; wenn ein Ausstieg aus dem gegenseitigen Dämonisierungsdiskurs gefunden werden kann, kann die bestätigte Machtstellung Milosevics eine regionale Ordnung vorbereiten, in der diesem von den NATO-Mächten eine neue Rolle als Mitgarant der regionalen Stabilität zu NATO- und IWF-konformen Konditionen angeboten werden kann;
➲ eine massive Provokation gegenüber der russischen Führung, die interpretiert werden kann als Versuch eines Wiederbelebens der Politik des Zurückbindens (containment), die von der NATO/den USA zu Zeiten des Kalten Kriegs gegenüber Russland verfolgt wurde; dies könnte ein erster Versuchsballon sein, aus dem sich die US-StrategInnen erhoffen, den Widerstand abzusehen auf die anstehende US-Politik, der russischen Regierung ihre Einflusssphäre am Kaspischen Meer und im Kaukasus direkt streitig zu machen;
➲ die Befreiung Deutschlands aus der durch die Nachkriegsordnung aufgezwungene militärischen Isolation durch den Tabubruch des Bundeswehreinsatzes gegen Jugoslawien; dies dürfte die allergrösste Motivation der deutschen Politik gewesen sein, im Rahmen der NATO auf einen Krieg in Jugoslawien einzusteigen; nach dieser taktischen Verwertung hat die NATO als militärische Hegemonialmacht für Deutschland ihren Hauptdienst getan und kann, im Verein mit der französischen Regierung, nach Möglichkeit auf die Rolle eines Militärbündnisses unter mehreren zurückgestuft werden;
➲ die Bestätigung der Vormachtstellung der USA auch in

der EUropäischen "Sicherheits"politik durch die Führungsrolle, die die US-Regierung in den NATO-Bombardierungen eingenommen hat; dies kann jedoch leicht umschlagen in einen beträchtlichen Verlust US-amerikanischen Einflusses im EUropäischen "Sicherheits"system, da Deutschland durch das Durchbrechen seiner militärischen Isolation unabhängiger geworden ist und sich so eher auf die französischen Angebote einer Zusammenarbeit im Rahmen einer EUropäischen Militärallianz (z.B. der Westeuropäischen Union WEU) einlassen kann, und auch weil die NATO-Angriffe für zuviele Leute durchschaubar sind als zu den angeführten Interventionsgründen im Widerspruch stehend und somit die NATO möglicherweise diskreditiert wird, zum Leidwesen der USA und zur Freude der deutschen und französischen Regierungen;

➲ die Vertreibung von Hundertausenden von Leuten, vorwiegend Kosov@-AlbanerInnen, aus Kosov@, mit zwei weitreichenden Folgen: einer massiven Migrationsbewegung von Flüchtlingen in die Nachbarländer, und mehr oder weniger kontrolliert in westeuropäische Länder als billige und extrem abhängige Arbeitskräfte; der Destabilisierung von Albanien und Makedonien, die diese Länder faktisch zu NATO-Protektoraten macht; daneben kann davon ausgegangen werden, dass in der strategischen Kriegsplanung der NATO-Führung die Massenvertreibung von AlbanerInnen als Herzstück des eigenen kriegerischen Legitimationsdiskurses einkalkuliert war;

➲ ebenfalls in Verbindung mit den Massenvertreibungen, die Zerstörung der akkumulationsfeindlichen Subsistenzstrukturen - diesmal insbesondere der kosov@-albanischen Grossfamilien -, die im Kontext der vergangenen jugoslawischen Bürgerkriege in den Materialien Nr. 6 als wesentliches Kriegsinteresse der jugoslawischen Führung unter dem Druck der IWF-Programme identifiziert wurde, also sowohl im Interesse Milosevics wie auch der Westmächte;

➲ eine zumindest temporäre Schwächung der EUropäischen Wirtschaft gegenüber der US-amerikanischen - sichtbar geworden durch den niedrigen Euro-Kurs im Vergleich zum US-Dollar; es dürfte US-Strategen nicht ungelegen kommen, vor den Toren EUropas Krieg zu führen und die Gefahren einer allfälligen regionalen Destabilisierung ihrer grössten wirtschaftlichen Konkurrentin und NATO-Partnerin aufzuhalsen;

➲ die Zerstörung eines beträchtlichen Teils der jugoslawischen Industrie und Infrastruktur, die viel mehr als militärische Anlagen das Ziel der Bombardierungen sind; der Wiederaufbau unter US-Regie - wie in Kuweit dürfte die US-Regierung dank ihrer Führungsposition in den Kriegshandlungen US-Firmen aussichtsreich positionieren für Aufträge im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau - über ausländische Kredite wird wohl Jugoslawien wirtschaftlich auf lange Zeit hinaus abhängig machen und zu Zinszahlungen verpflichten; falls eine Art Marschallplan für Jugoslawien diese Abhängigkeit in eine andere gegenüber den "GönnerInnen" überführen sollte, wird das für die US-Regierung (in geringerem Mass auch für die EU-Länderregierungen) eine Gelegenheit mehr sein für eine Umverteilung von unten nach oben, indem mit Steuergeldern die Profite von US-Transnationalen in Jugoslawien finanziert werden;

➲ eine militär-keynesianistische Lösung von Teilen der Überproduktionskrise in den USA und in geringerem Ausmasse der EU durch die massive Zerstörung (den durch Steuern finanzierten "Konsum") von Waffen; mit dem Nebeneffekt einer gigantischen Live-Waffenschau als staatlich subventionierte Werbung für die transnationalen Waffenkonzerne;

➲ eine Lösung der Frage, wohin mit den bisher in Deutschland stationierten US-SoldatInnen, die nicht bereits in den Irak und dann nach Bosnien verlegt worden waren - mit den faktischen NATO-Protektoraten in Makedonien und Albanien und dem geplanten Protektorat in Kosov@ (nach Annex B des Rambouillet-Vertragstextes in ganz Jugoslawien) gibt es nun Aufgaben genug für die von Arbeitslosigkeit bedrohten SoldatInnen;

➲ ein erhöhter Druck auf Staatsregierungen in der Region, sich zu ihrer NATO-Kandidatur zu bekennen, und Testläufe der NATO-Loyalität; die bulgarische Regierung etwa wurde - so Kommentare in den bulgarischen Medien - nicht aufgrund eines kriegsstrategischen Nutzens um die Freigabe ihrer Flugschneisen für NATO-Flugzeuge angefragt, sondern um ihren politischen Willen zu testen, sich gegen den Willen der Bevölkerung demjenigen der Westmächte zu beugen;

➲ der Umstand, dass die Akzeptanz für eine Teilung oder Abspaltung Kosov@s, in absehbarer Zeit vielleicht auch Mazedoniens, international gewachsen ist; wenn man sich vergegenwärtigt, welches Argument für die Unabänderlichkeit der Staatsgrenzen angeführt wurde, nämlich die Angst, andere Minderheiten in Europa könnten dem Beispiel der Kosov@-AlbanerInnen folgen, so fällt auf, dass dieses Argument hinfällig wird, wenn der Preis für deren Unabhängigkeit derart hoch ist, dass potentielle NachahmerInnen gründlich abgeschreckt sein dürften; dies bahnt den Weg für die Weiterführung der begonnenen Aufspaltung des Balkans nach "ethnischen" Kriterien, oder welche Kriterien auch immer den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der Westmächte zugutekommen;

➲ zu erwarten ist ausserdem, dass es die NATO-Mächte nach der Schwächung Jugoslawiens und Makedoniens nicht darauf ankommen lassen, dass unter Führung der UCK oder anderer Kräfte Bestrebungen zu einem Grossalbanien hin zugelassen werden. Daher wäre es nicht überraschend, wenn die UCK im Krieg aufgerieben würde - zum Beispiel dadurch, dass sie als Bodentruppe der NATO aufgerüstet wird und gegen eine übermächtige jugoslawische Armee kämpfen muss. Albanien ist für die USA als unterwürfige und extrem abhängige Staatsregierung nützlich. Wenn jedoch eine selbstsichere kosov@-albanische Führung gestärkt aus dem Krieg hervorkommt und eine Unabhängigkeitsdynamik lostritt, liegt das nicht im Interesse der US-Regierung, die insbesondere Handelswege in der Region kontrollieren will und dazu ergebene Regierungen braucht.

Jugoslawien als Drehpunkt des Ost-West-Handels

Die Wichtigkeit der Ost-West-Handelsrouten ergibt sich aus den bereits erwähnten US-Interessen an einer Erweiterung der US-amerikanischen Kontrollsphäre bei gleichzeitiger Eindämmung des russischen Einflusses um das Kaspische Meer und den Kaukasus. Weiter gedacht, geht es auch um ein Wiederbeleben der alten Seidenroute bis nach China, mit dem wichtigen Detail, dass Russland umgangen werden soll, aber auch Alternativen zur türkischen Route geschaffen werden sollen, um der Türkei einen Teil ihrer strategischen Wichtigkeit zu nehmen. Da ich diese verkehrsstrategischen Überlegungen bisher in keiner öffentlich zugänglichen Quelle ausformuliert gesehen habe, möchte ich hier ein wenig detaillierter darauf eingehen.

Ein wesentlicher Grund, warum die mangelnde Gefügigkeit und Verlässlichkeit (aus westlich-imperialistischer Sicht) der jugoslawischen Führung so störte, ist der, dass für die Zukunft wesentliche Handelsrouten praktisch alternativlos durch Jugoslawien führen und so vom guten Willen der jugoslawischen Regierung abhängen. In den Kreisen, die sich mit Investitionsstrategien beschäftigen, gilt Jugoslawien als ein Land, das (sowohl vor als auch nach 1989) seine geographische Position missbraucht, um Handelswege zu kontrollieren - sowohl den Landweg von Bulgarien und Makedonien über Belgrad in den Westen wie auch die Donauschifffahrt. Über solche Monopolisierungsversuche könnten NATO-StrategInnen lachen, wenn Alternativen existieren würden. Ausser der Route über den Bosphorus jedoch, der zum Beispiel für Erdöl an die Grenzen der Überlastung und somit beträchtlicher ökologischer Gefahr und logistischer Probleme gedrängt wird, sind jedoch Alternativen zum Weg über Belgrad oder die Donau wenig entwickelt.

Die heutige Verkehrspolitik der westlichen Mächte und insbesondere der USA baut aber gerade darauf, eine Vielzahl von Alternativen zu öffnen, um Abhängigkeiten zu verringern. Der frühzeitigen Entwicklung alternativer Handelsrouten standen sowohl voneinander abweichende Prioritäten der Westmächte wie auch untereinander inkompatible Verkehrspolitiken der Balkanländer im Wege, verbunden mit deren Mangel an finanziellen Mitteln für Infrastrukturinvestitionen. Die Verbindungen zwischen Bulgarien und Rumänien etwa, die ein Umgehen Belgrads auf dem Weg nach Nordwesten erlauben würden, bleiben schlecht - nur genau eine Brücke weit im Osten und einige Fähren, für immerhin fünfhundert Kilometer Grenze. Solange die bulgarische Regierung darauf pocht, die neue Brücke in Vidin 20 Kilometer von der jugoslawischen Grenze zu bauen, wird die rumänische Regierung nie einlenken. Diese hat grundsätzlich kein Interesse daran, den Verkehr über die bulgarisch-rumänische Grenze zu entwickeln, da das Konzept der rumänischen Verkehrspolitik auf den Ost-West-Verkehr vom rumänischen Hafen Constante am Schwarzen Meer nach Ungarn und weiter aus-

gerichtet ist. Der Bau einer neuen Brücke über die Donau würde Constante der Konkurrenz durch die bulgarischen Häfen Varna und Burgas aussetzen.
Von weit grösserer geostrategischer Bedeutung für die USA ist ein anderer Landweg: der Korridor VIII, vom Schwarzen Meer über Bulgarien, Mazedonien und Albanien ans Mittelmeer, der zu den verkehrspolitischen Prioritäten dieser drei Länder gehört, unter dem Einfluss internationaler Institutionen und BeraterInnen, aber auch aus eigenem Antrieb, um die handelsbezogene Isolation zu durchbrechen - Albanien ist gegen Osten völlig abgeschnitten, Makedonien hat Verbindungen nur nach Norden und Süden, und Bulgarien ist gegen Westen allzu abhängig von Jugoslawien. Der Korridor VIII erhält seine ganze strategische Bedeutung erst, wenn er als Teil einer weiterführenden Route zum Kaspischen Meer und weiter nach China betrachtet wird. Für die USA ist dieser Korridor deshalb von herausragender Wichtigkeit, und die geschwächten Regierungen in Albanien und Mazedonien (eine wesentliche Folge der Kriegshandlungen der NATO) kommen gerade recht als zwangsweise ergebene Dienerinnen der US-Politik. Im übrigen ist auch Bulgarien nicht gerade bekannt für grosse Eigenständigkeit gegenüber westlichen Institutionen, da durch westliche Kredite abhängig gemacht und durch das taktische Versprechen des Anschlusses an westlichen Lebensstandard durch NATO- und EU-Beitritt geködert.
Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien kann sicher nicht alleine daraus erklärt werden, dass die USA ein Interesse haben an der Kontrolle der Handelswege, und am Ausspielen von Handelswegen gegeneinander. Ein solches Ziel hätte nie die Zustimmung der NATO-Partnerländer gefunden. Gerade bei der Entwicklung der Handelswege gehen die Interessen Deutschlands und der USA weit auseinander. Gemeinsam ist ihnen allenfalls, dass Jugoslawien nach Möglichkeit umgangen werden soll. Für die USA nach Süden zum Mittelmeer hin, für Deutschland nach Norden. Hingegen dürfte für Teile des US-Establishments der Korridor VIII neben der Legitimation der NATO als Polizeitruppe ein wichtiger Bestandteil strategischer Überlegungen gewesen sein. Und allgemeiner die Machtstellung der jugoslawischen Regierung über ihre Kontrolle der bisher entwickelten Handelswege war bestimmt auch in deutschen und anderen Strategiesitzungen auf der Tagesordnung.

Anmerkungen:

1 Beide e-mail-Verteiler können abonniert werden durch Senden einer e-mail an <majordomo@zamir.net> mit dem Befehl "subscribe ex-yu-a-lista" bzw. "subscribe attack" im Hauptteil des e-mails. Die Wortmeldungen sind vorwiegend in "der Sprache, die wir sprechen" gehalten, wie JugoslawInnen bisweilen die südslawische Sprache nennen, die unterdessen nach nationalistischen Interessen getrennt benannt wird, und ab und zu auch in Englisch.
2 Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6, "Ethnisierung des Sozialen - Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges", Berlin/Göttingen 1993.
3 Jungle World 14. April 1999, Marcel Noir, "Unser Mann in der OSZE".
4 Boris Buden, "The official Bastard(ARKZIN)-statement on the war in Yugoslavia - Saving Private Havel", 20. April 1999.
5 The European, 21 September 1998, Roger Faligot, "How Germany backed KLA".

Alain Kessi ist Redakteur der Internet-Zeitschrift Tusovka (www.savanne.ch/tusovka) und fordert interessierte Leute mit seinem als Diskussionsanstoss gedachten Beitrag zum Austausch mit sich auf.



Bin ich schwarz genug?

Erkundungen in Sachen 'blackness'

by Raimi Gbadamosi

Ich will diesen Beitrag mit einer persönlichen Anekdote anfangen. Am Montag, dem 27.Oktober 1997, wartete ich vor dem Eingang der DMS Watson Bücherei. Ich lehnte an der Wand und las Maya Angelou's "Gather Together In My Name", als ein Schwarzer von der anderen Straßenseite herüberrief: "Hey, Albino!" Ich schaute von meiner Lektüre auf, runzelte die Stirn über die Unterbrechung. Ich sah mich um, wer gemeint war - irgendjemand mußte er ja gemeint haben - und da ich niemand anders entdecken konnte außer mir, sah ich zu ihm rüber.

Er winkte mir zu und grinste "Was'n los?". Offensichtlich freute er sich außerordentlich, mich "geoutet" zu haben. Er überquerte die Straße und kam her. Ich sagte: "Soll ich das jetzt irgendwie toll finden?" Daraufhin ging er schweigend an mir vorbei, und ich konnte endlich weiterlesen.

Ich akzeptiere den Status "Albino" nicht, nur weil mein Körper kein Melanin produziert. Nicht, weil ich mich vor den unterschwelligen negativen Zuschreibungen fürchte, die am Albinismus hängen. Ich finde es nur zu simpel, daß man jemand ein Etikett anhängt.

Der Wettlauf um Blackness

In Spike Lee's Film "Get on the Bus", der angeblich auf wahren Begebenheiten beruht, unterhalten sich drei Passagiere, Philip, Gary und Xavier, auf der Fahrt mit dem Bus von L.A. zum "Million Men March" in Washington, D.C.

P: Hallo, Schwarzer!
G: Was gibt's?
P: Wie geht's so?
X: Wie heißt du?
G: Gary.
X: Gary wer?
G: Gary Rivers.
X: Also, was bringt dich zum Marsch, Gary?
G: Wie?
X: Zum Marsch, zum Marsch? Wie kommt's, daß du hingehst?
G: (lacht) Ich denke, die Brüder kommen zusammen, du weißt schon, man redet über manches, ich denke da will ich dabeisein, nicht?
P: Wenn's dir nichts ausmacht, sag mal, bist du ein Mulatte? Oder bloß hell?
G: Gemischtrassig, meinst du.
P: Gemischt? Also ja.
G: Ich finde, ich bin schwarz.

Der Bus fährt weiter, eine Nacht, einen Tag,
es geht weiter:

P: Na, was meinst, was meint der Typ?
G: Wer?
P: Der Große Weiße, der Busfahrer.
G: Im Moment stellt er sich wahrscheinlich vor, wie er seinem Boss in den Arsch tritt. (Gelächter)
P: Ja, ja, ich merke schon, du hast kein Problem mit ihm.
G: Hä?
P: Du hast kein Problem mit ihm, weil du auch was Weißes hast.
G: Ich hab's dir schon gesagt, ich finde ich bin schwarz.

Schwarz sein und solidarisch sein, ist nicht so leicht, wie man glaubt. Sicher, manche lassen es raushängen, so wie Dana Bryant in ihrem Song "Bone Simple":

"Ich bin echt schwarz
ganz einfach
das Gold vom blauen Nil."

Sowas kann man zitieren. Man bekennt sich, man identifiziert sich, man sorgt dafür, als Künstler richtig verstanden zu werden, man kämpft mit offenem Visier. Diese Selbststilisierung passiert heutzutage, weil schwarze KünstlerInnen in die Rolle von BotschafterInnen geraten und sich gedrängt fühlen, Solidarität mit ihren Pigmenten zu üben. Genau darum geht es Mookie in Spike Lee's "Do The Right Thing", als er sich in der Pizzeria darüber mokiert, daß alle die Volkshelden auf den Fotos an der Wand die falsche Hautfarbe haben. Farbe zählt; sie drückt aus, wer man ist und was man tut; oder sie wird weggelassen, um Empfindlichkeiten zu vermeiden.

Es ist leichter für MusikerInnen und darstellende KünstlerInnen, als Schwarze sichtbar zu sein. Sie benutzen die Stimme: ihren Rhythmus, ihr Vokabular, ihre Art zu reden. Man hört, daß Jamiroquai weiß ist. Bildende KünstlerInnen tun sich da schwerer. Man sieht sie nicht neben oder in ihrem Werk, normalerweise, und das bringt sie dazu, daß ihr Werk es ausdrücken müßte. Es setzt sie unter den Druck, daß ihre Kunst selbst "schwarz" sein muß, um sich als KünstlerIn in der Debatte zu positionieren. Yinka Shonibare hat auf das Ansinnen, er müßte mehr von seinen "Roots" in seinem Werk zeigen, geantwortet: "Ihr wollt Ethnie? Ich geb' euch welche!" Glücklicherweise hat er es



sich dann doch verkniffen, mit aller Gewalt schwarze Kunst zu machen, nur um dem Ruf nach Blackness, dem Ruf nach Ethnie, genüge zu tun.

Mit der eigenen Person als Leinwand

Bin ich schwarz genug? Frantz Fanon eröffnete "Black Skin, White Masks" mit der berühmten Passage: "Was ist es, was ein Mann will? Was ist es, was ein schwarzer Mann will? Auf die Gefahr hin, mir den Ärger meiner farbigen Brüder zuzuziehen, würde ich sagen, daß 'schwarz' kein Mann ist." Meine eigenen Fragen gehen in eine andere Richtung: Was ist es, was ein Künstler oder eine Künstlerin will? Was ist es, was ein schwarzer Künstler oder eine schwarze Künstlerin will? Und auf die Gefahr hin, mir den Ärger meiner Brüder und Schwester zuzuziehen, würde ich sagen, daß "schwarz" kein Künstler und keine Künstlerin ist.

Es geht mir nicht um die Frage, was "schwarz" ist. Es geht mir darum, die Grenzen zu hinterfragen, die ein bestimmtes politisches Alltagsverständnis dem künstlerischen Ausdruck zieht. Es ist klar, wenn die Idee von Blackness so weit dekonstruiert wird, daß nichts mehr davon übrigbleibt, dann stehen wir da mit einem "Mensch an sich", der im Prinzip weiß ist. Auf diesem Paradox beruht ja Fanons eklige Frage. Es gibt einen Ort und es gibt eine Notwendigkeit von Blackness, von bewußt schwarz sein und sich damit befassen, was es bedeutet. Aber es gibt keine Notwendigkeit für ein Klischee, das bestimmte Elemente zurücknimmt, um eine einheitliche Fassade zu bekommen.

Eine große Anzahl prominenter schwarzer KünstlerInnen ging dazu über, ihre Kunst als Werkzeug zu benutzen, mit dem sie sich selbst erforschen; das Wesen ihres Schwarzseins (oder ihrer fehlenden Blackness, das gibt es auch); das Umfeld, durch die sie und ihr Werk vermittelt sind. Das bedeutete, daß ihr Werk, persönlich und kollektiv, unvermeidlich politisch wurde. Alle stellten fest, daß sie auf dem weißen Kunstmarkt zweite Wahl waren; wenn man dazu die ständige Notwendigkeit hinzunimmt, sich mit einem universalistischen Kunst- und Kulturbegriff auseinanderzusetzen, geht einem das Politische in Fleisch und Blut über.

Stuart Hall schreibt in seinem Essay "Was ist das Schwarze an der schwarzen Populärkultur?": "Ich kann nur drei Sachen über schwarze Traditionen sagen - unzureichende Statements, aber sie hängen mit dem zusammen, worauf ich hinauswill. Als erstes muß man sich klarmachen, in welchem Ausmaß 'style' - etwas, was Mainstream-KritikerInnen meist für eine bloße Äußerlichkeit halten, die Verpackung, das Zuckerstück für die Medizin - ins Zentrum dessen gerückt ist, worum es geht. Zweitens gilt es zu bemerken, daß die KünstlerInnen der schwarzen Diaspora sich ausgeschlossen sahen von der 'logozentrischen', d.h. wortorientierten Welt - wo das Beherrschen der Kulturtechniken vor allem die Fähigkeit meint zu schreiben, Geschriebenes zu kritisieren und zu analysieren - und daß sie in Abwendung davon die fundamentale Form, die fundamentale Struktur ihres kulturellen Lebens in der Musik fanden. Drittens ist zu bedenken, wie diese kulturellen Traditionen den eigenen Körper benutzten - als ob er das einzige kulturelle Kapital wäre, das wir haben; und oft hatten wir wirklich kein anderes. Wir haben uns selbst als Leinwand benutzt, als Leinwand der Repräsentation."

Wo die eigene Person, das eigene Selbst die "Leinwand der Repräsentation" ist, und wenn der schwarze Körper angesichts seiner Geschichte immer schon ein Politikum ist, dann muß Kunst nicht mehr auf eine schwarze Gestalt zeigen oder ihr Anliegen zitieren, um politisch zu sein. Das beharrliche Einfordern einer kritischen Interpretation von Kunst, die die Person des Künstlers oder der Künstlerin einbezieht, und zwar entlang der Linie zwischen den Rassen, bedeutet nichts anderes, als daß die banalsten Aktivitäten dadurch gefiltert werden und eine neue Bedeutung bekommen. Blackness zündet immer noch. Daß sich damit gut Werbung machen läßt, ganz zu schweigen davon, daß man darüber gut lästern kann, macht die Sache nur noch schlimmer.

Das Schlagwort von der Verantwortung

Es gibt ein grundlegendes Problem, wenn der Körper zum vorherrschenden Mittel der Repräsentation wird. Er ist ohne Zweifel ein effizientes Instrument: seine Autobiographie erlaubt eine Subjektivität, die persönliche Reaktionen herausfordert, so oder so. Dennoch, die Fähigkeit des Körpers, als Stereotyp zu dienen, bedeutet, daß manche Körper das besser können als andere. Wenn Stuart Hall die



"anderen" Formen von Ausdruck feiert, dann stellt er sich damit einen "essentialistischen" Körper vor, einen Körper, der für andere Körper sprechen kann, weil er bestimmte Eigenschaften in Reinform an sich hat. Richtig schwarz ist dann der Körper, der am wenigsten weiß ist.

In ähnlicher Weise gibt es die Vorstellung, der schwarze Film müsse darauf beruhen, sich die künstlerischen Strategien weißer Filme anzusehen (insbesondere solcher, mit denen weiße Suprematie vorausgesetzt und befördert wird), und künstlerische "Gegenstrategien" dazu zu entwerfen. Schwarze FilmemacherInnen müßten sozusagen ständig über ihre Schulter schauen, um sich der weißen Standards zu vergewissern, von denen sie sich abgrenzen. Wenn das die Aufgabe ist, dann geht es nicht um Kreativität, sondern das Kunstwerk ist ausschließlich kulturelle Gegenmacht, eine Antwort auf einen historischen Kontext.

Das heißt nicht, daß Zurückschauen immer falsch ist. Auch Spike Lee bezieht sich in "Malcolm X" auf Griffin's "Die Geburt einer Nation" (ein weißes, rassistisches Werk von 1915), und "Malcolm X" ist ein guter Film. Aber gerade an "Malcolm X" wird deutlich, wie massiv Kunst inzwischen in den Dienst des Lebens gestellt wird. Ihre Nachahmung des Lebens transportiert viele der gesellschaftlichen Anomalien. Man führt den Kampf an so vielen Fronten wie möglich, und, wie das üblicherweise in jedem Kampf der Fall ist, erwarten diejenigen Solidarität, die ihn führen (und im Interesse aller zu führen glauben).

Das Schlagwort lautet Verantwortung (responsibility). Schwarze Kunst hat eine Verantwortung: sie muß erziehen, propagieren, befreien, und möglichst alles auf einmal. Daß Kunst sich in Opposition zu dem System stellt, in dem sie sich wiederfindet, ist nichts Spezifisches; es ist diese Opposition und Hinterfragung, die zeitgenössischer Kunst die "Schärfe" verleiht, für die sie gleichermaßen bewundert und gehaßt wird. Aber das Etikett "Schwarze Kunst" hat eine ganz bestimmte Funktion. Wenn man Fanon's Fragen zugrundelegt, dann müßte man dabei eigentlich von Propaganda sprechen. Das Künstlerische gerät in den Hintergrund, an die Peripherie der kulturellen Auseinandersetzung. Sie findet nur noch mit der Person des Künstlers oder der Künstlerin statt, nicht mehr mit dem Werk. Unglücklicherweise ist das eine Form der Auseinandersetzung, die in der Hierarchie des Mediums Kunst weiter unten rangiert.

Könnten Sie sich bitte etwas schwärzer fühlen?

Wenn ein schwarzer Künstler oder eine schwarze Künstlerin auf einer wichtigen internationalen Ausstellung vertreten ist, soll man sich darüber freuen? Soll die Tatsache, daß es hier jemand in der weißen Kunstwelt "geschafft hat" und dadurch in den Rang "guter" Kunst aufgestiegen ist, das Kriterium dafür sein, daß der Kampf sich gelohnt hat?

Aber es gibt auch Probleme mit Kunst, die sich zu unzugänglich in Opposition verschanzt, die sich an einem Ort aufhält und Widerstand leistet, wo gar kein Kampf stattfindet; denn das ist genau der Ort, den ihr die herrschende "Ordnung der Dinge" zuweist.

Ein Interview, das Patricia Bickers mit dem Videokünstler Steve McQueen geführt hat, unterstreicht das:

PB: "Just Above My Head" ist so etwas wie eine Abschiedsszene. Es beschäftigt sich offenbar mit Fragen der Sichtbarkeit. Die Tatsache, daß Sie schwarz sind und daß Sie sowohl der Künstler, als auch der Darsteller in dem Film sind, verstärkt diesen Aspekt noch.

SMQ: Wenn ich die Straße runtergehe oder aufs Klo gehe, stelle ich mir eigentlich nicht vor, daß ich schwarz bin. Sicher, andere Leute sehen mich als schwarz, wenn ich in ein Lokal reingehe. Ich kann es nicht leugnen, daß ich schwarz bin, so wie Sie nicht, daß Sie eine Frau sind. Aber ich will nur meine Sachen machen. Die Leute möchten alles gern in Schubladen stecken. Ich nicht.

PB: Für eine ältere Generation von schwarzen KünstlerInnen und von Frauen in der Kunst war Sichtbarkeit ein grundlegendes Anliegen. Rasheen Araeen etwa hat sein Buch "Sichtbar Werden" genannt; für ihn war es der Kern dessen, was es heißt, schwarz zu sein. In "Just Above My Head" dagegen stockt uns der Atem, wenn Ihr Kopf aus dem Bild verschwindet, vorübergehend verlorengeht, weil wir uns damit identifizieren können, unabhängig von Rasse, Farbe oder Geschlecht.

SMQ: Klar, daß ich da bin, wo ich bin, verdanke ich dem, was andere getan haben. Das erkenne ich an. Andererseits - gut, ich bin schwarz; ich bin auch Brite; aber wie

sagt Miles Davis: "Was soll's?" Natürlich beschäftige ich mich in meinen Arbeiten mit bestimmten Dingen, weil ich Ich bin, das tut wohl jeder. Ich mache meine Sachen, damit Leute darüber nachdenken.
Das Interview macht klar, was der Platz des schwarzen Künstlers zu sein hat. Solange seine Arbeiten sich mit Fragen von Blackness beschäftigen, sind sie in Ordnung; geht er darüber hinaus, wird sein Geltungsanspruch fraglich. Das "Wir", von dem Patricia Bickers spricht ("weil wir uns damit identifizieren können"), zeigt, daß der Kampf um Anerkennung hier endet; daß ein weißes Publikum jetzt in der Position ist, sich in das schwarze Objekt und Subjekt von Steve McQueen's Film hineinzuversetzen. Er paßt gut in die Objektivierung und Politisierung der schwarzen Person. Die "Blackness" seines Werks ist unbestreitbar, es paßt gut in den Kanon dessen, was als schwarze Kunst angesehen wird. Aber dort soll es bitte bleiben.

Die Wirkung bindet ans System

Für einen bildenden Künstler stellen sich diese Fragen in den Debatten um kulturelle Definition, die fortwährende Interpretation von Blackness, die Sehnsucht nach einer schwarzen Ästhetik. Sich von dieser Ästhetik freizumachen, handelt einem nicht direkt die Verbannung ein, aber doch einen kritischen Ausschluß vom "Kampf". Schwarz zu sein, ist manchmal eben nicht schwarz genug. Auf der Ebene von Blackness muß alles abgeschmettert werden, was es wagt, sich nicht der Rhetorik der Blackness zu verschreiben. In der weißen Kunstwelt ist Blackness ein "sekundärer Diskurs"; aber ob man zu diesem sekundären Diskurs dazugehört, davon hängt ab, ob man sich in der "Ersten Welt" des Kunstmarkts plazieren kann.
Daß viele Aspekte von Blackness in Abgrenzung und Opposition zur weißen Machtstruktur und zum weißen Diskurs entwickelt werden, wirft zudem ein Problem der Sprache auf. Die Sprache, in der die Abweichung artikuliert wird (das Medium), ist dieselbe, wie die Sprache der Dominanz. Es ist eine Sprache, die in hoffnungsloser Komplizenschaft mit der Machtstruktur steht. Sie gegen diese Struktur zu benutzen, erscheint bestenfalls zweifelhaft, wenn nicht gar lächerlich; aber es gibt keine andere Sprache. Es ist schwierig, den Untergang des Systems herbeizurufen, wenn dieses System die einzige Sprache zur Verfügung stellt, in der die Abweichung artikuliert und verstanden werden kann.
In "Selbstgespräche: Die laufende Autobiographie eines Kunstobjekts" schreibt Adrian Piper: "Ein Motiv dafür, künstlerisch zu arbeiten und auszustellen, ist das Auslösen einer Reaktion oder einer Veränderung beim Betrachter. Je stärker das Werk ist, desto stärker ist sein Effekt, und desto totaler (physisch, psychisch, intellektuell usw.) ist die Reaktion des Betrachters. Die Stärke eines solchen Werks ist eine Funktion der Reaktion des Betrachters darauf."
Das ist ein Punkt, der für jeden Künstler und für jede Künstlerin von Bedeutung ist, egal wo man lebt und welche Hautfarbe man mit sich herumträgt. Das Entscheidende dabei ist, daß Kunst Kommunikation ist, Träger von Wirkung, ganz egal was der Künstler dazu meint. Ein Werk, das von sich behauptet, nichts mitteilen zu wollen, ist ein Widerspruch in sich. Und auch das ist eine Botschaft: es will Aufmerksamkeit auf Kosten von Absicht.
Ein Künstler oder eine Künstlerin, die im Westen ausgebildet wurde, fühlt sich, einfach weil sie dazugehört, zuerst dem Westen gegenüber verantwortlich und dann erst dem Rest der Welt. Dieses "Training" ist unhinterschreitbar. Es funktioniert nicht, ein Kriteriensystem für Westliche Kunst aufzumachen (und das heißt hier, weiße, männliche Kunst), und daneben ein Kriteriensystem für alles andere (in diesem Fall für schwarze Kunst, in unterschiedlichen Schattierungen), ein Ghetto mit eigenen, spezifischen Regeln. Unter diesen Bedingungen kommen schwarze Künstlerinnen und Künstler gar nicht umhin, sich eine Nische zu schaffen, die zuerst einmal Kunst ist und vielleicht in zweiter Linie schwarz. Blackness hört dann allerdings auf, eine Welt für sich zu sein, die ihre Unabhängigkeit von einem augenscheinlich homogenen Standard fordert.

Kein Platz für "purity"

In einer Welt polarisierter Standpunkte ist wenig Raum für etwas anderes als die stereotype schwarze Person. Die Erkenntnis, daß sich Kultur nur noch in Begriffen von "Hybridität", von Mehrfachbestimmung und fließenden Übergängen, analysieren läßt, ist inzwischen weit verbreitet. Mit der allmählich eintreteten Anerkennung der Tatsache, daß es keine "purity" gibt, also keine "reine" Verkörperung einer Gruppe oder Identität, ob physisch oder psychisch, wird auch die Jagd nach "dem Schwarzen am Schwarzen" zu einem hoffnungslosen und überlebten Unterfangen. Es ist paradox, daß diese "reine Verkörperung", diese "purity", an die niemand mehr wirklich glaubt, immer noch herhalten muß, wenn es gilt, Anderssein auszudrücken.

Raimi Gbadamosie ist Bildhauer und lebt in London.

Übersetzung: Christoph Spehr.

**"Am I Black Enough?" erschien zuerst in:
Third Text, Nr. 44, Herbst 1998.**

In einer Welt polarisierter Standpunkte ist wenig Raum für etwas anderes
als die stereotype schwarze Person.
Die Erkenntnis, daß sich Kultur nur noch in Begriffen von "Hybridität",
von Mehrfachbestimmung und fließenden Übergängen,
analysieren läßt, ist inzwischen weit verbreitet.
Mit der allmählich eintreteten Anerkennung der Tatsache,
daß es keine "purity" gibt,
also keine "reine" Verkörperung einer Gruppe oder Identität,
ob physisch oder psychisch,
wird auch die Jagd nach "dem Schwarzen am Schwarzen"
zu einem hoffnungslosen
und überlebten Unterfangen.

BUKOMOBIL

Globalisierung und globale Rechte

Die Zusammenhänge von Globalisierungsprozessen und sozialer Situation im Süden und Norden stehen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Aktions- und Veranstaltungsprogramms von BUKO-Geschäftsstelle, Arbeitsschwerpunkten und Mitgliedsgruppen gehen, das im Herbst 1999 beginnt.
In Umkehrung des üblichen Verfahrens geht "der BUKO" zur "Basis", um die Verbindung zu den entwicklungspolitischen Gruppen zu erneuern und diese darin zu unterstützen, neue Kontakte mit sozialen Bewegungen vor Ort (insbesondere Gewerkschaften, Umweltverbände, MigrantInneninitiativen, Frauengruppen) zu knüpfen.
Der Rückgang formeller Beschäftigungsverhältnisse, die Demontage staatlicher Sozialsysteme und die Marginalisierung immer größerer Bevölkerungsgruppen gehören zu den unmittelbaren Auswirkungen ökonomischer Globalisierungsprozesse. Frauen, Jugendliche und MigrantInnen sind hiervon besonders betroffen, ihre Interessen werden durch herkömmliche Organisationen wie Gewerkschaften jedoch unzureichend vertreten. Dies ist ein Grund dafür, daß in den vergangenen Jahren neue Formen der Selbstorganisation entstanden. Gleichzeitig wurde eine Vielzahl (theoretischer) Ansätze entwickelt, um insbesondere auf lokaler Ebene auf die sozialpolitischen Herausforderungen der Globalisierung reagieren.
IM BUKOMOBIL-Programm sollen insbesondere solche Ansätze aus Ländern des Südens und des Nordens vorgestellt werden, von denen schon praktische Erfahrungen vorliegen. Unterschiedliche Entwicklungskonzepte (eigenständige Regionalentwicklung, Lokale Agenda 21, gemeinwesenorientierte und Community-Modelle), aber auch unterschiedliche Form der Selbstorganisation der Betroffenen werden hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Perspektiven diskutiert.

Gruppen und Initiativen, die Interesse haben, sich am BUKOMOBIL zu beteiligen, sind herzlich eingeladen! Ein erstes Vorbereitungstreffen soll im Juli unmittelbar vor dem Kongreß-Vorbereitungsseminar stattfinden.

Informationen und Anmeldung in der BUKO-Geschäftsstelle.

BUKO-ADRESSEN

BUKO GESCHÄFTSSTELLE:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 31 56, FAX 040-39 07 520,
E-MAIL BUKO@CL-HH.CL.SUB.DE
➲ UNTER DER GLEICHEN ADRESSE SIND EBENFALLS DIE BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKTE RASSISMUS UND FLÜCHTLINGSPOLITIK, WELTWIRTSCHAFT UND ALTERNATIVER HANDEL ZU ERREICHEN.

BUKO AGRAR-KOORDINATION:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 25 26, FAX 040-39 07 520

BUKO PHARMA-KAMPAGNE:
AUGUST-BEBEL-STR. 62, 33602 BIELEFELD,
TELEFON 0521-60 550

BUKO KAMPAGNE "STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT":
BUCHTSTR. 14-15, 28195 BREMEN,
TELEFON 0421-32 60 45, FAX 0421-33 78 177,
E-MAIL REXBUKO@OLN.COMLINK.APC.ORG

alaska - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS:
BERNHARDSTR. 12, 28203 BREMEN,
TELEFON 0421-72 034, FAX 0421-72 034

Von Köln nach Hannover
Vorbereitungsseminar zum 22. Bundeskongreß

Ende Oktober 1999 findet in Hannover der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen unter dem Motto **"MACHT ZUKUNFT SPASS - Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt"** statt. Anlaß für die Wahl des Kongreßortes ist die in Hannover geplante Weltausstellung **EXPO 2000,** in der ein nach wirtschaftlicher und militärischer Hegemonie strebendes Europa seine "Zukunftslösungen" für die angeblichen und tatsächlichen Probleme der Welt inszeniert. Das Vorbereitungsseminar dient der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des Kongresses. Die Schwerpunktthemen des BUKO-Kongresses - Weltwirtschaft und Globalisierung, Soziale Frage und soziale Kämpfe, Nachhaltige Herrschaftssicherung, "Multikultur" und soziale Ausgrenzung - werden in Bezug zur EXPO-Problematik gesetzt, um gemeinsame Fragestellungen und Ausgangsthesen für die Gestaltung der Kongreß-Arbeitsgruppen zu entwickeln. Dabei soll auch diskutiert werden, wie Erfahrungen aus den **Kölner "Gipfelsturm"**-Aktivitäten und die aktuelle politische Situation vor dem Hintergrund des **NATO-Krieges** in Jugoslawien in das Kongreßprogramm integriert werden.
Die Teilnahme am Vorbereitungsseminar ist kostenlos.

Informationen und Anmeldung in der BUKO-Geschäftsstelle.

TERMINE

Aufruf zum Antirassistischen Sommercamp

06.-15. August 1999 in Zittau

by FFM Berlin

Grenzen sind da, überschritten zu werden. Ihre Bedeutung tritt erst dann zu Tage, wenn sie verletzt werden, und gegen welche Formen von Übertretung der Staat Vorkehrungen trifft, gibt einigen Aufschluß über die unbefragte innere Verfaßtheit der Gesellschaft.
Alle wissen, daß es heutzutage für Geld, Waren und Kapital immer leichter wird, nationalstaatliche Territorien zu durchqueren, daß das Verbreitungsgebiet von Informationen nicht mehr eingegrenzt werden kann und daß soziale, politische oder ökonomische Widersprüche nicht mehr auf nationale Angelegenheiten zu reduzieren sind.
Auch Menschen lassen sich von jeher nur schwer daran hindern, Grenzen zu überschreiten. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort in die eigene Hand zu nehmen, mag für die einen selbstverständlich sein, andere haben oft existenzielle Gründe und fliehen vor Verfolgung, Ausbeutung und Krieg, sehen in ihrem Herkunftsland keine Perspektive mehr oder wollen eben gerade einige Zeit in einem anderen Land verbringen.
Gleichgültig wozu und weshalb - bestimmte Grenzen zu passieren, ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je. Die Territorialgrenzen mancher Nationalstaaten werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet.
Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungstechnologien erprobt werden. Grenzen falten und verschieben sich: im Landesinneren und in Drittländern, Innenstädten und überregionalen Verkehrswegen, Bahnhöfen und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet. Die Kontrollen sind überall verdachtsunabhängig und es sind Gesichtskontrollen.
Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima von Verunsicherung und Verrat, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung paramilitärischer Patrouillen und drakonische Strafen für Grenzdelikte, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und in vieler Hinsicht nichts anderes als Gehirnwäsche: Die einst heroisierte Gestalt des Fluchthelfers wird in der Eigenreklame der Grenzschützer umgedeutet und ist heute als "Schlepper" oder "Schleuser" Staatsfeind Nummer Eins.
Die 99Camps sind der nächste Versuch, der Verdummungs- und Verschleierungskampagne zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen. Unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich Einhalt gebieten.
Der Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

**Weitere Infos: Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten, Metzgerstraße 8, 63450 Hanau
Tel./Fax/AB 06181-184892
E-mail: AG3F@OLN.comlink.apc.org**

"... da scheint die Sonn' ohn' Unterlaß..."
Zwischen praktischer Solidarität und Polittourismus

Seminar vom 25. bis 27. Juni 1999 in Augsburg

Das Seminar hat einen Austausch zwischen Gruppen zum Ziel, die Brigaden, Delegationsreisen, Begegnungs- und Bildungsreisen nach Lateinamerika organisieren und diese Reisen mit dem Ziel verbinden, soziale Organisationen in Lateinamerika durch die Reisen zu unterstützen und politische Auseinandersetzungen hier anzustoßen. Ähnlich wie andere Gruppen ist das Ökumenische Büro mit den politischen Ansprüchen an Brigaden nach Mittelamerika in den letzten Jahren immer stärker an Grenzen gestoßen. Das Interesse verringerte sich insgesamt und die Motivationen der TeilnehmerInnen wurden vielschichtiger. Das macht es nötig, den Ansatz der Brigadenarbeit neu zu überdenken, sehen wir darin doch trotz der veränderten Rahmenbedingungen eine gute und wichtige Möglichkeit, Menschen für die Solidaritätsarbeit zu gewinnen und politische Auseinandersetzungen anzustoßen. In dem Seminar wollen wir mit anderen Gruppen Erfahrungen austauschen und nach neuen konzeptionellen Ansätzen suchen.

Kontakt: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Pariser Str. 13, 81667 München, Tel. 089/44 85 945

Rezensionen

Der gemachte Mann

by Claudia Bernhard

Ausnahmsweise ist der deutsche Titel eines in Englisch erschienenen Buches doppeldeutiger als das Original. "Der gemachte Mann" heißt die übersetzte Fassung von Robert Connells Buch "Masculinities". Connell ist Sozialwissenschaftler und nicht allein an einem puren wissenschaftstheoretischen Blick interessiert, das heißt, das Buch ist lesbar, was ja nicht unbedingt selbstverständlich sein muß. Er ist kein Neuling auf dem Gebiet der "Männerliteratur", aber erfreulicherweise beschreibt er nicht das Jammertal des modernen Mannes oder fordert gar die Entstehung eines neuen Helden. "Die Vorstellung in einer Zeit zu leben, in der sich die traditionelle Männerrolle aufweicht, ist genauso unangemessen wie die, daß eine echte und ursprüngliche Männlichkeit nun wieder zum Vorschein kommt. Beide Ansichten sind in ihrer Sichtweise äußerst eingeschränkt." (S. 219)

Zugegeben, frau ist berechtigterweise skeptisch gegenüber "Männerbüchern" also Büchern, die von Männern über Männer geschrieben werden, denn die meisten bewegen sich zwischen Verzweifeln an der Männlichkeit oder seiner Wiederentdeckung. Connell führt uns in eine vielschichtige Analyse von Männlichkeit ein, das beinhaltet die theoretischen Ansätze genauso wie das Verhältnis zwischen Körper und Männlichkeit, er beleuchtet die sozialen und biologischen Konstruktionen, die unterschiedlichsten Definitionen bzw. Definitionsversuche von Männlichkeit und verweist natürlich auch auf das Wechselspiel zwischen Geschlecht, Rasse und Klasse. Bei diesem Wust an Verwicklungen, gegenseitigen Abhängigkeiten und Verquickungen ist eines ganz sicher: alles ist extrem differenziert zu betrachten und das meiste, was bisher dazu gesagt oder geschrieben wurde ist unzureichend.

Diese Vielschichtigkeit belegt Connell im zweiten Teil seines Buchs anhand von Interviews mit vier verschiedenen Männergruppen, die sich nach bestimmten Kriterien voneinander abgrenzen, was zum Beispiel Herkunft, Bildungsstand oder sexuelle Zuordnung angeht, sich aber auch gleichzeitig in ihren Gruppen wieder unterscheiden. Um die Komplexität des Themas komplett zu machen, fügt Connell noch einen ganz wesentlichen Zusammenhang hinzu, die Historizität von Männlichkeit. Ohne diese Perspektive lässt sich Männlichkeit und damit das Geschlechterverhältnis weder verstehen noch verändern und diese Erkenntnis ist in den Sozialwissenschaften nicht gerade häufig vertreten. Im Zuge dieser Reflexion wird auch deutlich, dass sich im Laufe der letzten Jahrhunderte eine hegemoniale Männlichkeit herausgebildet hat, die durch die koloniale und imperialistische Entwicklung dafür sorgt, dass "die Mannigfaltigkeit von Geschlechterordnungen nun ersetzt wird durch eine zunehmend gleichgeschaltete und sichtbar werdende globale Geschlechterordnung" (S. 220), deren "hauptsächliche Nutznießer (...) die Männer der Industrienationen" sind. (S. 221)

Gleichzeitig mit diesem extremen Machtzuwachs sei nun auch die Krisenanfälligkeit der Geschlechterordnung gestiegen, was am ehesten durch den Angriff des Feminismus auf die männlichen Prvilegien festzustellen ist. Der wunde Punkt ist nach Connell der "Legitimationsverlust des Patriarchats", nachdem es hinsichtlich der Herausforderungen für eine zukünftige Gesellschaft im Gegensatz zu den Befreiungsbewegungen nicht gerade mit einer Fülle an Zukunftsentwürfen aufwarten kann.

Da Veränderung kein Wert an sich ist, stellt sich die Frage wie denn nun der Abbau der männlichen Herrschaft aussehen könnte? Eine kleine Chance räumt Connell der "Politik des Austritts" ein, was heißt, dass heterosexuelle Männer sich dem Patriachat widersetzen. Das kann nun viel bedeuten und macht die Sache sehr instabil, allerdings findet er "dass sie mehr als jede andere Form von Männlichkeitspolitik ein Veränderungspotential für einen Wandel der gesamten Geschlechterordnung birgt." (S. 246) So ausgeklügelt er sämtliche Männerlichkeitsformen, -strukturen und -muster aufschlüsselt und beleuchtet, so schwierig, vage und altbekannt sind die Antworten hinsichtlich der Perspektiven. Unter der Überschrift "Handlungsziele" wird "die sozial gerechte Arbeitsteilung" und "die komplexe Gleichheit" gefordert, und er vergißt nicht darauf hinzuweisen, dass auch Frauen Träger von Männlichkeit sind, und demzufolge eine Veränderung auch Auswirkungen auf deren Lebenswelt hätte. Dass die Perspektive ein wenig mager ausfällt, und das Fazit dieses Buches sich unter dem Motto: vor Komplexität kaum laufen können, zusammenfassen liesse, liegt in der Tücke der Zusammenhänge und ist weniger Connell anzulasten. Für das Werk eines männlichen Sozialwissenschaftler verfügt es über eine hellsichtige Analyse der patriarchalen Verhältnisse, ist sehr klar geschrieben und stellt damit ohne Einschränkungen eine Bereicherung für den deutschen Sprachraum dar.

Robert W. Connell, Der gemachte Mann, Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, hrsg. von Ursula Müller, Leske + Budrich, 1999, 300 S., DM 36,-

Neue Medien

express, sozialismus, Die Aktion, Nach Norden

by Bernd Hüttner

Zur Vorbereitung und Einstimmung auf alaska 227 zu Ökonomie lesen wir express und Sozialismus. express ist eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Das im 37. (!) Jahrgang erscheinende Periodikum hat freilich auch schon bessere Zeiten gesehen. Der undogmatisch-linke express wird getragen von den Resten der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, das sind die marginalisierten links-gewerkschaftlichen und gewerkschaftsunabhängigen BetriebsrätInnen und einige Hauptamtliche aus dem Apparat. express berichtet auch über die Arbeitslosenbewegung und enthält Berichte von internationalen Arbeitskämpfen. Interessanterweise, und dies macht ihn ganz lesenswert, öffnet sich express einer grundlegenderen Debatte um Arbeit und publiziert z.B. auch Papiere aus dem Kontext der Existenzgelddebatte oder von der linksradikalen Gruppe Blauer Montag aus Hamburg zu entgarantierter Arbeit. express diskutiert nicht in erster Linie darüber, wie Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden können (express, monatl., 16 S. Zeitungsformat, 6,50 DM; Postfach 102 063, 63020 Offenbach).

Daß Sozialismus linksradikal sei, kann mensch nicht behaupten. Diese Zeitung steht fest in der gewerkschaftlichen und SPD-Tradition, wenn auch mit gewissen Sympathien für die PDS. Sozialismus berichtet zu aktuellen innen- und außenpolitischen Themen, analysiert Neoliberalismus und "Neue Mitte", und enthält in jedem Heft einen großen Gewerkschaftsteil. Zusätzlich gibt es zu jedem Heft ein dickes Supplement als Bonus dazu, das aus einem Hintergrundbeitrag besteht. Konkret analysiert Sozialismus vom Mai den programmatischen Standort von SPD und Union, kritisiert das Konzept der Bürgerarbeit von Ulrich Beck und rezensiert Richard Sennets Buch "Der flexible Mensch". Vier Beiträge wie auch das Supplement thematisieren den NATO Krieg in Jugoslawien. Sozialismus wirkt inhaltlich manchmal etwas bieder, aber mensch bekommt für sein Geld viele Informationen zu den Themen geboten, die im linksradikalen Jet-Set gemeinhin als langweilig gelten - wie Bildungspolitik, Tarifverträge, etc. pp. -, die die soziale Realität aber mehr bestimmen, als einem/r lieb sein kann (Sozialismus, monatl., ca. 60 S., 9,50 DM; St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg).

Die kleine und sehr feine Zeitschrift Die Aktion - sie wird unter anderem von dem Verleger Lutz Schulenberg und Martin Rheinlaender produziert - titelt in ihrer neusten Ausgabe mit "Zum Krieg auf dem Balkan". Rheinlaender (siehe alaska 225) schildert hier in einem längeren Aufsatz die Geschichte der sozialen Krise Jugoslawiens und wie sich als Reaktion auf den Druck von unten die jeweiligen nationalen Eliten neukonstituierten. Der Aufsatz ist flapisg gesagt die aktualisierte Kurzfassung der wichtgen, aber momentan leider vergriffenen Ausgabe "Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges" der Buchreihe "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" (Die Aktion 191/194, 72 S., 8 DM, Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg).

Anzuzeigen ist noch das Buch Nach Norden, das sich mit der Grenze zwischen den USA und Mexiko befasst. Die AutorInnen untersuchen die Militarisierung der Grenze, den Neoliberalismus in Mexiko als Fluchtursache, gehen auf die Einwanderungspolitik der USA ein und stellen die Versuche der Selbstorganisierung von Latinos oder das Verhältnis von US-Gewerkschaften zu MigrantInnen dar. Nach Norden enthält viele Fakten und ist wegen der darin enthaltenen Interviews und Reportagen angenehm zu lesen (D. Azzelini, B. Kanzleiter (Hg.): Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum, 266 S., 20 DM, Verlag Schwarze Risse Berlin 1999).

alaska IN EIGENER SACHE:

DURCH DIE SCHWERPUNKTNUMMER 225 ZUM KRIEG.HAT SICH UNSERE THEMENPLANUNG NOCHMALS VERÄNDERT.

➲ **alaska** 227
Die Welt der Ökonomie 7-8/99

➲ **alaska** 228
EXPO/Nachhaltigkeit *(Begleitheft Bundeskongress 22)* 9-10/99

➲ **alaska** 229
Feministischer Internationalismus 11-12/99

redaktion alaska

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus
und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard,
Iris Bockermann, Bernd Hüttner,
Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Katharina Draheim
und Katarina Harms
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.



Alternative Kommunal Politik

TRINK WASSER

JUGEND 2000

KOMMUNALE UNTERNEHMEN

PENNER
PUNKS
+
POLIZISTEN

...diese Schwerpunkt-Themen der letzten AKP-Ausgaben zeigen die breite Palette der Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Sie ist ein unverzichtbarer Informationsdienst über alle Bereiche bündnisgrüner Kommunalpolitik. Jedes Heft enthält zusätzlich aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte. Wichtige Themen werden in Büchern und Sonderheften vertieft.

Probeheft und Gesamtkatalog anfordern bei:

Alternative Kommunal Politik

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
E-Mail: AKP-Redaktion@t-online.de
Internet: www.gruene.de/akp-redaktion

Fahrradfahren für eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft. Von Göttingen nach Lüchow, über die grünsten Freisetzungsfelder Niedersachsens zum Wendland-Sommercamp ab 50 Mark.

Kontaktadresse für mehr Infos und Anmeldungen:
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Schöneweider Str. 3
12055 Berlin
Fon: 030-685 80 30
Fax: 030-684 11 83
eMail: GeNBerlin@aol.com
http://members.aol.com/GeNberlin

BUNTE SEITEN 1999 mit Reader der AlternativMedien

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Ausgabe 1999 – ist jetzt erschienen. Das Adressenverzeichnis mit 12.500 ausgewählten Adressen soll einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebelandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen geben.

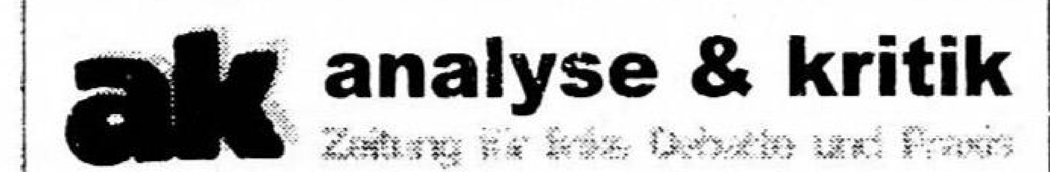
Der Reader der AlternativMedien enthält 1.250 Zeitschriftentitel (hiervon 900 deutschsprachige) mit zahlreichen Hinweisen zu Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Die aufgeführten Verlage enthalten z.T. auch Zusatzinformationen über ihre Themenschwerpunkte. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios aufgeführt.

Als Service bietet CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstorganisation und Herausgeberin der BUNTEN SEITEN ein bequemes Surfen durch den Mediendschungel mit 90 Links auf ihrer Website an:
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

BUNTE SEITEN 1999
Projekte Initiativen & Betriebe mit Reader der Alternativ-Medien
Preis 30 DM + 4 DM Porto



Bezug: CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg



Neu: Inhalt per Email

Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.



kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

DER RABE RALF

Umweltabhängiges Monatsblatt für Berlin und den Rest

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der Umweltszene von "Naturschutz" über "Anders Leben" bis "Direkte Aktion", dazu Bücher, prima Kochrezepte & das übliche

Kostenlos an einschlägigen Orten oder für 20 DM pro Halbjahr per Unterstützungsabo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33
gl.raberalf@grueneliga.de
www.grueneliga.de/berlin

50 Jahre NATO
Kein Grund zum Feiern

Sondernummer
der AKTION 3.WELT Saar und der SoZ, "Sozialistischen Zeitung", mit Hintergrundanalysen zu:

- ***NATO als Weltpolizei***
- ***Bundeswehr - weltweit einsetzbar***
- ***Warum Krieg gegen Jugoslawien?***

Zur öffentlichen Auslage auf Büchertischen, bei Veranstaltungen, als Beilage in Rundbriefen ...

Bestellungen:
- AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchenerstr.24, 66679 Losheim, Tel 06872/9930-56, Fax -57
- SOZ-Verlag, Dasselstr.75-77, 50674 Köln, Tel 0221/92311-96, Fax -97

Umfang: 4 Seiten, Zeitungsformat

Mindestbestellmenge 25 Ex.; Preis 0,20DM/Ex. zzgl. Porto bis 120 Ex. 6,90DM, ab 121: 8,90DM; Bitte in Briefmarken oder mit Verrechnungsscheck bezahlen

[Der Preis der Versöhnung (Südafrika) Der Preis der Versöhnung]

Südafrika

»Sie sollten nicht denken, daß jetzt alles in Ordnung ist!«

Dies sagt uns Ntombi Mosikare von dem medico-Partner *Khulumani Support Group* in einem Interview.
Die Opfer der Menschenrechtsverletzungen unter der Apartheid und ihre Angehörigen haben sich selbst organisiert und stellen Forderungen: zum Beispiel nach Entschädigung. Damit auch eine juristische Unterstützung der Opfer der Apartheid möglich wird, soll nun ein Rechtshilfefonds eingerichtet werden.

Bitte unterstützen Sie diese Arbeit.

Stichwort »Südafrika«. Spendenkonten
Nr. 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)
Nr. 6999-508 Postbank Köln (BLZ 370 100 50)



Spendensiegel
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Fordern Sie den neuen medico-Report *Der Preis der Versöhnung – Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission* für 14 DM und weitere kostenlose Informationen an. Tel: 069 94438-0.



medico international e.V.
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt am Main
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
www.medico-international.de

fortlaufende nummer 3

mai 1999

Kontaktadresse

c/o Junge Linke
Niedersachsen
Borriesstraße 28
30519 Hannover
Tel: 05 11/83 86-226
Fax: 05 11/83 86-011
e-mail: jungelinke@oln.comlink.apc.org



castor:
container mit nationalen inhalt
die alltägliche sorge um sex
(k)eine konstruktive kritik
lektüre & termine

die neue schülerInnen & jugend zeitung

DER NEUE DISKUS (#1, MAI 99) MIT KOSOWARS + KANAK ATTACK +



E-GELD-DEBATTE + V.A.M.: FÜR 5 DM ÜBER: DISKUS • MERTONSTR. 26-28 • 60325 FFM • FAX (069) 70 20 39 • DISKUS@COPYRIOT.COM

ARCHIV
BIBLIOTHEK
DOKUMENTATION

ZEITSCHRIFT
vierteljährlich
Probeheft anfordern!

Mo-Mi 10-17
Do 10-19
Fr 9-12

Informationen aus Afrika, Asien & Lateinamerika

Berggasse 7, A-1090 Wien
Tel.: (01) 317 40 20-0 • Fax: (01) 317 40 20-355 • E-Mail: fsoli@magnet.at

FRAUEN SOLIDARITÄT

Ich bestelle ein Abonnement:
- ❑ zum Preis von öS 220,- Inland
- ❑ zum Preis von öS 260,- Ausland
- ❑ Einzelexemplar(e) zu je öS 55,- Heft(e) Nr.........
- ❑ Annotierte Bibliographie – halbjährlich – gratis
- ❑ Bitte schickt mir ein Probeheft gratis

Name.......................................
Straße.......................................
Plz/Ort.......................................
Land.......................................
Datum/Unterschrift.......................

12/ 99/ 1/226/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

design by markovits